

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauschstr. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltenen Zeilen oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauschstr. 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Deutsche Polizeiwirtschaft.

* Leipzig, 14. November.

Eine Reihe skandalöser Fälle hat in der letzten Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit wieder einmal auf die deutsche Polizeiwirtschaft gelenkt. Dabei hat es an aufgeregtem Wesen und gewaltigen Worten nicht gefehlt, doch wird dadurch nach alter Erfahrung an jener Wirtschaft selbst nicht das Geringste geändert werden. Sie bleibt, wie sie ist, und der kleinste Gendarm fühlt sich noch durchaus nicht benachteiligt, wenn die größten Zeitungsbätter mit vernichtender Entrüstung über ihn herfallen; er weiß sehr gut, daß er dabei nichts riskiert, als etwa einen viel mehr ermunternden, als abschreckenden Rüssel seiner Vorgesetzten oder gar, wenn er seine Brutalität an Arbeitern ausgelassen hat, eine „eklatante Genugthuung“ in Gestalt des Allgemeinen Ehrenzeichens oder sonst einer patriotischen Auszeichnung.

Soll deshalb die Presse nicht den Fall Tampe oder die Fälle in Altona und Weimar an die große Glocke hängen? Gewiß soll sie das, aber sie soll diese Glocke beständig über die deutsche Polizeiwirtschaft läuten, und nicht bloß, wenn besonders skandalöse Fälle den stumpfsinnigen Philister einmal aufrütteln, weil ihm die Gefahr allzu dicht auf den eigenen werten Leichnam rückt. Von der Kritik der Presse und dem Einfluß, den sie durch diese Kritik üben kann, gilt so recht eigentlich das Wort, daß der Tropfen den Stein höhlt. Müßte sie erst den hundertsten Fall, weil er um einige Grade schensüchtiger ist, als neunundneunzig andere Fälle, so spricht sie thatächlich über diese neunundneunzig ihre Absolution aus. Sie kann sich dann auch gar nicht einmal beklagen, wenn die Regierung sich in dem hundertsten Falle damit begnügt, den schuldigen Beamten zu „rehabilitieren“, denn wenn man sich nur über die Ausnahmen aufregt, so giebt man damit mittelbar zu, daß für gewöhnlich alles in schönster Ordnung ist.

Es hängt damit zusammen, daß man die schimpfliche Passivität, womit man den neunundneunzig Fällen zusieht, durch besonders qualifizierte Empörung über den hundertsten Fall auszugleichen sucht. Eben dadurch wird der Aberglaube genährt, als ob der gemeingefährliche Schaden nicht in der täglichen polizeilichen Praxis, sondern in solchen verhältnismäßig immerhin seltenen, ganz exorbitanten Ausschreitungen liege, wie etwa dem Falle Tampe. Wir geben zu, daß es nicht immer leicht sein mag, in der natürlichen Empörung über die schimpflichsten Auswüchse der polizeilichen Praxis kaltblütig zu erwägen, daß politische Taktik und stilkliche Entrüstung zwei ganz verschiedene Dinge sind, und wir denken darüber um so milder, als gelegentlich auch wohl

einzelne Organe der Arbeiterpresse sich nicht ganz innerhalb der richtigen Grenzen gehalten haben. Es sei nur an die allzu große Aufregung über die russische Polizeiaufsicht erinnert, der, wie sich neuerdings wieder gezeigt hat, die deutschen Universitäten unterstellt sind.

Sicherlich kann man sich nichts Schmähtlicheres denken, als diese Thatsache, aber sie ist nichts weniger als neu; seit den Tagen Koyebus und Sands ist sie sogar aller Welt bekannt. Regt man sich also ungebührlich über die neuesten Intimitäten zwischen deutschen Hochschulen und russischer Polizei auf, so macht man jenen ein ganz unverdientes Kompliment. Man bestätigt dadurch mittelbar das, wie ein bekannter Parteiführer schon vor dreißig Jahren gesagt hat, „verfluchte Vorurteil“, als ob die deutschen Universitäten irgend etwas anderes wären, als Werkzeuge der Klassenherrschaft, als Werkzeuge des Militär- und Polizeistaats, dessen höherer Autorität sie sich unweigerlich zu fügen haben. Man trifft viel schärfer und greift dem Uebel viel tiefer an die Wurzel, wenn man sagt: Ja, dieses Ducken der deutschen Hochschulen unter die russische Polizeiaufsicht steht ihnen ganz ähnlich; so haben sie es immer getrieben und anders werden sie es niemals treiben, als wenn man Hyperbeln auf Hyperbeln türmt, weil die deutschen Universitäten die Immatrikulation russischer Studenten nur mit Genehmigung von Bäterchens Schergen vorzunehmen wagen.

Ausprechen das, was ist — dies alte Heilmittel Fichtes und Lassalles — ist die einzige wirksame Waffe, die der Presse zur Verfügung steht, um die deutsche Polizeiwirtschaft wirksam zu bekämpfen. Wie die häßlichsten Auswüchse dieser Wirtschaft aus ihrer täglichen Praxis entspringen, so ist sie als besonders häßlicher Auswuchs der Klassenherrschaft doch nur ihr notwendiges Attribut. Unter diesem Gesichtspunkt wird dann aber sofort klar, daß und weshalb die bürgerliche Presse gar nicht zu jenem hartnäckigen und unablässigen Kleinkrieg gegen die Polizeiwirtschaft geneigt ist, der dieser auf die Dauer gefährlicher werden könnte. Die bürgerliche Presse ist eben auch an der Klassenherrschaft interessiert, deren notwendiges Attribut die Polizeiwirtschaft ist und von der sie ihren besonderen Charakter erhält. Wenn sich die deutsche Polizei in einer Praxis gefällt, deren sich die französische oder gar die englische Polizei nicht entferten unterfangen würde, so aus dem Grunde, weil die bürgerliche Klasse in Frankreich und in England tapferer, selbständiger und unabhängiger ist als in Deutschland. Insofern kann man sogar sagen, daß keine Klasse an der deutschen Polizeiwirtschaft größere Schuld trägt, als die, die darüber am weitesten den Mund aufreißt, als die bürgerliche Klasse.

Bei Lichte besehen, ereifert sie sich denn auch selbst über

die besonders skandalösen Fälle polizeilicher Ausschreitungen nur dann, wenn Angehörige der bürgerlichen Klassen darunter zu leiden haben. Charakteristisch ist der Fall in Weimar, wo eine bürgerliche Frauenrechtlerin einer verhältnismäßig leichten polizeilichen Belästigung auf der Straße ausgesetzt gewesen ist. Hier zeigt sich sofort, daß für die bürgerliche Presse der „Skandal“ dieses Falles nicht sowohl in der polizeilichen Belästigung selbst liegt — denn gleichen und oft sehr viel schwereren Belästigungen sind Arbeiterfrauen und Arbeitermädchen tagtäglich ausgesetzt — sondern in der Thatsache, daß eine „Dame“ einmal davon betroffen ist. Diese Dame selbst macht aber nicht nur einen Heiden spektakel — was wir ihr durchaus nur zur Ehre anrechnen — sondern erklärt auch feierlich, bisher habe sie nur geglaubt, daß der Fehler in dem Gesetze liege, aber jetzt habe sie auch entdeckt, daß die Polizei in höchst eigener Person einen Mißgriff begehen könne. Naiver konnte sich das bürgerliche Proletariat — wenn es uns erlaubt ist, so zu urteilen, denn die herrliche Dame bedroht jede skeptische Auffassung ihres Märtyrertums mit einer Injurienlage — nicht wohl kumbgeben, als es eine Vorkämpferin der bürgerlichen Frauenbewegung mit jener Neuerung gethan hat.

Einen wirklichen, rücksichtslosen Kampf gegen die deutsche Polizeiwirtschaft führt heute nur die Arbeiterklasse, und sie wird diesen Kampf um so wirksamer führen, je principeller sie ihn aufsaßt. Das deutsche Bürgertum hat die Zeit verpaßt, wo es die Polizeiwirtschaft, wenn nicht ganz ausrotten, so doch beschneiden konnte; es kann wohl noch räsonnieren, aber an den Hörnern packen kann es den Stier nicht mehr, und selbst wenn es sich diese Kraftprobe noch leisten könnte, würde es sie sich nicht einmal leisten wollen. Beweis dafür die Zeit des Sozialistengesetzes, wo sich die Polizei die ärgsten Brutalitäten gegen Arbeiter erlauben durfte, ohne daß die bürgerlichen „Begner aller Ausnahmengesetze“ auch nur zu mucken wagten.

Die sozialdemokratische Partei bekämpft die Polizeiwirtschaft unter allen Umständen, gleichviel ob sie sich ihre Opfer aus der Bourgeoisie oder dem Proletariat holt, aber sie führt den Kampf nicht mit bürgerlicher Halbheit, sondern schneidet auch hier aus ganzem Holze.

Politische Uebersicht.

Der Oberste der Philister.

Immer zu der Stunde der allgemeinen Gefahr entdeckt Eugen Richter seine wahre Mission als Staats- und Gesellschaftsrevisor. Vor einem Jahrzehnt verkörperte sich das schlechte Gewissen der bürgerlichen Apologetik in diesem Gegenwartsstaatsanwalt, und heute macht er sich als Sando Panza für die brotucherischen Donquichoten nützlich. Vor zehn Jahren,

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Grabenhäger.

Roman von Wilhelm von Polenz.

Mara konnte dem ungünstigen Urteil ihres Mannes über Pastor Grütinger nicht beipflichten. Mochte dem Manne auch feinerer, gesellschaftlicher Schlich abgehen, er war ein eifriger Seelsorger, der es ernst nahm mit seinen Pflichten. Ueberall in den Katen war Mara auf Spuren seiner Thätigkeit gestoßen. Seine Schroffheit wurde reichlich aufgewogen durch seine Pflichttreue.

Auch ein anderer Vorwurf, den Erich dem Geistlichen gemacht hatte: daß er ein verkappter Freigeist sei, wurde für sie widerlegt, als sie ihn jetzt am Lager der Sterbenden sah. Solche Worte über die Erlösung konnte nur einer finden, dem es heiliger Ernst war mit dem Glauben; so zu trösten vermochte nur ein Christ, der selbst von diesem Troste überzeugt war.

Der Ehemann der Sterbenden war mit seinem Gespanne auf dem Acker. Die Kinder umstanden das Lager; sie waren noch zu klein, um zu verstehen, was mit der Mutter vorgehe. Die unglückliche Frau rang schwer mit der Sorge, was nach ihrem Tode aus den Hinterlassenen werden sollte.

Mara war tief erschüttert. Sie fühlte das Bedürfnis, hier helfend einzugreifen; mit dem bloßen Hinweis auf Gottes Güte konnte man diese Mutter nicht dahinfahren lassen. Die Sorge um die Hinterbliebenen sollte ihre Sache sein, versprach sie der Sterbenden.

Pastor Grütinger hatte damals kein Wort der Anerkennung geäußert; aber Mara fühlte es in Zukunft

aus seinem Verhalten, daß sie an jenem Sterbelager sein Vertrauen gewonnen habe.

Sie traf den Geistlichen jetzt öfter; die Beratung über das, was für die Waisen zu geschehen habe, führte sie zusammen. Bei solchen Gelegenheiten ließ sich Mara wohl mit ihm in ein Gespräch ein über die Dinge, die ihr gerade am Herzen lagen.

Man befand sich im Grabenhäger Parke nicht weit von der Kirche, die mit Pfarrhaus und Gottesacker von den herrschaftlichen Anlagen eingeschlossen lag wie ein kleines Eiland.

Mara war mit dem Geistlichen eben bei Leuten gewesen, die im Auszuge begriffen waren. Sie hatten Verwandte in Amerika — aus Grabenhagen war vor etwa zwanzig Jahren ein ganzer Trupp übers Wasser gegangen und Jahr um Jahr zogen diese Auswanderer neue Nachzügler aus der alten Heimat hinüber. — Es war ein trauriger Anblick gewesen: vor dem Katen ein städtischer Möbelwagen. Die Familie war zahlreich, einige halberwachsene Kinder dabei, das kleine Volk schrie und weinte, die Erwachsenen liefen kopflos durcheinander. Einige Nachbarn halfen beim Aufpacken der Liebensachen. Wie meist in solchen Fällen, wollten die Leute eine Menge mitnehmen, was sie auf der Fahrt nur belästigen mußte, und das ihnen drüben nichts nützen konnte.

Auf die teilnehmenden Fragen der jungen Gutsherrin, was sie in der Fremde beginnen wollten, waren nur einsilbige Antworten erfolgt. Die Leute schienen verstockt und widerwillig. Blickeicht argwöhnten sie, daß ihnen zum Bleiben zugeredet werden sollte.

Mara lenkte in eine mit alten Kastanienbäumen bestandene Allee ein; durch die Oeffnung, welche die gewölbten Baumstämme bildeten, leuchtete der Siebel des

Ferrenhais mit seiner stattlichen Fensterzahl, am jenseitigen Ausgange lag das bescheidene Pfarrhaus.

„Warum fühlen sich die Menschen hier nicht glücklich?“ fragte Mara, gewissermaßen ihre Gedanken laut zu Ende denkend.

Grütinger blickte die Gutsherrin prüfend an, bei sich erwägend, ob sie die Person sei dazu, die volle Wahrheit zu ertragen.

„Ich werde etwas sagen, das Sie höchst wahrscheinlich verdröhen wird, Frau von Kriebow!“ meinte er nach kurzer Pause.

Mara zuckte nur die Achseln. „Gut denn! Wenn Sie meine Ansicht in dieser Frage wissen wollen: die Schuld an der jetzigen traurigen Verfassung der Gemüter ist nicht von gestern und heute; die Sünden der Väter kommen eben über die Nachgeborenen. Die historische Entwicklung der Dinge Ihnen darzulegen, ist nicht meine Sache: wie die Leute in die Hörigkeit gekommen sind, und wie sie angeblich daraus befreit wurden, nur um einem mindestens ebenso schlimmen Geschick zu verfallen, dem der völligen Schutzlosigkeit. Denn was anderes ist denn der jetzige Zustand als Vogelfreiheit! Sie haben kein Land, sie haben kein Haus, nur ihre Fäuste haben sie, und die Mäuler ihrer Kinder, die gesättigt sein wollen. Aber sie haben die Freizügigkeit und den freien Arbeitskontrakt; schollenpflichtig ist niemand mehr. Und von diesen Rechten wird dann auch reichlich Gebrauch gemacht. Sie haben noch keinen Pachttag hier erlebt, Frau von Kriebow; gehen Sie dann einmal hinaus auf die Landstraße; es ist ein trauriger Anblick, aber er ist lehrreicher als hundert Bände wissenschaftlicher Abhandlungen. Wagen an Wagen umziehender Gutstagehörer, die mit ihrem bißchen Hausrat und Vieh und mit ihren Kindern auf der Straße dahinfahren, han Zigeunern gleich. Woher soll denn auch dem Katen-

als die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen“ politische Mode wurde, übernahm er geschäftig die Lieferung des geistigen Rüstzeugs zum Kampf gegen den Umsturz und stellte diesem sein ganzes Museum altmodischer Steinschloßgewehre und Hinterlader zur Verfügung, aus dem dann die Hülle und Wessenen Jahre lang ihre gute Wehr und Waffen bezogen. Diesmal wirt er sich zum Absoluten der Brotwucherer auf, der den brutalen Nachkampf der Parteien nach Art eines Zivilprozesses führen möchte, wo man durch juristisches Finanzieren gewinnen kann. Mitten im Toben der Schlacht um den Brotwucherer ist es dem ungebogenen Vertreter des Liberalismus in Deutschland eingefallen, das Reich der parlamentarischen Freiheit und Gerechtigkeit im deutschen Reichstag aufzurichten. Während die konservativen Umstürzler wie eine Indianerhorde hereinbrechen und Geschäftsordnung und Verfassung in Fetzen reißen, legt Herr Eugen den Jünger Paragraph so und so und Paragraph so und so und gibt seine unparteiische Interpretation. Es ist der bekannte Idiotismus der parlamentarischen Legallität, unter dessen Zwang der preussische Liberalismus den klatschenden Staatsstreichen der Montenfellei und später des Bismarckschen Konflikts seine — Mänsche geboten hat.

Diese Haltung ist nur für denjenigen neu und sensationell, der die Natur und die Geschichte des deutschen Philister-Liberalismus nicht kennt. Wenn der deutsche Philister von Polizei und Justiz aufs Blut mißhandelt wird, sucht er nach den Paragraphen in der Strafprozessordnung, nach denen dies möglich ist, und ist völlig beruhigt, wenn die Mißhandlung nicht gesetz- und verfassungswidrig gewesen ist. Und wenn eine rohe, skrupellose Finke- und Pfaffenkluge den Reichstag mit der Gewalt der Fäuste zu beherrschen sich anschickt, studiert der Oberste der Philister die Verfassung und ist glücklich, wenn er aus den Akten festzustellen vermag, daß gerade diesem Geschäftsordnungsbruch keinerlei rechtliche und gesetzliche Bedenken entgegenstünden.

Das ist das deutsche Philistertum wie es lebt und leidet! Der deutsche Esel hat sich nur darum eine Verfassung erkämpft, um nachher die dahingehenden Bestimmungen konstatieren zu können, daß es stets verfassungsmäßige Krügel sind, die er zu genießen bekommt. Denn er ist ein großer Gelehrter und ein gewaltiger Jurist . . .

Zwischen zwei Entscheidungen.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Lage des Bergarbeiterstreiks, wie sie durch Verwerfung der nordischen Schiedssprüche und durch die anderwärts geschickerten Unterhandlungen geschaffen wurde, hat sich noch nicht geklärt. In den leitenden Kreisen machen sich gegenwärtig zwei entgegengesetzte Tendenzen geltend.

Das Landeskomitee der Bergarbeiter sucht jetzt den Kampf zu einem Generalstreik aller Berufe zu erweitern, nachdem es früher die dahingehenden Bestrebungen ablehnend behandelt hatte. Außer einem Generalstreik-Manifest an das Proletariat hat das Komitee zu demselben Zwecke eine direkte Aufforderung an den Vorstand der Konföderation der Arbeit (der allgemeinen Gewerkschaftsorganisation Frankreichs) gerichtet. Und dieser Vorstand, von jeder generalstreikfreundlich gestimmt, hat seinerseits sofort beschlossen, die einzelnen Gewerkschaftsverbände einzuladen, „die nötige Agitation einzuleiten, um für alle Arbeiter die auf den Gewerkschaftskongressen formulierten Forderungen zu erzwingen“. Am 15. November wird dann der Vorstand, gemäß den Weisungen der einzelnen Verbände, diese oder jene Entscheidung treffen.

Auf der anderen Seite steht in den nordischen Revieren die veröhnliche Strömung, die auf dem letzten Lens-Kongress in der Minderheit blieb und nach wie vor für die Anerkennung der Schiedssprüche eintritt. Diese Minderheit wird von den ministeriellen Sozialisten und insbesondere von der Petite République unterstützt. Ein Gewerkschaftsführer im Pas-de-Calais, Cordier, hat in einer Verammlung die Anerkennung der Schiedssprüche befürwortet und den Arbeitern sogar geraten, die Streikpatrouillen (wandernde Streikposten) aufzugeben. Morgen, 13. November, wird in Lens ein zweiter Kongress stattfinden, auf dem die Schiedsspruch-Frage von neuem behandelt werden wird. Die ministeriell-sozialistische Fraktion hofft ihrerseits, die Ebitterung der Bergarbeiter durch ein sofortiges Kammervotum zu Gunsten der Verbesserung der Alterspensionen zu beschleunigen. Es würde sich um eine von der Staatskasse zu deckende Pensionzulage in der Höhe von etwa einer Million Franken handeln. Jaurets schreibt heute in der Petite République, um das Parlament für den geplanten Antrag zu gewinnen: „Dieses Mißtrauen einer ganzen Klasse gegen den ge-

mann Liebe zur Heimat kommen, wenn er nichts von dem Boden besitzt, den er bebaut, wenn er nur ein Mietling ist! Alles, was er hat, was er ist, womit er sich kleidet, seine Wohnung, sein Garten, ist doch eben nur Bezahlung; Abfall von dem Tische eines anderen. Wo soll den Leuten Anhänglichkeit und Liebe zur Herrschaft herkommen, wenn sie fühlen, daß sie nur als zweihändige Maschinen verwendet werden!“

Hier widersprach Klara: das könne sie nicht glauben, daß es Gutsherrn gäbe, die so an ihren Leuten handelten. „Ich habe mancherlei gesehen, Frau von Kriebow, während ich hier in dieser Gegend bin; es braucht ja nicht immer der Gutsherr selbst zu sein, es können auch Beamte so handeln. Und es ist auch nicht gesagt, daß es immer Härte und Bosheit sein muß, auch durch Unterlassung kann man Unrecht begehen; das thun die Herren, die in der Stadt sitzen und in Ruhe genießen, was andere für sie erwerben. Die Hauptsache bleibt doch immer der Geist, von dem Einrichtungen erfüllt sind. Wo ist denn der patriarchalische Sinn, von dem wir so viel lesen, der zwischen Gutsherrn und Arbeitern walten soll? Oder wo ist die christliche Gesinnung, mit der man sich so gern brüstet? Zwischen Herr und Knecht hat sich etwas eingeschlichen, was das gerade Gegenteil ist von hausväterlich christlichem Sinn: der Geschäftsgeizismus, die Werbesgier. Eine Luft hat sich aufgethan zwischen zwei Ständen, die ihrem Berufe nach zusammengehören. Wer ist denn die notwendige Ergänzung zum Stande der Grundbesitzer? doch der Arbeiter, der ihm sein Land bebaut! Aber wo ist denn da noch eine Gemeinsamkeit? Wo ist gegenwärtiges Verstehen, Lieben, Achten und Helfen? Wo ist der Brotherr, dem das Wohlwollen seiner Leute ebenso hoch stünde wie sein eigener Vorteil, wie es doch dem Evangelium gemäß wäre. Anstatt dessen: kalte Interessenswirtschaft, Ausbeutung . . .“

(Fortsetzung folgt.)

schlichen Fortschritt (was er aus dem Mißtrauen gegen das „schiedsgerichtliche Prinzip“ und damit, wie er weiter bezugiert, gegen das Prinzip des Kollektivvertrages ableitet) wäre eine schwere Gefahr für die Republik und selbst für die Zivilisation . . .“ — Ganz richtig, insofern es sich um die — kapitalistische Republik und die kapitalistische „Zivilisation“ handelt.

Inzwischen arbeiten die Behörden ohne Furcht um das Schicksal der „Zivilisation“ für die Grubenbesitzer. Die Ordnungsretterei ist in den nordischen Revieren in den letzten Tagen empfindlich verstärkt worden. Die Streikposten werden brutal behandelt. Die ministeriellen Bergarbeiterdeputierten, Wasly und Lamandin, beschwerten sich in einer Depesche an den Ministerpräsidenten über die Anwerbung von „Arbeitswilligen“ durch die Soldaten, die zu diesem Zwecke sogar die Wohnungen der Streikenden aufsuchten! Zugleich protestiert die Depesche gegen willkürliche Verhaftungen. . . . Man beargreist daher, daß in den nordischen Revieren eine Anzahl Arbeiter in die Gruben zurückgekehrt ist.

Nach den neuesten Nachrichten scheint sich der Ausstand im Norden bereits zu verlaufen:

Lens, 13. November. Die Zahl der Grubenarbeiter, die die Arbeit im Kohlenbecken von Pas-de-Calais wieder aufgenommen haben, erreicht heute 31000.

Der Kongress der Bergarbeiter der Departements du Nord und Pas-de-Calais hat heute abend mit 140 gegen 40 Stimmen beschlossen, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

Eine ausführlichere Meldung besagt noch:

Lens, 14. November. Der Kongress der Vereinigung der Bergarbeiter der Departements du Nord und Pas-de-Calais nahm eine Tagesordnung an, in welcher er mit Entrüstung gegen den negativen Schiedsspruch betreffend die Lohnerhöhung protestiert, aber die Hoffnung ausdrückt, daß das Parlament die von den Bergarbeitern verlangten Reformen durchsetzen werde. Der Kongress beschloß die Wiederaufnahme der Arbeit in möglichst kürzester Frist. Die Deputierten Wasly und Lamandin überbrachten dem Justizminister ein Telegramm, in welchem sie um Freilassung derjenigen Personen bitten, welche wegen Handlungen, die in Verbindung mit dem Ausstande stehen, verurteilt worden sind.

Deutsches Reich.

Parlamentarische Briefe.

Aus dem Reichstage.

D. Berlin, 13. November. Mit einer konsequenten Brutalität und Tollheit fuhr die Majorität des Reichstags heute fort, die Geschäftsordnung gewaltsam zu brechen und jegliches Recht der Minderheit durch die Gewalt der Masse, die sie glücklich zusammengetrieben hat und für diese wenigen Tage auf Tod und Leben zusammenhält, zu Boden zu treten. Das gestrige Attentat Spahn wurde heute thatsächlich durch die weiteren Erdrosselungsmahregeln der Majorität übertrumpft, und zwar nicht etwa durch den Antrag Michbichler, der ein Kapitel für sich bildet.

Das tollere neueste Attentat bestand darin, daß auch nicht einmal der Antrag Michbichler ordnungsgemäß erledigt werden sollte!

Zunächst begründete Herr Spahn den Antrag Michbichler, dessen intellektueller Vater er zweifellos ist. Er stellte sich zunächst sehr bieder und wagte es wirklich so darzustellen, als habe die Aufhebung einer wirklich namentlichen Abstimmung gar keine prinzipielle Bedeutung. Aber Herr Spahn bleibt das Verdienst, autoritativ festgestellt zu haben, daß die Majorität bei diesem ganzen Antrag von der Furcht vor der Öffentlichkeit geleitet wird, vor der Deffektivität, die in den namentlichen Abstimmungen liegt; Herr Spahn erklärte wiederholt, er hoffe, daß man immer mehr von den namentlichen Abstimmungen abkommen werde!

Nachdem man nun durch Herrn Spahn diese famose Begründung genossen, beantragte Singer, über den Antrag Michbichler zur Tagesordnung überzugehen. Er selbst begründete diesen Antrag mit einer vernichtenden Brandmarkung der Wucherzöllner, die den Antrag Michbichler nur eingebracht hätten, um so schnell wie möglich ihren Raub in Sicherheit zu bringen, um der öffentlichen Festnagelung ihrer Abstimmungen zu entgehen und damit der Kontrolle ihrer Wähler. Er führte auch für das Centrum als besonderen Grund die Differenzen in den eigenen Reihen an, die lediglich durch solche öffentlichen namentlichen Abstimmungen sichtbar gemacht werden könnten. Gegen Singer sprach der neue Vorsitzende der konservativen Fraktion, v. Norman, der damit, nachdem er bereits zwölf Jahre dem Reichstag angehört und in seiner Fraktion nunmehr zur höchsten Würde emporgehoben worden ist, endlich seine Rungerrede hielt! Sie war danach. — Der Antrag Singer wurde natürlich abgelehnt und zwar in namentlicher Abstimmung, die die Anwesenheit von 278 Mitgliedern zeigte, ein Beweis, wie energisch die Fraktionsdisciplin der Mehrheit jede Minute noch weiter arbeitet.

Nunmehr sprach gegen den Antrag Michbichler der Genosse Heine vor fast gänzlich leerem Hause; er wies in Pflichtenrede Recht auf die ungläublichen Franzosen nach, in die sich die Mehrheit bei Annahme des Antrages selbst fangen würde; er wies auf die technischen Unmöglichkeit des Antrags, auf seine faktische Undurchführbarkeit hin und hob mit besonderem Nachdruck das wichtigste sachliche Argument hervor, daß bei dieser lex Michbichler ein Eventualantrag oder die Beratung eines solchen einfach unmöglich werde, da man das Ergebnis einer solchen Michbichlerschen Abstimmung über einen Hauptantrag authentisch erst nach zwei Tagen erfahre. Gegen dieses durchschlagende Argument, das ja auch in der Presse schon ausgiebig vorgetragen wurde, wandte sich keiner der Redner der Fraktion; es konnte sich auch keiner dagegen wenden. Nach Heine kam Herr Limburg-Stirum an die Reihe und sofort füllte die Stimmmasse der Mehrheit wieder den Saal. Bezeichnenderweise stützte sich Herr Limburg-Stirum in der Hauptsache auf eine ultimante Umsturzrede, die Sozialdemokratie wolle alles umstürzen, dagegen müsse man sich wehren, die Regierung werde auch stark genug sein u. c.

Jetzt erhob sich unter gespanntester Aufmerksamkeit Herr Richter. Und es gelang ihm wahrhaftig, seine scharfe reaktionäre Haltung heute noch durch eine reaktionäre zu übertrumpfen. Man beachte und merke sich: ein Redner der Linken, ein Führer einer freisinnig sein wollenden Partei beschwert sich über die Länge der Rede eines Mitgliebes desjenigen Teiles des Hauses, der veragewaltigt werden soll! Das war zudem das einzige, was Herr Richter seinen gestrigen Ausführungen überhaupt noch hinzufügte. Diese ganze „Rede“ des Führers der frei-

sinnigen Volkspartei bei einer so ungeheuer wichtigen Beratung dauerte, wie wir ausdrücklich feststellten, wenig mehr wie eine Minute! Kein Wunder, daß Herr Richter auch heute unter frenetischem Beifall der Wucherzöllner sprach! Die Erregung über diese weitere Brutalität Michbichlers war so eruptiv, daß Hebel den Freisinnshauptling in einem Zwischenruf apostrophierte: Es ist einfach ein Skandal!

Dann rief Herr Wassermann Del auf die Wogen und führte mit aller Pomadigkeit aus, es bliebe ja alles beim alten, die vielen namentlichen Abstimmungen seien überflüssig und was derartig geistreiches noch mehr war. Aber auch er schloß sich der vollen Brutalität der Mehrheit an und versicherte, wenn die lex Michbichler noch hätte, werde man die elektrische Abstimmung einführen!

Einen freisinnigen guten Ton brachte dann Herr Schrader von der freisinnigen Vereinigung wieder in die Debatte. Er wies mit gutem Glück darauf hin, wie die Majorität in der Kommission schon jede gründlichere Erörterung durch Schluß der Debatte erstickt hätte und ihr ganzes jegliches Gebahren nur eine Fortsetzung jener unerhörten Vorgänge sei, nur in verstärkter und geschäftsordnungswidrigerer Form.

Es zeugte dann immerhin von einer gewissen Charaktervolleren Haltung, daß die polnische Fraktion sich wenigstens, trotzdem sie sonst mit der Mehrheit durch dick und dünn geht, in dieser Frage auf den Standpunkt — Richters stellte, also sachlich immerhin gegen die lex Michbichler ist.

Nach der polnischen Erklärung kam die erste weitere Attacke der Mehrheit für heute: Schluß der Diskussion, nachdem man diesen so ungeheuer in das ganze geschäftliche Leben des Parlaments einschneidenden Antrag kaum zu erörtern begonnen hatte! Und es war wieder so überaus charakteristisch, daß, als Singer über diesen Antrag auf Schluß der Diskussion eine namentliche Abstimmung beantragte, die freisinnige Volkspartei diesen Antrag nicht unterstützte! Glücklicherweise brauchen wir de facto ja die paar Männlein um Richter nicht, um solche Anträge genügend zu unterstützen.

Der Schluß der Diskussion wurde darauf mit 195 gegen 86 Stimmen angenommen.

Als nun Singer im Namen unserer Fraktion über den Antrag Michbichler und die zu ihm von uns gestellten Amendements im ganzen zweiundzwanzig namentliche Abstimmungen beantragte, da über-schlug sich die Majorität der Mehrheit! Und doch hatte unsere Fraktion wieder nur von einem simplen Rechte der noch bestehenden Geschäftsordnung Gebrauch gemacht, und in zweifelloser Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes gehandelt, als sie immer von neuem die öffentliche Festnagelung der Umstürzler der Geschäftsordnung forderte.

Und nun sollte eine Gewaltthätigkeit der Mehrheit die andere überbieten. Kaum war dieser Antrag auf 22 namentliche Abstimmungen verkündet, als der Präsident sofort, obwohl die Diskussion eben durch die Mehrheit geschlossen war, noch einen neuen materiellen Antrag auflegte und zur Diskussion stellte: einen Antrag Norman und Konsorten, über unsere sämtlichen Anträge zur Tagesordnung überzugehen!

Das war eine doppelte gewaltsame Durchbrechung der Geschäftsordnung, denn erstens ist es noch niemals, so lange der Reichstag besteht, üblich oder zulässig gewesen, nach Schluß der Diskussion über einen Gegenstand, zu diesem noch einen Antrag zu stellen! Und zweitens kann man wohl über einen einheitlichen Antrag zur Tagesordnung übergehen, aber niemals über Amendements zu ihm, es sei denn, daß man über die Amendements und den Antrag diese Prozedur beantragen würde. Dies wiesen sofort mit aller Energie und berechtigter Erregung Singer und Stadthagen nach, und Hebel, der auch diesen neuen Gewaltakt wieder allgemein politisch ausnutzte, fand den einzig richtigen Ausdruck, als er ihn als vollendete Schamlosigkeit charakterisierte. Ja selbst — Herr Eugen Michter brachte es nicht über sich, dieses Attentat auf die Geschäftsordnung für zulässig zu erklären.

Während dieser Geschäftsordnungsdebatte war die gegen-seitige Erregung derart gestiegen, daß es nur ein Akt parlamentarischer Loyalität war, daß unsere Fraktion die Beratung beantragte, damit sich über Nacht die äußeren Wogen der Erregung glätten könnten. Aber die Mehrheit wollte heute die Entscheidung erzwingen. Wieder gab es mit Recht eine namentliche Abstimmung, wieder aber hielt die Mehrheit noch stand. Mit 188 gegen 71 Stimmen wurde die Beratung abgelehnt.

Jetzt mußte die Minorität heute auf Sein oder Nichtsein kämpfen; mit umsichtiger Energie und stolzer Festigkeit übernahm unsere Fraktion die Führung und Durchführung dieses Kampfes und sie hätte es Nacht und wieder Morgen werden lassen, wenn es nötig geworden wäre. Nun aber ergriff in der neunten Stunde der Sitzung der Präsident das Wort und erklärte, er werde über die Zulässigkeit des so heiß umstrittenen Geschäftsordnungsantrages auf Uebergang zur Tagesordnung das Haus selbst entscheiden lassen. Man darf billig bezweifeln, ob dies noch korrekt war. Bei einer so klaren Lage der Dinge hätte der Präsident überhaupt den Antrag erst gar nicht zu lassen dürfen. Darüber herrschte auf der Linken nur eine Meinung.

Wieder wurde namentlich über die Zulässigkeit des genannten Antrages abgestimmt und noch hielt die Mehrheit stand und zusammen; mit 187 gegen 65 Stimmen wurde auch dieses Attentat auf die Geschäftsordnung für zulässig erkannt.

Jetzt machte man sich auf eine veritable Nachtstunde gefast, die Restauration wurde überschwenmt, an die ferneren Gattinnen wurde telephoniert, telegraphiert und geroh-postet — da aber mußte der Präsident dem Hause mitteilen, daß die Hausverwaltung auf eine weitere Vertagung nicht eingewilligt wäre, und er daher die Vertagung vorschläge! Ein Unfatum ging durch das Haus und um 1/10 Uhr abends wurde die längste Sitzung die der Reichstag je erlebt hat, geschlossen.

Zu der Stadtverordnetenwahl in Frankfurt a. M.

wird uns noch von dort geschrieben: Bei den Stadtverordneten-ergänzungswahlen vom Mittwoch hatte die Frankfurter Arbeiter-schaft einen großen Achtungserfolg zu verzeichnen, der um so bedeutsamer erscheint, wenn man die Schwierigkeiten in Betracht zieht, die bei dieser Wahl zu überwinden waren. Wahlberechtigt ist in Frankfurt a. M. nur, wer Preuße ist, ein Jahr hier

und ein Einkommen von mindestens 1200 Mk. versteuert. Nach diese Bestimmungen sind fast 15 000 städtische Steuerzahler, die sich zumeist aus Arbeitern und Kleinbürgern rekrutieren, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Alle Versuche, dieses plutokratische Wahlgesetz zu ändern, sind bisher gescheitert. Die herrschenden Rathhausparteien, Freisinn-Demokraten und National-Liberalen, wählten sehr wohl, daß wenn sie den Census auf 600 Mk. heruntersetzen würden, wie mehrfach verlangt wurde, sie sich dadurch nur ins eigene Fleisch schneiden würden. Zu rücksichtsloser Weise haben diese beiden Parteien jahrzehntelang ihre Vorherrschaft im Stadtparlament ausgenutzt, bis es vor zwei Jahren gelang, Vorschläge in den freisinn-demokratisch-national-liberalen Interessentenkongress zu legen. Mit einem Schlage änderte sich jetzt die Situation. Die Energie, mit der Genosse Duard in allen Fragen eingriff, die Wärme, mit der er sich für die Interessen der kleinen Leute, der Geschäftsleute wie der Beamten und Arbeiter einnahm, stach wohlthunend ab von der Trägheit, mit der sich die Freisinn-Demokraten bisher dieser Kreise angenommen hatten. Sein rücksichtsloses Vorgehen hat ihm die Sympathie weiterer Kreise der Bürgerchaft eingetragen, und diese Sympathie ist gestern den sozialdemokratischen Kandidaten zu gute gekommen. Ein unbefangener sozialistischer Gegner hat in einer Wahlversammlung die Thätigkeit Duards sehr treffend gewürdigt, indem er meinte, Duard habe in den zwei Jahren die Anschauungen der Frankfurter Bevölkerung in städtischen Fragen geradezu revolutioniert.

Um die agitatorische Wirkung dieser Thätigkeit auf die Probe zu stellen, beschloß im Sommer dieses Jahres eine Parteiverammlung, ein von den Demokraten angebotenes Wahlbündnis auszuschlagen und „selbstständig“ in die Wahl einzutreten, zumal die Freisinn-Demokraten höchst unsichere Kandidaten sind, die sich bisher immer sehr gerne die Wahlhilfe der Sozialdemokratie haben gefallen lassen, aber nie einen unserer Kandidaten gewählt haben. Die Wirkung dieser Abgabe an die Demokratie war eine heftige Feindschaft, die sich in den letzten Tagen vor der Wahl bis zur persönlichen Verunglimpfung der Kandidaten steigerte. Hauptsächlich die beiden Redakteure Duard und Zielowski waren die Opfer des eifrigsten Hasses der Zeitungsdemokratie.

Zu dieser Prekäre kamen noch Schwierigkeiten lokaler Natur. Hier werden die Stadtverordnetenwahlen seit Jahren durch die Bezirksvereine und kleine Interessentengruppen betrieben, die diesmal ganz besonders zahlreich in die Erziehung traten. Jeder Bezirksverein stellte eigene Kandidaten auf, dazu kamen die Kandidaten der einzelnen Parteien: Sozialdemokraten, Freisinn-Demokraten, Nationalliberalen, Centrumskandidaten, Handwerkerpartei, eine Beamtenvereinigung mit eigenen Kandidaten und selbst die Antisemiten präsentierten ein paar ihrer Leute als Kandidaten. Nationalliberalen, Handwerker und Centrum hatten eine Koalition gegen die Freisinn-Demokraten geschlossen. Daß unter solchen Umständen eine tiefste Zerplitterung der Stimmen eintreten mußte, lag auf der Hand. Es sind denn auch im ersten Wahlgange nur drei Demokraten, ein Freisinniger und drei Nationalliberale gewählt worden, während in sechs Bezirken 13 Stichwahlen erforderlich sind, wobei die Sozialdemokraten in den meisten Bezirken den Ausschlag geben. Die Freisinn-Demokraten sind überall aus der Offensive in die Defensive gedrängt worden. Von der Gnade der Arbeiter hängt es ab, ob sie bei den Stichwahlen ein paar Mandate retten.

Demgegenüber steht ein geradezu glänzender Wahlerfolg der Sozialdemokratie. Von 785 Stimmen im Jahre 1900 sind unsere Stimmen diesmal auf 2382 gestiegen; sie haben sich also verdreifacht. Im Vornheimer Bezirk kommen wir mit zwei Demokraten in ausgedehnte Stichwahl.

Der Stimmenzuwachs tritt noch deutlicher zu Tage, wenn man die Resultate aus den einzelnen Bezirken in Vergleich stellt. Im ersten Bezirk (wo wir bisher noch gar keine Kandidaten aufgestellt hatten), erhielten unsere drei Kandidaten 238, 219 und 218 Stimmen; im zweiten Bezirk stieg die Stimmenzahl von 212 und 218 im Jahre 1900 auf 360 und 332 in diesem Jahre; im dritten von 140 im Jahre 1900 auf 220 und 222 in diesem Jahre; im vierten von 98 auf 218 und 205; im fünften Bezirk von 0 im Jahre 1900 auf 104 und 106; im sechsten Bezirk von 0 auf 278 und 269; im siebenten von 137, 85 und 80 auf 544, 524 und 516. Hier steht es eine Stichwahl mit zwei Demokraten, die 718 und 582 Stimmen haben. Im achten Bezirk stieg unsere Stimmenzahl von 278 auf 507 und 490 Stimmen; und in dem neulingeintretenen Vorort Niederrad bekamen wir 47 Stimmen.

Das ist ein Erfolg, wie ihn sich weder unsere Gegner, noch wir selbst uns haben träumen lassen. Es ist ein guter Anfang, der beweist, daß auch bei diesem plutokratischen Wahlrecht die Arbeiter Erfolge erringen können. Dabei haben wir die Gewißheit, daß die abgegebenen Stimmen reine sozialdemokratische Stimmen sind. Der Census von 1200 Mark, an den sich Reaktionen und Freisinn als an ihren letzten Rettungsanker klammerten, hat keine Schrecken für unsere Bewegung verloren. Auch in kommunalpolitischer Beziehung wird die Frankfurter Arbeiterchaft sich in wenigen Jahren eine Machtstellung erobert haben.

Schutz vor Schulknechten.

Karlsruhe, 14. November. Die Badische Presse bringt die Mitteilung eines hiesigen Bürgers, der wegen Nichtbegahlung einer Mark Strafe, die eventuell in Haftstrafe umzuwandeln sei, bei Vornahme der Verhaftung von 4 Schulknechten mißhandelt und gefesselt wurde. Die herbeieilenden Kinder wurden durch Stöße und Säbelhiebe verletzt. Mit zerissenen Kleidern und gefesselt wurde der Mann ins Gefängnis abgeliefert, jedoch nach Erlegung der Strafe von 1 Mark wieder freigelassen.

Berlin, 14. November. Der Verein Berliner Presse hat beschlossen, sich in der Angelegenheit des Redakteur Hoffmann an den preussischen Landtag zu wenden, und sich mit dem Journalisten- und Schriftsteller-Verein im Reich in Verbindung zu setzen, um im Wege der Reichsgesetzgebung eine allgemeine Forderung in der Behandlung von Schriftstellern herbeizuführen, welche wegen Pressevergehen angeklagt oder verurteilt sind.

Drei verschiedene Urteile in einer Angelegenheit. Kürzlich wurde der Redakteur unseres hannoverschen Parteiblattes, Genosse Thielhorn, vom Landgericht Hannover zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er die frapierende Begründung des Staatsanwalts in der bekannten „Groben Aufzugs“-Sache (Verhinderung der Sperre eines Bauplatzes) im Volkswillen veröffentlicht hatte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte 200 Mk. beantragt. § 17 des Pressegesetzes verbietet nämlich die Veröffentlichung der Anklageschrift oder anderer amtlicher Schriftstücke eines Strafprozesses, bevor dieselben in öffentlicher Verhandlung bekannt gegeben sind. Wegen des gleichen Vergehens hatte sich nun vor derselben Strafkammer auch der Redakteur Kiefer vom hannoverschen Zeitungsverlag, dem

Organ des Vereins deutscher Zeitungsverleger, zu verantworten. Gegen Kiefer beantragte der Staatsanwalt nur 50 Mark und das Urteil lautete auf nur 20 Mark Geldstrafe! Die Frankfurter Zeitung, die dasselbe „Aktienstück“ veröffentlicht hatte, ist ganz freigesprochen!

Beachtenswert erscheint, daß in der Verhandlung gegen Kiefer nach der politischen Tendenz des Zeitungsverlags gefragt wurde und daß zur Begründung des milden Urteils hervorgehoben wurde, daß das Blatt keiner politischen Parteirichtung diene. Danach muß man annehmen, daß bei dem höheren Urteil gegen den Volkswillen dessen politische Tendenz ausschlaggebend gewesen ist.

s. In Hessenland macht sich der sozialdemokratische Einfluß immerhin in beachtenswerter Weise geltend. Hessen war der erste deutsche Bundesstaat, der auf Anfordern seitens unserer Vertreter im Landtag die weibliche Fabrikinspektion einführte; er war der erste Staat, der Arbeiter, die von den Gewerkschaften in Vorschlag gebracht wurden, als Beiräte in Arbeiterfragen in das Ministerium berief. Und so wie die staatliche Organisation den Tarifverträgen der Arbeiter sympathisch gegenüber steht, so auch mehr und mehr Stadtverwaltungen, in denen unsere Genossen vertreten sind. In Mainz ist jetzt die Streikklausel — derzufolge für die Unterzeichner der Streik als *foros majors* gelten soll — von der städtischen sozialpolitischen Reputation abgehoben worden. Weiter beschloß dieselbe Leputation, bei Submissionen nur solche Unternehmer zu berücksichtigen, die die Tarifverträge, soweit solche zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehen, anerkannt haben.

r. Aus Baden, 12. November. Die leidige *St. L. O. S. T. E. R. F. A. G. E.* hat die traurige Verfahrtheit und Schwäche unseres Ministeriums der „Gerechtigkeit und Billigkeit“ in ihrer ganzen Größe geoffenbart. Vor nunmehr etwa 2 1/2 Jahren suchte man nach Verabschiedung des Ministeriums Koll-Orientaler dadurch seinen Frieden mit den ungestümen Drängern des Merkantilismus zu machen, daß in die neue Regierung einige Männer berufen wurden, die zu Konzeptionen an die Forderungen des Centrums neigten. So glaubte man sich die durch den Rückgang des Liberalismus nötig gewordene Unterstützung der Merkantilen zu sichern, ohne jenen doch allzu sehr vor den Kopf zu stoßen. Anstatt dadurch jedoch die Position der Regierung zu stärken, verbrauchte man sie der unentbehrlichen Geschlossenheit und Einheit, ein Fehler, der sich jetzt in der die Kosten der öffentlichen Diskussion seit Monaten bestreitenden Klosterfrage bitter zu rächen beginnt.

Die divergierenden Anschauungen der einzelnen Glieder des Ministeriums Brauer-Schenkel haben zu einer heillosen Verschleppung der heiklen Angelegenheit geführt, weil niemand in der Regierung die Lust dazu empfindet, sich durch eine klare, unzweideutige Stellungnahme ohne Not zu exponieren, um durch die schließliche Entscheidung des Landesfürsten nicht zum Sprung über den Stoß gezwungen zu werden. Man zieht vielmehr den Zustand der Schwere, des bloßen Fortwärtens, einer klaren Entscheidung vor und öffnet damit den Angriffen auf die Person des Landesfürsten die Gasse, die — man vergleiche den kürzlich erschienenen Altersschwäche- und Damenpolitik-Artikel der Münchener Neuesten! — den allezeit Loyalen wie den eigentlichen Repräsentanten des „Gottesgnadentums“ so viel Schmerz bereitet haben.

Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn derjenige Teil der liberalen Presse, dem die Angst vor den Rutenmännern den Sinn für die dem monarchischen Gedanken erwachsenden Gefahren noch nicht geraubt hat, auf eine endliche Entscheidung in der Frage der Männer-Klöster drängen. So richtet jetzt der Mannheimer Generalanzeiger, das Organ des Reichstagsabgeordneten *V. A. S. E. R. M. A. N. N.*, eine ernstliche Mahnung an die badische Regierung, mit ihrer Zitter- und Rauderpolitik endlich ein Ende zu machen. Der „ministerielle Krugelfang“ müsse in der alten Festigkeit und Stärke wieder herzustellen und seitens des Ministeriums entschieden Farbe bekannt werden, was es in der vorliegenden Frage wolle, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Mitglieder zum Ausscheiden gezwungen würden. Das nationalliberale Blatt wendet sich dann noch gegen jene Mannesleute, die „unter dem Vorwand hyperbolischer Enttäuschung“ ausanständig den badischen Thron umbrängen, um den Landesfürsten anlässlich der schweren Angriffe des Münchener Kulturkampfblattes ihrer unverbrüchlichen Treue und Ergebenheit zu versichern. „Von dieser Sorte — meint es — hat sich gerade genug um die Person des Kaisers gesammelt: wir können die Einfuhr dieses Artikels auf badisches Gebiet gut und gern entbehren.“

g. Den Krieg bis auf Messer erklären die freisinnigen Agitatoren den Sozialdemokraten in den Gemeindevähler-Versammlungen in Nürnberg. Es wird offen ausgesprochen, daß der Freisinn alles anbieten werde, um die Sozialdemokraten aus der Gemeindeverwaltung auszuschließen. Und zwar ist es der „Ton“ ihrer Presse, durch die es die roten bei den Freisinnigen total verächtlich haben. Diesen „Ton“ wolle man nicht in das Rathaus verpflanzen lassen. „Leute, denen nichts heilig ist, die „fogar“ die Unternehmern in der freivolsten und gefährlichsten Weise angreifen, gehören nicht auf das Rathaus“, so meinte ein Hauptwortführer des Freisinn in einer freisinnigen Wählerversammlung am Mittwoch. Dieses „fogar“ ist tödlich; es bringt unverhüllt zum Ausdruck, daß dem Freisinn das Unternehmertum ein klein wenig unheimlich ist, daß ihm die Interessen des Unternehmertums über alles gehen. Wenn die Sozialdemokraten sich besser und in ihrer Presse einen anderen Ton anschlagen, will es sich der Freisinn überlegen, ob man ihnen einige Rathhausitze einräumen soll. Wie ungeheuer gnädig! Aber leider besteht keine Aussicht, daß die Sozialdemokraten sich „bessern“, so lange der Freisinn in Nürnberg regiert.

Schweiz.

Die Rache der Sieger.

Genf, 13. November. Das Strafgericht verhandelte heute gegen mehrere Anarchisten wegen der Vorkommnisse während des Generalaufstandes im vergangenen Oktober und verurteilte den Redakteur des *Risveglio*, Bestoni, zu einem Jahre Gefängnis. Außerdem wurde gegen zwei andere Anarchisten die bedingte Verurteilung zu mehreren Monaten Gefängnis ausgesprochen.

Zur Textilarbeiterbewegung.

lk. Meerane, 13. November. Durch den Bürgermeister *W. r. t. h. g. e. n.* waren die Arbeiterausschüsse und die Fabrikanten zwecks Einleitung von Unterhandlungen auf das Rathaus bestellt, zu einer gemeinsamen Beratung kam es

jedoch nicht. Der Bürgermeister konferierte mit beiden Gruppen getrennt. Das Resultat war ein vollständig negatives. Der Bürgermeister schien bei den Fabrikanten nichts erreicht zu haben, denn er empfahl den Arbeitern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er führte nur an, daß die Fabrikanten zu nichts zu bewegen seien und es erscheine ihm auszusatzlos, für die Arbeiter, in diesem Kampf einen Lohntarif durchzubringen. Wohl hatte er es aber für möglich, nach Wiederaufnahme der Arbeit einen solchen durch gemeinsames Beraten zu erreichen. Die Arbeiterausschüsse lehnten es ab, ihren ausständigen Kollegen diesen Vorschlag zu empfehlen. Es sei den Arbeitern klar, daß sie auf die Versprechungen der Fabrikanten, keine Lohnreduzierung mehr vorzunehmen, keinen Wert legen können. Wollten die Fabrikanten weiter auf ihrem verneinenden Standpunkt beharren, so könnten und würden sie nur dasselbe thun. Durch das Scheitern aller dieser von der Behörde bisher eingeleiteten Verhandlungen werden alle diejenigen wieder um eine Illusion ärmer, welche auf irgend einen Einfluß der Behörden auf die Unternehmer zu Gunsten der Arbeiter rechneten. Diese Fabrikanten sind nicht gewöhnt und auch nicht gewillt, sich von irgend jemand eine Einschränkung ihrer Herrrechte bieten zu lassen.

So muß auch der Meeraner Weberstreik Macht gegen die Arbeiterausschüsse werden. Die Arbeiterausschüsse werden in demnächst stattfindenden Versammlungen Bericht erstatten; dann haben die Ausständigen zu entscheiden, ob sie auch ferner noch derartige Verhandlungen führen wollen. Es braucht niemand zu wundern, wenn sich die Arbeiter auf den Standpunkt der Unternehmer stellen und derartige Einigungsanträge für die Zukunft ohne weiteres ablehnen. Bisher haben sie sich jeder Vermittlung zugänglich gezeigt, die Fabrikanten dagegen pochen und bauen auf die Macht ihres Geldsacks und verlangen bedingungslose Ergebung. Die Arbeiter sind entschlossen, Frieden nur dann zu schließen, wenn sie einen Lohntarif erkämpft haben, der es ihnen möglich macht, als Menschen zu leben. Lieber auswandern, als wieder zu den bisherigen Löhnen weiter arbeiten. Lieber kämpfen bis zur Erschöpfung — das ist die Lösung, die man täglich und stündlich hören kann. Die deutsche Arbeiterklasse hat hier Gelegenheit, ein Exempel zu statuieren, daß sie im Stande ist, Genossen, Arbeitsbrüder, die so kämpfen, wie die Meeraner Weber und Weberinnen, nicht unterliegen zu lassen.

n. Gera, 13. November. Die Textilfabrikanten haben vor einigen Tagen einen neuen Mindest-Lohntarif angefragt. Sie sagen in ihrer Bekanntmachung: der Tarif ist das Ergebnis sorgfältiger Erhebungen. Bei Festsetzung der Mindestlohnsätze war zu berücksichtigen, wie weit mit der Gewährung gegangen werden konnte, ohne die Konkurrenzfähigkeit zu schädigen. Der neue Tarif gilt ab 7. November. Für die bisher höher gezahlten Artikel soll eine Reduktion nicht eintreten. Die tägliche Arbeitszeit soll künftig für die Accordarbeiter 10 (statt bisher 10 1/2) Std. betragen, ausschließlich Frühstück-, Mittags- und Vesperpausen. Die Reinigung der Arbeitsräume soll außerhalb der Betriebszeit erfolgen. Schließlich betonte die Bekanntmachung, daß der Mindestlohntarif das äußerste sei, was bewilligt werden könnte.

Der Lohntarif bringt für manche Artikel, die bisher nach den niedrigsten Sätzen entlohnt worden, eine kleine Erhöhung bis ungefähr 10 Prozent. Da nur die bisherigen niedrigen Sätze erhöht werden sollen, so läßt sich jetzt noch gar nicht genau berechnen, wie viele von den Arbeitern an der gewährten Lohnreduzierung teilnehmen. Das richtet sich ganz danach, welche Artikel gerade fabriziert werden. Zwischen den von den Arbeitern geforderten Lohnsätzen und dem gewährten Tarif bestehen große Differenzen. Die Gesamtkommission der Weber hat gestern den neuen Lohntarif als eine Abschlagszahlung vorläufig angenommen. Jedoch sollen Verhandlungen angebahnt werden, auch für die im Tarif nicht angeführten *f. a. r. b. i. g. e. n.* Artikel eine Regelung herbeizuführen. Der Beschluß ist gefaßt unter dem Eindruck des gegenwärtigen schlechten Geschäftsganges. Die Bewegung wird weiter geführt, um den von den Arbeitern aufgestellten Tarif zur Anerkennung zu bringen. Da es den Arbeitern überlassen ist, ob sie die zehnstündige Arbeitszeit einhalten wollen, oder während der Frühstück- und Vesperpausen ebenfalls durcharbeiten, so soll energisch darauf gedrungen werden, daß die Pausen strikte eingehalten werden.

Jedenfalls steht soviel fest, daß die Organisation der Textilarbeiter doch einen kleinen Erfolg erzielt hat, denn vor einigen Jahren hätten sich die Fabrikanten jedenfalls so gar nichts verstanden, am wenigsten während einer Krise.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

-o. Chemnitz, 13. November. Das Resultat der Gewerbegerichtswahl ist nach der amtlichen Auszählung ein gegen die Vorjahre höchst günstiges zu nennen. Es beteiligten sich an der Wahl von 4341 in die Wählerlisten eingetragenen Arbeitern 3714, das sind 86 Prozent. Bei der letzten Wahl machten nur 2553 von ihrem Wahlrechte Gebrauch; seit Bestehen des Gewerbegerichts ist ein so hoher Prozentsatz, wie dieser Mal, noch nicht zu verzeichnen gewesen. Es war auch nur die Liste des Gewerkschaftsvereins vorhanden. Bei den Arbeitgebern ist ein Rückgang zu verzeichnen. Von 718 angemeldeten gingen nur 326, das sind 45 Prozent, zur Wahl. Hier war nur die Liste der vereinigten Innungen vorhanden.

so. Plauen i. V., 13. November. Ein ungeheurer Militärvereinsvorsitzender geriet gestern in Anklagebank des hiesigen Landgerichts. Es war der Landesbeamte aus Taltitz, der gleichzeitig Vorsitzender des dortigen Militärvereins ist. Die Anklage legt ihm zur Last, das Geld für eine neue Fahne in Höhe von 492 Mark, statt an den Lieferanten abzugeben, für sich verwendet zu haben, weiter soll er noch etwa 650 Mark Militärvereinsgelder in seinem Nutzen verbraucht haben. Schließlich wird ihm vorgeworfen, mehrere bei Geschäftsbesuchen vorgeschriebene Einträge in das Heiratsregister unterlassen zu haben. Der teilweise gefändigte Angeklagte wird wegen Unterschlagung, Untreue und thätlicher Verleumdung zu einem Jahr Gefängnis und dreijährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Rudolstadt, 13. November. Bei der heutigen Nachwahl im 1. Rudolstädter Wahlkreis siegte der Ordnungskandidat Richter mit ungefähr 10 Stimmen Majorität über unseren Genossen Triebel. Das Resultat einiger Orte steht noch aus.

Hierzu drei Beilagen und die Romanbeilage.



Größtes und billigstes Herren-Modenhaus
Gebrüder Rockmann
 Inhaber: **Gottfr. Hühne**

Centrale: Leipzig-Rendnitz, Dresdener Straße 75, part. I u. II, Etg. gegenüber dem Rendnitzer Depot.

[8048

Leipzig, Tauchaer Straße 1, Ecke Gartenstraße gegenüber dem Kristallpalast. | L.-Schönefeld, Leipziger Straße 137 gegenüber v. Berger & Wirtk. | Leipzig, Belzer Straße 24a, Ecke Sidonienstraße (Zuh.: Bruno Hilbrandt).

Filiale Schönefeld jeden Sonntag von 11-2 Uhr geöffnet.

- Abteilung f. fertige Herren-Konfektion:**
- Herbst-Paletots in den neuesten Façons von **12¹/₂-35**
 - Winter-Paletots mit und ohne Raglan-Laschen, in aporiten Marengo- und schwarzen Farben, mit prima Wollfutter von **9¹/₄-24**
 - Winter-Paletots, größte Neuheiten, mit Sammgarn, Serge, oder Pelz- und Wollfutter von **25-48**
 - Raglans und Ulsters, extra lang, besonders für jüngere Herren, in eleganten Neuheiten von **14-38**
 - Loden-Joppen in bedeutender Stoff- u. Farben-Auswahl, mit schwerem Woll- u. Pelz- u. Wollfutter, garant. wassericht imprägniert von **4³/₄-21**
 - Jackett-Anzüge in hervorragenden Neuheiten u. mittelfarbigem und buntem Dessins von **12¹/₄-42**
 - Rock-u. Gesellschafts-Anzüge hochparierte Verarbeitung von **18-52**
 - Beinkleider in den feinsten Dessins von **3¹/₂-14**



- Abteilung f. fertige Knaben-Konfektion:**
- Knaben-Paletots und Ulsters, mit und ohne Raglan-Laschen von **4¹/₂-16**
 - Knaben-Pyjacks in hervorragenden Neuheiten von **5¹/₄-15**
 - Knaben-Joppen mit schwerem Woll- u. Pelz- u. Wollfutter von **2³/₄-9**
 - Knaben-Anzüge in den aporiesten Façons u. Stoffen von **5³/₄-18**
 - Knaben-Schul-Anzüge in hochgeschl. Façons von **2³/₄-8**
 - Einzelne Knaben-Hosen in guten Stoffen von **80 Pfg. an.**

Anzüge, Paletots, Joppen, Mäntel etc. für Jünglinge und Schüler.

Separat-Abteilung: Winterpaletots, Anzüge, Beinkleider etc. für Herren untersehter und corpulenter Figuren.

Arbeits-Garderoben für jeden Beruf zu Fabrikpreisen. Spottbillig! Für jeden Preis! Aragen-Mäntel für Herren, Jünglinge u. Knaben.

Neuheiten in Herren-Hüten nur Mt. 1.70 und Mt. 2.40.

Bitte ausschneiden!
BON!
 Vorgelegte dieses gewähren wir beim Einkauf 10% Rabatt.

Anfertigung Winterpaletots nach Maß von **40-65** | Chicis Verabteilung. Elegante Passform.
 nach Mass: Anzüge nach Maß von **35-60**
 Gesellschaftsanzüge nach Maß v. **48-68**

Nur ein Preis!



Jedes Paar Herren- und Damenstiefel auch Goodyear-Weltschuhe

7²⁵/₁₀₀ Mk.

Alfred Fränkel
 Inhaber der Mödlinger Schuhfabrik, Mödling bei Wien.

Verkaufs-Niederlagen in Leipzig:
 Hainstrasse, Ecke Brühl und
 Johannisplatz Nr. 3.

Bitte genau auf Firma, Nur ein Preis zu achten!

Bitte genau auf Firma, Nur ein Preis zu achten!

Überall erhältlich! **Brennspiritus Marke „Herold“** in Patentflaschen mit Original-Verschluss
 Original-Literflasche **90** Volumen-Prozent **25 Pfg.** exkl. Glas (**95** Vol. % **30 Pfg.** exkl. Glas).

Spiritus-Glühlicht-Lampen. Vorzügliches billiges Licht für Innen- und Aussen-Belichtung. Einfach in der Behandlung! Blakt und riecht nicht! Brenner auf jede normale Petroleum-Lampe aufzuschrauben. Kompl. Tisch-Lampen von Mk. 5.80 an.

Hand- und Herd-Kocher. Bedeutende Heizkraft bei geringem Spiritusverbrauch infolge Vergasung des Brennstoffes. Praktisch, reinlich und sparsam. In allen Ausstattungen und Preislagen, von Mk. 0.50 an.

Bügeleisen. Einmal angeheizt, wozu 10 Minuten erforderlich, dauernd gebrauchsfähig. Reinliches u. schnelles Bügeln. Kein Rauch! Keine Asche! Keine schädlichen Gase! In allen Grössen und Formen, von Mk. 7.50 an.

Heizöfen. Sofortige Hitze-Entwicklung! Geruchlos! Transportabel!

Frisier-Apparate für flüssigen und festen Spiritus.

Sämtl. einschlägigen Apparate der Centrale für Spiritus-Verwertung G. m. b. H., Berlin W. 8, sind zu beziehen in Leipzig durch alle einschlägigen Geschäfte sowie direkt durch das Ausstellungs- und Verkaufslokal der Leipziger Spritfabrik, Leipzig, Reichsstrasse 6

Illustrierte Preisliste gratis und franko.

in Borna durch **Carl Richter**
 in Grimma durch **Gustav Paul**
 in Wurzen durch **H. Keferstein.**

Achtung!
 Neu eröffnet! **Erstes Stötterischer Partiewaren- und Gelegenheits-Kaufhaus**
 Christian Weiße-Strasse 26.

1 Posten Tischdecken 1.-, 2.-, 2.50, 1 Posten Paar-Portiären 6.- u. 10.- an
 3.- u. 5.- „ 1 Posten Sofafaschen, Stück 80 „
 1 Posten Kommodendecken 50 u. 60 „ 1 Posten Schürzen von 50 „ an
 1 Posten Nähstischecken 40 u. 50 „ 1 Posten Unterröcke von 1.50 „ an
 1 Posten einz. Portiären 4.50, 5.50, 6.50 „ 1 Posten Vorchent, 3 Meter 1.- „
 Flauele, Kleiderstoffe, Plüschstoffe zu billigen Preisen. Herren- und Damen- hemden und Hosen spottbillig.

Lupu Leibowitz.

Wein

WeiSwain	Fl. 45 Pfg. bis 3.- Mt.
Rotwain	45 „ „ 3.- „
Tarragona	100 „ „ 1.25 „
Portwain	100 „ „ 3.- „
Malaga	110 „ „ 3.- „
Samos-Anbruch	75 „ „ 1.25 „
Cognac	Fl. 1.25 bis 7.- Mt.
Medic.-Smyrna	Fl. 1.50 bis 2.- Mt.
Rum 1.25, Arrac	1.50 5.-
Medic.-Tokayer	1.10 4.-
Wermut	1.- 1.50

Div. and. Weine u. Liköre billigst. Für Buntarme (hergest. a. gut. Rotwain) Fl. 1 Mt. Hof part. kein Baden.

A. Friese, nur Grimmaischer Steinweg 11,

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Agrarier und die Fleischnot. Der Landeskulturrat, das sächsische Agrarparlament, tagt gegenwärtig in den Sälen der Ersten Kammer des Landtags in Dresden.

Der Landesökonomierat wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, 1. Durch Verordnung die Städte Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Blauen, deren Schlachthöfe für die Bestimmung der Viehpreise maßgebend sind, anzuweisen, auch eine möglichst genaue und ausgiebige Statistik über die Fleischpreise in den Läden und Markthallen einzuführen.

Bei dieser Gelegenheit richtet Ökonomierat André an die Regierung die Anfrage, was für Gründe zur zeitweiligen Zulassung ausländischen Fleisches auf dem Dresdener Schlachthof ohne die gesetzliche Nachprüfung vorgelegen haben, bezw. warum nur in Wien unterjochtes Schweinefleisch hier keiner erneuten Untersuchung unterzogen worden sei.

Der Antrag Schubart-Euba wurde selbstverständlich angenommen, ebenso ein anderer des Ausschusses, das Ansuchen an die Regierung zu stellen, dafür einzutreten zu wollen, daß die Weiterentwicklung der deutschen Viehzucht durch Aufrechterhaltung der bestehenden veterinärpolizeilichen Maßregeln gesichert werde.

Der Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes hat dem Landesökonomierat eine Eingabe übermittelt, welche sich gegen die Bestrebungen der Landwirtschaft, den Schlachtviehhandel nach Lebendgewicht im Wege der Verordnung oder durch gesetzliche Bestimmungen obligatorisch einzuführen, richtet.

Dresden, 14. November. Die Sozialdemokraten sind bis jetzt glücklicherweise durch allerlei Kunststücke aus dem Stadtparlamente ferngehalten worden, trotzdem sind sie erfolgreich bemüht, die Stadtbücher aus ihrem Spektakelbesitz zu führen.

er sei trotz der Einladung der Versammlung ferngeblieben — nicht aus Lampenfieber, sondern weil die Sozialdemokraten ihre Gegner niederschrien. Den Beweis für diese Behauptung ersparte sich der mutige Herr.

Zimmer lüftert wird der Gegenfall zwischen dem Landgerichtsdirektor Becker, dem Vorsitzenden des Spar- und Bauvereins und konservativen Reichstagskandidaten in Dresden-Neustadt, und den Dresdener Hausbesitzern.

kl. Meeraue, 13. November. Der Sozialdemokratische Verein beschloß in seiner letzten Versammlung, sich an der Stadtverordnetenwahl mit aller Energie zu beteiligen.

Keine Nachrichten aus dem Lande. In Hartha wurden wegen Erkrankung von Schulkindern an Scharlach und Diphtheritis die Schulen drei Wochen lang geschlossen.

Schwendig, 11. November. In der vorgestern abgehaltenen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde nach Aufnahme von zwei Mitgliedern von Genossen Meusch aus Leipzig ein Referat über: Die Sozialgesetzgebung des deutschen Reiches gehalten.

hin, da gerade in diesen Sachen eine große Unkenntnis in den Arbeiterkreisen herrscht. Er betonte, daß es sehr notwendig sei, sich in diesen Sachen zu informieren.

g. Halle a. S., 13. November. Ein böser Vereinsfall ist heute fünf früheren Mitgliedern des Allgemeinen Konsumvereins, die nach dem Muster des bekannten Konsumvereinslehrers Professor Suchsland gegen den Ausbau des Vereins gewählt hatten und dann ausgeschlossen worden waren, bereitet worden.

+ Eisenach, 12. November. In unserem sonst so ruhigen Städtchen jagt ein Polizeiskandal den andern. Noch ist die Untersuchung gegen den Chef der hiesigen Polizei wegen Unterdrückung von Anzeigen in der Zufälligerweise nicht beendet, da zieht sich unser Oberbürgermeister schon wieder eine Blamage zu.

Leipziger Angelegenheiten.

Die Aufstellung der sozialdemokratischen Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl ist gestern Abend in einer nach dem Parteiprogramm einberufenen Parteiverammlung erfolgt.

Kleines Feuilleton.

Zwei Wierzeiler. Einst gab es eine Stadt, deren Bewohner in solch leidenschaftlicher Weise der Poesie ergeben waren, daß wenn einmal einige Wochen verstrichen, ohne daß neue schöne Verse bekannt wurden, sie eine solche Mißereisnis als ein öffentliches Unglück empfanden.

Dann zogen sie ihre schlechtesten Kleider an, freuten sich über die Haupt, sammelten sich in Scharen auf den Plätzen und haberten unter bitteren Thränen mit der Muse, weil sie sich von ihnen abgewendet habe.

In einem solchen Trauertage erschien der junge Dichter Junius auf dem Platze, der von einer wechsellagenden Volksmenge erfüllt war.

Mit raschen Schritten bestieg er die eigens dazu hergerichtete Stange — und verkündete durch ein Zeichen, daß er ein Gedicht vorzutragen wünsche.

Sofort schlangen die Viktoren ihre Stäbe. „Müßel Aufmerksamkeit!“ schrien sie laut — und erwartungsvoll verhielten sie die Menge.

„Genossen! Freunde!“ begann Junius mit lächelndem, aber etwas unsicherer Stimme:

„Genossen! Freunde all! Der Dichtkunst Götter ihel! Bewunderer alles des, was edel und vollendet!

„Lacht euch vom träuben Licht des Augenblicks nicht beugen! Die frohe Stunde nach . . . und Dunkel weicht dem Licht!“

Junius hielt inne . . . aber als Antwort erscholl von allen Enden des Platzes der Rarren, Pfeifen und Hohnschlächter.

Alle ihm zugewandten Gesichter stammten vor Unwillen, alle Augen blinnten vor Zorn, alle Hände erhoben sich, drohten, ballten sich zu Fäusten!

„Mit solchen Stimmgereien dachte er unseren Beifall zu erlangen!“ schrien zornige Stimmen. „Gerunter von der Stange mit dem unbeholfenen Reimschmied! Fort mit dem Dummkopfl! Hau! Kopf! und Eier auf den hohen Narren! Geht Steinel! Steine her!“

Hals über Kopf flüchtete Junius von der Stange . . . aber noch war er nicht bis an sein Haus gelangt, — als donnerndes Händelklatschen, Beifallsruf und Freudengeschrei an sein Ohr drang.

Von Zweifel erfaßt, aber voll Sorge, erlanni zu werden; — denn es ist gefährlich, ein wütendes Tier zu reizen — lehrte Junius auf den Platz zurück.

Und was sah er? Hoch über der Menge, von deren Schultern getragen, stand auf einem goldenen Schilde, in einen purpurinen Mantel geschüllt, einen Vorberkranz auf dem wallenden Lockenhaar, sein Nebenbuhler, der junge Dichter Julius . . . Rings aber schrie das Volk:

„Heil! Heil! Heil dem unsterblichen Julius! In unserer Trübsal, in unserem großen Schmerz hat er uns getröstet! Er hat uns mit Versen beschenkt, süßer als Honig, wohlklingender als Cymbelton, würziger als Rosenbust, klarer als Himmelsblau!“

Tragt ihn in Jubel einher, selbst sein begnadetes Haupt mit Wästelchem Balsam, küßt seine Stirn durch sanftes Fächeln mit Palmzweigweiden, freut zu seinen Füßen alle Wohlgerüche arabischer Myrrhe!“

Julius näherte sich einem dieser Beifallsrufer. „Sage mir doch, lieber Mitbürger, mit welchen Versen Julius uns beglückt hat! Leiber war ich nicht hier auf dem Platze, als er sie vortrug! Wiederhole sie mir doch, wenn du sie behalten hast, ihu mir den Gefallen!“

„Wie sollte man — solche Verse nicht im Gedächtnis behalten?“ antwortete erregt der Gefragte. „Wofür hältst du mich denn?“

„So höre — und lausche, lausche mit uns!“

„Der Dichtkunst Götter ihel!“ so begann der göttliche Julius . . .

„Der Dichtkunst Götter ihel! Genossen! Freunde all! Bewunderer alles des, was edel, groß und herrlich!

„Lacht euch vom schweren Harn des Augenblicks nicht träuben! Die freud'ge Stunde nach 1/2 und Tag verflucht die Nacht!“

„Herrlich, nicht wahr?“

„Uns Himmels Willen!“ rief Junius aus, „das sind ja doch meine eigenen Verse! — Julius hat sich gewiß unter der Volksmenge befunden, als ich sie vortrug — er hat sie gehört und dann wiederholt, wobei er nur einige Andeutungen — und keineswegs zum Vorteil — verändert!“

„Aha! Jetzt erkenne ich dich . . . du bist Junius“, entgegnete hinterzettelnd der angesprochene Bürger. „Ein Weidhammel bist du oder ein Dummkopfl! . . . So überlege doch nur dies eine, Anglücklicher! Wie erhoben heißt es bei Julius: „Und Tag verflucht die Nacht!“ . . . Wel dir dagegen — so recht abgeschmackt: „Und Dunkel weicht dem Licht?“ — Welches Dunkel?“

„Ja, ist das denn nicht ein und dasselbe?“ . . . wagte Junius eingewandert . . .

„Ein einziges Wort noch“, unterbrach ihn der Bürger, „und ich rufe das Volk auf . . . das dich zerreißen wird!“

Junius schwieg wohlweislich still, indes ein grauhaariger alter Mann, der sein Gespräch mit dem Bürger angehört hatte, auf den niedergelegenen Dichter zutrat, ihm die Hand auf die Schulter legte und sprach:

„Junius! Du gabst Selbstgeschaffenes, aber zur Unzeit; der andere gab nicht Selbstgeschaffenes, — doch zur rechten Zeit. — Folglich hat er recht — dir aber bleibt der Trost deines reinen Gewissens.“

Doch während das reine Gewissen — so gut und so weit es irgend vermochte . . . in Wahrheit jedoch nur sehr schlecht — den Junius tröstete, der sich stumm in einen Winkel gedückt hatte, — schlüßte in der Ferne, unter tosendem Beifallsjauchem, im goldenen Siegesglanz der Sonne, strahlend in Purpur, besüßelt vom Lorbeerkranz, von frischem Balsamduft umweht, in feierlicher Langsamkeit, gleich einem Könige, der zur Krönung schreitet, — in gemessener, stolzer Haltung die Gestalt des Julius dahin . . . und Reihen langer Palmzweige hoben und neigten sich vor ihm, gleich als wollten sie mit ihrem summen Sichausrichten, ihrem demütigen Schöneigen — die beständig sich erneuernde Verehrung ausdrücken, welche die Herzen seiner durch ihn begaberten Mitbürger erfüllte!

Jwan Turgenjef.

Neues Theater. (Schillers Wallenstein.) In diesem Jahre ist der Direction des Stadttheaters eine würdige Schillerfeier gelungen. Die Aufführung der Wallensteintrilogie am Dienstag und Donnerstag fand auf einer respektablen Höhe, und der Geist der Sachlichkeit, der ehrlichen Eingabe an das große Werk, der an beiden Abenden zu spüren war, stand wohlthunend ab von dem wirren Durcheinander, das bei der Schillerfeier des Schauspielhauses zu beobachten war, und dem Virtuositentum, das dort der Vorstellung des Don Carlos Glanz verlieh.

Als Schillers Wallenstein am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts auf die deutsche Bühne kam, da war des Zeitgenossen das Werk eine riesengroße Entdeckung, eine imponierende Schöpfung, die so recht das Eben des geschichtlichen Theaterplans empfinden ließ. Während sich geschichtliche Ereignisse von größter Tragweite abgepielt hatten und vorbereiteten, hatte

* Aus: Gedichte in Prosa. Deutsche Uebersetzung von Th. Comigian. Leipzig, Insel-Verlag. Preis 1 M.

der Frage der Bollerhöhung, erklärt man sich gewöhnlich für nicht kompetent. Auch in Zukunft sind im Stadtverordnetenrat wichtige Angelegenheiten zu erledigen. Deshalb müsse mit Eifer in die Wahlbewegung eingetreten und dafür gesorgt werden, daß sich die sozialdemokratischen Wähler überall vermehren.

In der Diskussion wurde der Wunsch laut, die Agitation für die Wahlen noch energischer zu betreiben. Im übrigen wurde der Schwerpunkt der Agitation auf die prompte Verteilung der Flugblätter und auf die Tätigkeit in Fabriken und Werkstätten gelegt.

Hierauf werden als Kandidaten vorgeschlagen:

I. Wahlkreis. Ansfänger: Max Reunachbar, Schuhmachermeister. Unanfsänger: Gustav Menge, Lagerhalter. Ansfänger: Hermann Richter, Gastwirt.

II. Wahlkreis. Ansfänger: August Heinze, Kaufmann und Stadtverordneter. Unanfsänger: Karl Puhl, Lagerhalter.

III. Wahlkreis. Ansfänger: Julius Lehmann, Schriftföher und Stadtverordneter; Emil Bloth, Buchbindermeister. Unanfsänger: Richard Meyer, Gastwirt.

IV. Wahlkreis. Ansfänger: Otto Pollender, Redakteur; Paul Neemann, Schirmsabrikant und Stadtverordneter. Unanfsänger: Georg Johannes, Geschäftsföher. Unanfsänger: Erfahmann: Alfred Diehe, Gastwirt.

Den Vorschlägen wurde von der Versammlung ohne Debatte und einstimmig zugestimmt. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Zu den Stadtverordnetenwahlen. Es ist von uns schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die eigentliche Bedeutung der diesjährigen Stadtverordnetenwahl bei der Wahl in der dritten Klasse liegt. Wenn auch diesmal wieder die Kandidaten der Hausbesitzerpartei und ihrer Schlepptreuer im ersten und zweiten Wahlkreise siegen — so föhren wir aus — so erlangt diese Partei die Majorität und jede Fortentwicklung unserer gemeindlichen Einrichtungen ist auf Jahre hinaus in Frage gestellt. Die große Industrie, Handels- und Verkehrsstadt wird sich dann einer Bürgervertretung zu erfreuen haben, deren Mehrheit sich aus den verschiedenartigsten reaktionären Elementen zusammensetzt.

Das wissen auch die Hausbesitzerpartei und die von ihr abhängigen Gruppen, und sie machen aus ihren Absichten nicht den geringsten Hehl. In einer Versammlung des „Schutzverbandes für Handel und Gewerbe“ sagte der Kaufmann Frische nach einem Bericht der königlichen Leipziger Zeitung:

Wenn die Mittelstandspartei im ersten und zweiten Kreise siegt, wenn also die Liste des Vereinigten Bürgerwahlkomitees durchgeht, dann werde die Mittelstandspartei in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, und dieses Ziel müsse mit allen Mitteln erstrebt werden. Ein günstiger Umstand sei hierbei, daß zwei Vertreter dieser Kreise, die nicht immer die Interessen des Mittelstandes voll vertreten hätten, jetzt aus der Kandidatenliste gestrichen worden seien.

Wir haben es ja vorausgesetzt, daß diesmal nur verlässliche Personen, die stramm auf das Programm der Hausbesitzer und der Mittelstandspartei eingeschworen werden, als Kandidaten aufgestellt werden würden.

Der Sozialdemokratie fällt die Aufgabe zu, die durch den Ansturm der Reaktion für unsere Stadtgemeinde herbeigerufene Gefahr abzuwehren. Ventschäftigt durch das Dreiklassenystem und die ihr gegenüber praktizierte Wahlfreisgeometrie, bedarf es freilich der kräftigsten Anstrengungen unserer Partei, um unsere Stadt vor der unseidlichen Herrschaft einer reaktionären Mehrheit zu bewahren. Parteigenossen, bemüht die letzten Tage noch zur eifrigsten Agitation und sorgt vor allem, daß am 18. November jeder wahlberechtigten Arbeiter seiner Wahlpflicht genügt.

Die wirtschaftlichen und sanitären Zustände in den Bäckereien haben dem Vorstand des Gewerkschaftsvereins Veranlassung gegeben, für nächsten Sonntag vormittag 1/11 Uhr eine große Volksversammlung nach dem Felsenkeller in S.-Plagwitz einzuberufen, um das konsumierende Publikum sowie die Regierung aufzufordern, gegen derartige, oftmals elektrisierende Zustände einzuschreiten. Obgleich das preussische Ministerium in einer im Oktober 1900 erlassenen Verfügung anerkennt, daß nach den aus verschiedenen Bezirken vorliegenden amtlichen Ermittlungen, die durch gerichtliche Feststellungen bestätigt worden sind, in vielen Bäckereien erhebliche Missetände hinsichtlich der Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsräume und der Regelung des Betriebes herrschen, daß Licht und Luft ungenügend, die Sauberkeit in den Backräumen vielfach mangelhaft und an zahlreichen Orten äußerst bedenkliche Missetände in gesundheitlicher und sittlicher

Beziehung vorhanden sind, so ist doch seit jener Zeit so gut wie nichts geschehen, um derartigen Missetänden wirksam entgegen zu treten. Nicht nur die Bäckereiarbeiter, sondern auch das Publikum hat ein großes Interesse daran, daß die in manchen Betrieben vorhandene mangelhafte Sauberkeit und die die Gesundheit arg gefährdenden Zustände beseitigt werden. Der Vorstand des Vereins richtet deshalb an die gesamte Bevölkerung, vornehmlich an die Hausfrauen die Bitte, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.

Die Aktienbörse Leipzig-Wohlis sagt in ihrem Bericht über das am 30. September abgelaufene 30. Betriebsjahr u. a.: Der Bierkonsum hat in diesem Jahre, trotzdem der Kundenkreis sich erweiterte, einen Rückgang erfahren, welcher zum Teil auf die kalten, dem Bierkonsum ungünstigen Witterungsverhältnisse des heurigen Sommers, zum größten Teil aber auf die derzeitige mißliche Lage der industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. — Die Brauerei verteilt nach reichlichen Abschreibungen 6 Prozent Dividende an ihre Aktionäre.

Schneekarten werden täglich im Arbeitsnachweis Reichsstraße 3, I. vormittags 10—11 Uhr ausgegeben. Reflektanten müssen das Krankenlastenbuch mitbringen; es werden nur diejenigen berücksichtigt, die in Leipzig und angeschlossenen Orten wohnen. Die mit Schneekarte versehenen haben sich dann noch zwischen 11 und 12 Uhr an dem ihnen zunächstliegenden Gerätehof zu melden.

Mehr Licht — in der Markthalle! Von den Standinhabern in der Markthalle sind dem Hale wiederholt Wünsche geäußert, eine bessere Beleuchtung der Markthalle herbeizuföhren. Mittlerweile kam das elektrische Flammenbogenlicht auf, das nicht nur bedeutend heller brennt, sondern auch weniger elektrische Energie verbraucht. Der Rat hat nunmehr beschlossen, diese neue Lichtart in der Markthalle zu verwenden und gleichzeitig durch Umhängung der Lampen eine vorteilhaftere Beleuchtung der Halle herbeizuföhren. Die Kosten sind auf 800 Mk. veranschlagt.

Bei der heutigen Ziehung der sächsischen Landeslotterie fiel der Hauptgewinn von 100000 Mk. auf Nr. 90015 in die Kollette von Bruno Schneider in Dresden.

Kranke auf der Eisenbahn. Die sächsische Staatsbahnverwaltung hat die Verkehrsstellen mit Anweisung dahin versehen, daß die auf größeren Stationen vorhandenen tragbaren Treppen und Tritte kranken Reisenden zur Erleichterung des Aus- und Einsteigens auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden sollen.

Kanarienvogel-Ausstellung. Sonntag den 14. und Montag den 15. Dezember veranstaltet der Leipziger Kanarienvogelverein in den oberen Lokalitäten des Eldorado, Pfaffenborfer Straße, die 24. allgemeine Ausstellung, verbunden mit Prämierung und Verlosung, neben welcher auch noch alle erdenklichen Hilfsmittel zur Zucht und Pflege dieser gefiederten Sänger in Augenschein genommen werden können.

Zusammenstöße. Am Fleischergplatz föhren gestern Abend ein Droschengehir und ein Motorwagen aneinander, wobei die Gabelstange der Droschke zerbrach und der Motorwagen leicht beschädigt wurde. — Auf der Kreuzung der Alexanderstraße und Promenadenstraße stieß ein Droschengehir mit einem Motorwagen zusammen, wobei der Puffer des letzteren abbrach. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Leipziger Fremdenverkehr. Nach den beim Verkehrsverein Leipzig (Bureau für kostenlose Auskünfte, Städtisches Kaufhaus, Kupfergäßchen) eingegangenen polizeilichen Mitteilungen sind in der Woche vom 8. bis 9. November in den Leipziger Hotels 3443 Fremde angekommen, darunter 3155 Reichsdeutsche, 254 aus anderen europäischen Staaten und 34 aus außereuropäischen Ländern.

Schwurgericht. In der vierten, am nächsten Montag früh 1/10 Uhr beginnenden Schwurgerichtsperiode werden u. a. folgende Strafsachen zur Aburteilung kommen: Vormittags 1/10 Uhr: gegen Lina Johanne Albine berehel. Werthold geb. Bettner in Leipzig-Reisfelderhaußen wegen schwerer Urkundenfälschung; vormittags 1/11 Uhr: gegen Luise Henriette Anna berehel. Streng geb. Herzsch aus Zeitz wegen Meineids. Dienstag den 18. November vorm. 10 Uhr: gegen den Musiker Josef Ulschöfer aus Mainz wegen Sittlichkeitsverbrechens zc. Donnerstag den 20. November vormittags 9 Uhr: gegen die Hebamme Luise Katharine verw. Warden geb. Lenz aus Paitzenhaußen, das Dienstmädchen Martha Elisabeth Weise aus Mittelsayda, den Fleischer Ernst Louis Kreher aus Obernhau, Kathinka Jenny berehel. Gudewill geb. Gudewill in

Braunschwweig und den Rentner Adolf Friedrich Gudewill in Braunschwweig wegen Verbrechens gegen das Leimende Leben. Freitag den 21. November vormittags 9 Uhr: gegen die Arbeiterin Katharine Magiera aus Pößnitz wegen Totschlags. Sonnabend den 22. November: gegen den Schauspieler Rudolf Friedrich Wilhelm Karf in Leipzig wegen Sittlichkeitsverbrechens zc. Montag den 24. November vormittags 9 Uhr: gegen den Postdirektor Adolf Karl Albert Knoblauch aus Chemnitz wegen Verbrechens im Amte; vormittags 1/11 Uhr: gegen den Wstgehilfen Friedrich Louis Döhler aus Medewisch wegen Verbrechens im Amte. Dienstag den 25. und Mittwoch den 26. November vormittags 9 Uhr: gegen den Bauunternehmer Wilhelm Robert Thiele aus Werben wegen betrügerischer Bankrottts. Donnerstag den 27. November vormittags 9 Uhr: gegen die Wirtschaftlerin Martha Maria Sagerl aus Barga wegen Meineids. Freitag den 28. November vorm. 9 Uhr: gegen den Schlosser Felix Eugen Vehnert aus Magdeburg und den Schiffsbauer Josef Hermann Stroppe aus Ruffig wegen Mordes und Raubes. Sonnabend den 29. November vormittags 9 Uhr gegen den Barbier Franz August Günther aus Cölleda wegen schwerer Urkundenfälschung; vormittags 10 Uhr: gegen den Erbarbeiter Friedrich Hermann Gustav Falkenberg aus Rudersdorf wegen Sittlichkeitsverbrechens. Montag den 1. Dezember vormittags 9 Uhr: gegen die Arbeiterin Klara Selma Franz aus Schleiz wegen schwerer Urkundenfälschung zc.; vormittags 10 Uhr: gegen den Goldschmiedehilfen Karl Max Wolf aus Leipzig wegen beschuldigter Brandstiftung. Dienstag den 2. Dezember vorm. 9 Uhr: gegen den Handelsmann Friedrich Wilhelm Höse aus Querfurt wegen schwerer Urkundenfälschung zc.; vormittags 1/10 Uhr: gegen den Buchhalter Ludwig Georg Janicaud aus Margarethenhütte wegen schwerer Urkundenfälschung; vormittags 10 Uhr: gegen den Markthelfer Hugo Ernst Moritz Günther aus Leipzig-Thonberg wegen Sittlichkeitsverbrechens. Mittwoch den 3. Donnerstag den 4. und eben. Freitag den 5. Dezember vormittags 9 Uhr: gegen den Glasermeister Franz Josef Mohrberg aus Gieboldshausen, Amalie Auguste berehel. Mohrberg geb. Kathert aus Weihenfeld und den Kaufmann Magnus Eisenstadt in Berlin wegen betrügerischer Bankrottts zc.

Uebervahren wurde heute mittag in der Dresdener Straße ein etwa sechs Jahre alter Knabe von einem Straßenbahnwagen schwer verletzt wurde er in die Sanitätsküche gebracht.

Neue Polizeinachrichten. Am 10. d. M. mißete sich ein unbekannter Mann bei einer in der Ruchengartenstraße wohnenden Familie ein. Den nächsten Morgen war der Unbekannte unter Mitnahme verschiedener Kleidungsstücke, worunter sich ein schwarzer Ueberzieher und ein schwarzer Luchrod befanden hat, verschwunden. Der Dieb hatte sich als Cigarrenmacher Ernst Hermann Häbnel aus Belgern ausgegeben.

Ein 20 Jahre alter Schlosser aus Blawitz stahl in einer Wohnung der Albertstraße seinem Schlafkollegen das Portemonnaie mit 25 Mk. und wurde deswegen zur Verantwortung gezogen. Das Geld konnte dem Betroffenen zurückgegeben werden.

Gestern wurde auf dem Georgiringe ein junger Mensch dabei abgeföhrt, als er einer Frau das Portemonnaie mit einem Geldebetrage aus der hinteren Kleiderkiste stahl. Der Bürsche, dem noch mehrere solcher Diebstähle zur Last fallen, wurde der Polizei übergeben. Er geht an, aus Warschau zu stammen, vermutlich gehört er jener Diebesbande an, von der hier in den letzten Jahren mehrere Personen, alles jugendliche Bürschen, aufgetaucht und dingfest gemacht worden sind.

Nach Untersuchung von Eisenwaren im Werte von 181 Mk., die ihm zur Ablieferung übergeben worden waren, war ein 33 Jahre alter Schlosser von hier flüchtig geworden. Der Schlosser wurde jetzt auswärts verhaftet.

In der Nacht zum 18. dieses Monats sind Einbrecher in mehreren Comptoirs am Freiladeparkhof an der Roderstraße eingebrochen. Den Dieben fielen verschiedene Geldebeträge in die Hände. Von einem Rollwagen wurde eine PK 7325 gezeichnete Kiste mit Eisenwaren gestohlen.

Aus einer Dienstbotenkammer in der Gohliser Straße wurde gestern mittag unter erschwerenden Umständen ein Geldebetrage von 120 Mark gestohlen.

Von Nah und Fern.

Risiko der Arbeit.

Bochum, 12. November. Heute nacht stürzte in der Besse Centrum ein Anhängerkübel mit sieben Bergleuten in den Schacht. Sämtliche sind tot.

Hürth, 12. November. Das Gerüst für den neuen Staatsbahnhoffteig ist heute mittag um 11 Uhr eingestürzt. 3 Arbeiter

Theaternachrichten. Neues Theater. Sonnabend: Donna Anna. — Altes Theater. Sonntag: Neues Theater: Die lustigen Weiber von Windsor, vorher: Die Puppenknecht (Anfang 1/7 Uhr). Altes Theater: Nachmittags 1/3 Uhr 6. Vorstellung für den Leipziger Arbeiterverein Die Kreuzschreiber. (Ein Billetverkauf zu dieser Vorstellung findet nicht statt.) Abends 1/8 Uhr: Der Vogelwandler.

Als nächste Schauspiel-Novität wird Otto Ernst's fünfaktige Komödie Die Gerechtigkeit vorbereitet.

Im Leipziger Schauspielhaus wird heute zum erstenmal die Novität Der Leibste von Volker Schmidt gegeben. Am Sonnabend werden Otto Erich Hartlebens Komödien Die stille Forderung und Erziehung zur Ehe aufgeführt. Sonntagabend wird der Leibste wiederholt, während nachmittags bei kleinen Preisen (bis über die Hälfte ermäßigt) Max Dreyers Probedarstellung in Szene gehl.

Ueber den Verteidigungsprozeß Carlo Wöcklins gegen Professor Muther wird jetzt einiges bekannt, das geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen. Der Verteidiger Muthers, der Münchener Rechtsanwalt Bernstein, betonte bei der Verhandlung am Dienstag, daß der Beklagte unter allen Umständen den Schuld des § 103 (Wahrung berechtigter Interessen) in Anspruch nehmen dürfe. Thatsächlich sei schon in den letzten Jahren in der ganzen Kunstwelt bezweifelt worden, ob die Bilder, die die Familie Wöcklin angeblich aus dem Nachlasse des großen Meisters fortgesetzt in Handel bringe, von Arnold Wöcklin herzföhren. Wer mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht vertraut ist, fürchte Bernstein auszuwid als sein Werk in Handel kommen, während er noch lebte? Ich bin in der Lage, darauf eine Antwort zu geben. Thatsächlich ist Arnold Wöcklin in seinen letzten Lebensjahren so krank gewesen, daß er sich kaum noch um seine künstlerischen, keinesfalls sich aber um seine wirtschaftlichen Verhältnisse kümmern konnte. Aus einem mir vorliegenden Briefe ist zu ersehen, daß die Regelung dieser wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten fünf bis sechs Jahren seines Lebens vollständig in anderen Händen gewesen ist. In erster Linie befahete sich damit seine Gattin, die bekannte Angela Pastucci. Sie hatte die Bilder, sie nahm das Geld, sie quittierte. Sie hatte mit ihrem Sohne Carlo überhaupt die geschäftliche Leitung in der Hand. Es hat zum Beweise dessen sich ein Brief Carlo Wöcklins an einen Kunden gefunden, ich sage Kunden, weil der Gang der Sache ein vollständig geschäftlicher geworden war und Arnold Wöcklin nur noch als Geschäftsobjekt

auf der Bühne das Mäherstück geherrscht, das schwächliche Familiendrama. Da kam einer, der erfüllt war von den großen Ereignissen, und zeigte, daß die Bühne Schritt halten könne mit den großen Kämpfen in der Politik und im gesamten Geistesleben.

„Jetzt, an des Jahrhunderts erstem Ende,
Wo selbst die Wirklichkeit zur Dichtung ward,
Wo wir den Kampf gewaltiger Naturen
Um ein bedeutend Ziel vor Augen sahn,
Und um der Menschheit große Gegenstände,
Um Herrschaft und um Freiheit wird gerungen,
Jetzt darf die Kunst auf ihrer Schattenbühne
Auch höchsten Flug versuchen, ja sie muß,
Soll nicht des Lebens Wüth sie beschämen.“

So heißt es im Prolog zum Wallenstein der bedeutendsten Zeugnis dafür ablegt, wie das eindringende Erfassen des Zeitgeistes die Kraft des Dichters zu festigen und zu steigern vermag. Der Mann, der den Wallenstein schrieb, war erfüllt von der Bedeutung der Zeit, in der er lebte. Er erkannte die Bedeutung der geschichtlichen Ereignisse, und, davon erfüllt, trat er vor Publikum in seinem Drama als Deuter einer umstrittenen historischen Persönlichkeit, die einst eine Umwälzung der politischen Verhältnisse Deutschlands hatte herbeiföhren wollen. Er schilderte nun auf der Bühne einen großen geschichtlichen Moment so, daß der Zuschauer im selben Maße von Wallensteins Tragödie erfüllt wurde, wie der Dichter von dem politischen Kampfe, dessen Fortgang er in höchster Spannung verfolgte. Auf der deutschen Bühne stand wieder einmal eine große historische Persönlichkeit, die einen großen bedeutsamen Kampf kausfocht.

In der Aufföhrung der Wallensteintrilogie kam die Bedeutung des Werks dem Zuschauer stellenweise voll zum Bewußtsein. Es gab zwar keine überragende schauspielerische Leistung. Keine fortzeigende geniale That, aber der tüchtigen Leistungen waren viele. Wenn ich mir eine ideale Darstellung des Wallenstein denke, so denke ich mir, daß die Mischung von Klarheit und Scharfsichtigkeit auf der einen und von rätselhafter Verblendung auf der anderen Seite durch die Zugabe kindlichen Vertrauens zu erklären ist, wie es genialen Naturen eignet. Ein Kind ist ja doch der große Diplomat Wallenstein, wenn er tren an dem Octavio Piccolomini hängt, dessen Verräterei kühler Beobachtung längst offenbar sein mußte, und kindlich ist es, wie er den Sternen das Vertrauen bewahrt, selbst wenn sie ihn betrogen haben.

Dies Element fehlte der Darstellung des Herrn Brunow; der fluge, nichterne Redner Wallenstein gelang ihm, auch das Impoverierende seines Wesens, auch die seelischen Kämpfe, die das Zaudern hervorriefen, wußte er zu schildern, aber den Mann, den es treibt, mit den Sternen Zwiesprach zu halten, und sich blind immer denen anzuvertrauen, die ihn verraten, blieb er unschuldig. Auch den Octavio Piccolomini denke ich mir anders, vor allem beweglicher trotz seines Alters, als ihn Herr Böbe in 1. a. g. darstellte. Wer je z. B. gesehen hat, wie Weiser mit Tosani und Buttler umsprang, welche romanische Beweglichkeit sein Spiel in diesen Szenen bekam, den ließ Herr Böbbeling ziemlich läh; er war zu hausboden, um die Erfolge des Verräters hegreiflich machen zu können. Von Wallensteins Generalen traten in der Darstellung namentlich der Holani des Herrn Demmer und der Buttler des Herrn Stiehl, der scharfe Umriß zu gehen verstand. Durch scharfe Charakteristik zeichnete sich auch die Gräfin Terzta des Fr. Wolowka aus, der ausgezeichneten Sprecherin, die die Gräfin als die Intrigantin, die zum Verrat treibt, wie als die vom hereinbrechenden Unheil am härtesten betroffene stolze Frau auferordenlich fein und eindrucksvoll darstellte und dem letzten Akt zu mächtiger Wirkung verhalf. Am meisten angejubelt wurden natürlich Max Piccolomini und Thella. Daß aber Fr. Richter irgendwo in Spiel und Deklamation über die übliche Schablone hinausgekommen sei, könnte ich nicht behaupten. Dagegen hatte Herr Gahn, der einen Lorbeerkranz erhielt, vortreffliche Momente. Muß aber Max, sobald er zu Thella oder von Thella spricht, immer heulen? Herr Gahn hat so großes Talent, daß immer und immer durchbricht, daß er wohl diese Manier noch überwinden wird, ebenso wie er es lernen wird, auch in der höchsten Aufregung von der Bühne abzugehen, ohne Klaffen und Mitspieler zu gefährden.

Noch ist einiges über die Aufföhrung des Lagers zu sagen, in der namentlich Herr Demme als Kapuziner sich auszeichnete. Die Regie hat da sehr darauf gesehen, buntes Leben zu schaffen, so sehr, daß manchmal der Lärm das geiprochene Wort überrönt. Aber das Getümmel allein thut es nicht, wenn nicht auch die wilde Soldateska in Kleidung und Manieren sich in den verschiedenen Graden ihrer Puppigkeit offenbart, von der selbst der stolze wallonische Kürassier noch etwas haben kann, ohne daß seine schönen Meden, die Herr Volkner sehr schwingvoll deklamirte, darunter zu leiden brauchen.

wurden unter den Trümmern begraben, einer davon ist lebens- gefährlich verletzt.

Eisenbahnunglück.

Brüssel, 14. November. In der Nähe von Namur stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Zwölf mit Passagieren besetzte Waggons wurden zertrümmert; 20 Personen sollen verletzt worden sein. Nach einer anderen Meldung sollen 20 Personen getötet, zahlreiche andere verletzt worden sein.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 12. November.

Zweifelhafte Geschäfte, bei denen die Pferdehändler A. und B. die Betrogenen waren, schloß der frühere Gutsherr in Großbothen und jetzige Geschäftsführer eines seiner Frau gehörigen Weinrestaurants in Vorna Theodor Gustav D. mit den Benannten ab. Im April 1900, wo das Gut in Großbothen bereits auf den Namen der Frau D. bewirtschaftet wurde, kaufte D. von A. ein paar Pferde für 1675 M. ohne einen Pfennig Anzahlung. A. glaubte es in D. mit einem zahlungsfähigen und zahlungswilligen Gutsherrn, als den er sich ihm gegenüber ausgespielt hätte, zu thun zu haben. Bald darauf verkaufte Frau D. ihr Gut in Großbothen gegen ein Weinrestaurant in Vorna und D. selbst veräußerte die von A. gekauften Pferde gegen 2000 Mark Wein, die gleich darauf in das Eigentum seiner Frau übergingen. So hatte A., da von D. selbst nichts zu kriegen war, für seine wertvollen Pferde das Nachsehen. Im November 1901 stellte D. sich dem Pferdehändler B. als Vertreter eines gutgehenden Weinrestaurants in Vorna vor, um von ihm ein Pferd für sein Geschäft zu kaufen. Sie wurden über ein solches auch handelsmäßig zum Preise von 450 M. D. erhielt es drei Tage zur Probe. Nach dieser Zeit sollte er den ausbelebenden Kaufpreis zahlen oder das Pferd wieder zurückgeben. D. zahlte später 50 M. an B., verkaufte dann das Pferd und verwendete den Erlös für sich. Als B. nun gegen D. wegen der 400 M. klagbar vorging, wandte D. ein, daß er B. nichts mehr schuldig sei, aber die Quittung verlegt habe. Als das Gericht deswegen eine Hausdurchsuchung bei D. vornehmen wollte, wies er die mittlerweile mit dem Betrage von 450 M. verfehene Quittung vor. B. bestritt deren Richtigkeit insofern, als es wohl die vom ihm über 50 M. ausgestellte Quittung sei, aber doch die Ziffer 4 hinzugeschrieben worden sei. Ein Schriftensachverständiger war nicht in der Lage, den Beweis für die Täterschaft D.s als Fälscher zu erbringen. Nun wurde gegen D. Anzeige wegen Betrugs in zwei Fällen und Urkundenfälschung erstattet und er hat sich diesbezüglich vor der zweiten Strafkammer zu verantworten. A. und B. schlossen als Zeugen die Kaufabschlüsse und der Staatsanwalt hält D. nicht nur des Betrugs für überführt, sondern ihn auch der Urkundenfälschung schuldig und beantragt dessen Verurteilung. Der Verteidiger zweifelt die Glaubwürdigkeit der beiden Zeugen an, da diese an der Sache interessiert sind und die Pferdehändler im allgemeinen ein ziemlich weites Gewissen hätten. Es sei durch die Verhandlung weder der Beweis für noch gegen die Schuld D.s erbracht und müßte daher auf Freisprechung erkannt werden. Das Urteil lautete unter sofortiger Inhaftnahme des Angeklagten wegen Betrugs in zwei Fällen und Urkundenfälschung auf ein Jahr und zwei Monate Gefängnis. Strafschärfen kam namentlich die Höhe der Beträge und der Umfang in Betracht, daß er wegen Eigentumsvergehens, wenn auch weit zurückliegend, schon mit Zuchthaus bestraft ist.

Fahrerliche Tötung brachte den 37 Jahre alten Lohnfuhrers- und Gutsherrn Gustav Wolf S. aus Müllnitz vor die zweite Strafkammer. Am 7. Juli fuhr S. mit einem leichten, einspännigen Geschirr nach Eula, um für jemand eine frühe Holz zu holen. In Eula, am Thälchen Gute, geht die Straße steil abwärts und da S. auch kein Schleißezeug hatte, so fuhr er mit der sogenannten Zagleine, die ebenfalls, wie das Pferd: des Schleißezeuges, auf der Landstraße vorchristlich ist, das Pferd zur langsamen Ganganz zu bringen. Dadurch stieß dem Pferd das Ortschaft an die Fesseln und nun hatte sich dieses um und das Pferd ging durch. S. sprang vom Wagen herunter. Dieser bog nach der rechten Seite aus und die Deichsel traf die 22 Jahre alte Straßehüterin-Gehefrau M., die am Rande stand, vor den Leib, daß sie in den Straßengraben fiel; zwei Kläder des Wagens gingen noch über sie weg. An der darauffolgenden Nacht ist sie an den Verletzungen gestorben. Zu seiner Entschuldigun- gung führt S. nun an, daß das Pferd gegen Insektenstiche sehr empfind- lich sei und daß es am genannten Tage auch von solchen gequält sein müsse, sonst wäre es nicht durchgegangen. An einem so leichten Fuhrwerk war ein Schleißezeug auch nicht unbedingt not- wendig; auch den Doppelzügel, wie es Vorchrift ist, hielt er nicht für nötig. Das Pferd ist ihm aus der Gewalt gekommen und er fühlt sich an dem entstandenen Unglück unschuldig. Der Vornaer Gerichtsarzt Dr. S. giebt als Sachverständiger sein Gutachten dahin ab, daß der Tod der Frau M. durch den Unfallsfall herbei- geführt wurde. Der Staatsanwalt führte in seinem Plaidoyer aus, daß die Fahrerliche S.s eine mehrfache war, indem er ent- gegen den Vorschriften kein Schleißezeug am Wagen und keine Doppelzügel hatte, was zum Schutze der Sicherheit notwendig

war. Der Kaufzusammenhang zwischen der Fahrerlicheit und dem Tode der M. sei erwiesen; er beantrage die Verurteilung S.s gemäß dem Eröffnungsbeschlusse. Der Verteidiger S.s hält die Fahrerlicheit nicht für erwiesen, da auf eine Anfrage bei der We- hörde wegen der Vorschriften über das Schleißezeug z. eine negati- ve Antwort einging und ferner S. das Pferd aus seiner Gewalt verlor; er bitte in erster Linie um Freisprechung, sollte das Ge- richt aber auf eine Strafe zustimmen, so bitte er um eine mög- lichst milde Strafe. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Ge- fängnis.

Briefkasten der Redaktion.

H. S., Brandverurteilung. Sie mußten sich etwa 6 Wochen früher melden; jetzt sind die Wahllisten geschlossen. Wir werden Ihnen aber in nächster Zeit jemand zusenden, damit Sie wenigstens an der nächsten Wahl teilnehmen können.

E. S. 100. Da in diesen Vortrag noch zweifellos politische Erörterungen mit einzuflechten sind, ist die Aufforderung zu erlassen. J. S. Seit Weihnachten 1901. Die letzte Verhandlung dauerte zwei Stunden.

Auskunft in Rechtsfragen.

J. M. 100. Geburtschein und noch sonst ein anderes Aus- weispapier.

L. W. Die Frau hat nur Anspruch auf eine Unterstützung in der Höhe des Krankengeldes. Von einer besonderen Unter- stützung in Höhe von 15 M. ist keine Rede.

M. G. Sie müssen entweder persönlich erscheinen oder sich verreten lassen. Auf alle Fälle werden Sie aber zur Prämien- zahlung verurteilt, da durch den einseitigen Rücktritt das Versiche- rungsverhältnis nicht gelöst wird. Es kann Zwangsvollstreckung stattfinden.

S. A., Anwartschaft. Totenschein und Erbschein sind nur erst erforderlich, wenn die Kinder an Stelle der Verstorbenen die heraus- geklagte Erbschaft in Anspruch nehmen.

F. S., Convent. Die Buchhändler erhalten Nummern und werden mit D. angetroffen.

F. R. 100. Es kann sofort wieder die Ladung zum Offen- barungselb erfolgen.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Freitag den 14. November: 200. Abom.-Vorstellung (3. Serie, weiß): Die Weislinger von Wagner.

(In drei Akten.) Von Richard Wagner. Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Hagel.

Table listing cast members for 'Die Weislinger' with names like Hans Sachs, Schuster, and Dr. Schnepfer.

Ein Nachtwächter. Bürger u. Frauen, Gesellen, Lehrbuben aller Künste, Mädchen, Volk.

Müßiggänger, um die Mitte des 16. Jahrhunderts. Die Chöre werden unter Mitwirkung von Mitgliedern des Gesang-

vereins „Sängerkreis“ ausgeführt. Pause nach jedem Aufzuge.

Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende gegen 1/11 Uhr. Opern-Preise.

Spielplan: Sonnabend: Wonna Wonna. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Freitag den 14. November: Im bunten Rod.

Auffspiel in 3 Akten von Franz v. Salduthan und Frhrn. v. Schlicht. Regie: Ober-Regisseur Geibner.

Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende gegen 7/10 Uhr. Gew. Preise.

Vorverkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. Billets: Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr an der Tages-

Kasse (mit Aufgeld von 80 Pfg. pro Billet). Spielplan: Sonnabend: Fatimiga. Anfang 7/8 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Dir.: Anton Hartmann. Sophienstr. 19. Nachdruck verboten. Nachdruck verboten.

Freitag den 14. November: 10. Freitag-Abonnement. Zum erstenmal: Der Leibarzt.

Novität! Komödie in 3 Akten von Gotthard Schmidt. Novität!

In Scene gesetzt von Ober-Regisseur Arthur Eggeling. Dr. Ernst Bierig, Gymnasial-Oberlehrer. Julius Breenberg

Table listing names and addresses for the 'Gewöhnliche Preise' section, including names like Margarete Frey, Julia Siebert, etc.

Zeit: Gegenwart. Zwischen den einzelnen Akten liegt ein Zeitraum von mehreren Tagen.

Längere Pause nach dem 2. Akt. Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Gewöhnliche Preise. Vorverkauf und Verkauf von Tagesbillets bei F. A. Coppins, Cigarren-Import, Petersstraße 15.

Spielplan: Sonnabend: Die Erziehung zur Ehe. Eine stiltliche Forderung. — Sonntag: Der Leibarzt.

Küchenzettel der Sächsischen Speiseanstalten. Sonnabend: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Wurst mit Schweinefleisch.

Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Saure Kartoffelsuppe u. Kalbsbraten.

Beraminungskalender.

Freitag: Abiaturarbeiten. Coburger Hof, Weinbühlstraße. Abends 7/9 Uhr.

Sonnabend: Bildhauer, Ulrichs Bierwäld, Peterssteinweg. Abends 8 Uhr.

Freitag: Arbeiterverein, Landhaus. Abends 7/9 Uhr. Pianovirtuosen, Volkshaus, Restaurant Drei Linden. Abends 9 Uhr.

Freitag: Arbeiterverein, Berlinstraße. Abends 9 Uhr. Arbeiterverein, Deutsches Haus. Abends 9 Uhr.

142. Sächsische Landeslotterie.

Ziehung vom 14. November. Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 252 Mark gezogen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.) 100 000 auf Nr. 90915 bei Herrn Bruno Schneider in Dresden.

5000 auf Nr. 90357 bei Herrn W. Mepler in Dresden.

Large table of lottery numbers and prizes, including columns for numbers and amounts like 768 888 564 194 603 40 836 282 268 196 679 (500) 158.

betrachtet wurde. In diesem Briefe schreibt Carlo Wöcklin dem Wanda, der sein Erstanten darüber ausdrückte, daß alle seine an Arnold Wöcklin gerichteten Briefe von anderer Hand beantwortet wurden: Wanda, Sie sind sich doch nicht, daß Arnold Wöcklin Ihnen nicht schreibt; er ist ja doch zu schwach und krank und hat uns beiden vollständig die Erledigung seiner Geschäfte überlassen. Leider ist es dabei nicht geblieben, leider, sage ich, denn Carlo Wöcklin und seine Mutter sind noch viel weiter gegangen. Der alte Herr hat signiert, was von ihm verlangt worden ist. Ich bestreite deshalb, daß die Thatfache der Signatur etwa beweiskräftig für die Echtheit der Bilder ist. Ich behaupte ferner, daß Arnold Wöcklin sich dabei in einem geistigen Zustande befand, der ihn nicht mehr erkennen ließ, zu welchen Nachenschaften er sich hergab. Gewisse Denner dieses ganzen Treibens werden zeugen- edlich bestätigen, daß Carlo Wöcklin und seine Mutter be- wußt gefälscht haben. Es ist vor dem Tode des Meisters und in der Zeit nachher überall, in München, Berlin, Dresden, Karlsruhe und wo man sonst sich mit Kunst beschäftigt, ganz allgemein gesprochen worden: Die Bilder, die gegenwärtig von Arnold Wöcklin im Handel sind, sind erstens so schlecht, und zweitens ist ihre Zahl so groß, daß ihre Autorschaft bestritten werden muß. Stellen Sie sich doch vor, meine Herren, daß in Berlin und München Bilder, die mit dem glänzendsten Namen der zeitgenössischen Kunstgeschichte, mit dem Namen Arnold Wöcklin unterzeichnet waren, wiederholt zurückgewiesen worden sind. Was heißt das, wenn die Jury einer Kunstausstellung erklärt, diese Bilder stellen sie nicht aus? Ins Zeitungsdeutsch übersetzt, heißt das daselbe, was Mutter gesagt hat. Es heißt: Wir glauben nicht, daß die Bilder von Arnold Wöcklin gemalt sind. Ich behaupte ferner, daß in München, der Kunststadt par excellence, es ganz bekannt ist, daß ein Konsortium dort besteht, das sich mit der ständigen Lieferung Wöcklinscher Bilder an die Welt befähigt. Das Haupt dieser Gesellschaft ist eine Frau Marie, die sich bald Teppichs, bald Weinländerin nennt. Und diese Frau hat Wöcklinsche Bilder nicht gerade zu Dutzenden, aber zu Dutzendstücken bestellt und noch bis in die letzte Zeit hinein von Florenz aus geliefert erhalten. Ich habe Gründe, in denen es heißt: Ich bestelle einmal Schweigen im Walde, zweimal Im Spiel der Wellen, ich bestelle (Geisterzeit), ja, ich bestelle, etwa so, wie man eine frühe Kartoffeln bestellt. (Geisterzeit.) Freilich, das alles hat Mutter nicht gewußt, als er seine Kritik schrieb. Aber das alles rechtfertigt, was Mutter

geschrieben hat. Ich stelle ferner unter Zeugenbeweis, daß Frau Nieß bei Gelegenheit eines Wälderhandels mit dem künftigen Graf Paulus in Berlin und dem Kommerzienrat Schaumburg in München geäußert hat, als sie ein für wenige Tausend Lire von Carlo Wöcklin erworbenes Bild anbot: Der Carlo muß noch recht fleißig sein, so lange der Vater noch lebt! (Geisterzeit.) Es ging also nicht nur das Gerücht, sondern es war auch begründet. Mit so viel Zeugen, wie das Gerücht zu hören wünscht, werden wir beweisen, daß Fälschungen vorgekommen sind.

Weiterhin behauptete der Antak, daß die Unterschrift Wöcklins unter einem Echtheitschein nach dem Gutachten zweier graphologischen Sachverständigen gefälscht sei. Der Vertreter Carlo Wöcklins behauptete, es handle sich um Bilder, die Arnold Wöcklin unter teilweiser Mitwirkung Carlos gemalt habe.

Die Ausichten des November-Sternschnuppenfalls. Schon vier Jahre sind darüber vergangen, daß zum erstenmal seit über 3 Jahrzehnten wieder eine starke Erscheinung der November-Meteore, der sogenannten Leoniden, erwartet wurde. Das Jahr 1898 und auch die beiden folgenden Jahre brachten in dieser Beziehung große Enttäuschungen, namentlich das Jahr 1899, auf das man die stärksten Hoffnungen gesetzt hatte. Es hieß schon, der Meteorstrom, der 1799, 1833 und 1866 so wunderbare Stern- schnuppenregen aus dem Sternbild des Löwen über die Erde ergossen hatte, wäre nunmehr derart in Auflösung übergegangen, daß eine großartigere Entfaltung der Leoniden niemals wieder zu erwarten wäre. Die Beobachtungen des Jahres 1901 haben an dieser Ansicht einiges geändert, denn an verschiedenen Plätzen Amerikas und auch an wenigen Orten in England, wo die Witterung günstig war, wurden vor einem Jahre immerhin so zahl- reiche Sternschnuppen in den Nächten zwischen dem 14. und 16. November verzeichnet, daß der alte Glaube an die Leoniden einigermaßen wieder hergestellt wurde. Daher wird man sich auch in diesem Jahre noch einmal die Frage vorlegen dürfen, ob es sich der Mühe verlohnt, in den nächsten Nächten nach dem Himmel auszuschaun. Ein Mitarbeiter der Nature hat eine ausführliche Prophezeiung auf Grund aller wissenschaftlicher Daten aus- gearbeitet, und er nennt die Ausichten auf einen Sternschnuppen- fall in der Nacht des 15. November für dies Jahr sehr gute. Er meint, daß das Schauspiel das des vorigen Jahres bedeutend überreffen werde. Der Höhepunkt wird diesmal wie gesagt auf die Nacht des 15. November fallen und nicht wie im vorigen Jahr

auf die des 14. Jedoch wird die voraussichtliche Zeit der höchsten Entfaltung für die Beobachtung im nördlichen und westlichen Europa nicht sehr günstig liegen. Sie fällt nämlich auf den 15. November 1/11 Uhr abends, und dann hat sich der Strah- lungspunkt der Meteore im Sternbild des Löwen noch nicht sehr hoch über den Horizont erhoben. Freilich bietet gerade die Beobachtung der Meteore, wenn sie aus einem Punkt in der Nähe des Horizonts aus dem Himmelsgewölbe hervorzusprihen scheinen, ein fesselndes Bild. Die Zahl der sichtbaren Meteore wird dann allerdings nicht groß sein, weil die schwächeren in dem Dunst des Horizonts verschwinden; dafür, pflegt die Häufigkeit länger Schwärme und die große Geschwindigkeit der Stern- schnuppen zu entschädigen. In Mitteleuropa sind die Be- obachtungen schon ziemlich günstig, wenigstens für dies Jahr besser als in England und Amerika. Wenn am Abend des 15. Novem- better herrscht, so kann ein Himmelsoberwacher wohl erwarten, etwa von 8 Uhr an einen sehr schönen Sternschnuppenregen zu genießen, etwa in gleichem Maße, wie er im vorigen Jahre an der Westküste Nordamerikas beobachtet worden ist. Nach den Berechnungen wird der Sternschnuppenfall einen zweiten Höhe- punkt in den Morgenstunden des 16. November erreichen, und zwar würde dieser Zeitpunkt wahrscheinlich eine noch reichere Ausbeute geben, als der vorausgehende Abend. Das zweite Maximum tritt aber so spät ein, daß es bei uns schon mit der Morgendämmerung in Zwiespalt gerät. Mit Bezug auf die Verfolgung dieses Falls der Naturerscheinung werden demnach die Bewohner der Ostküste von Amerika aus wiederum überlegen sein, da dort die stärkste Entfaltung des Sternschnuppenfalls zu erwarten ist. Wer eine Reise unternehmen wollte, um so viel wie möglich von dem Sternschnuppenfall zu sehen, der müßte die atlantische Küste der Vereinigten Staaten aufsuchen. Dazu müßte man aber freilich jetzt bereits unterwegs sein. Die Passagiere der transatlantischen Dampfer werden, wenn das Wetter nicht seine Gunst verlagert, in den frühen Morgenstunden des 16. November einen Sternschnuppenfall bewundern können, wie er vielleicht seit dem Jahre 1868 nicht mehr zu sehen gewesen ist. Etwas störend wird nur der Vollmond sein, dessen Licht die schwächeren Meteore zu überdecken im stande ist.

Keine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Die Nachricht der Frankfurter Zeitung, daß Professor W. Wundt die Absicht habe, seine Lehrtätigkeit an der Leipziger Universität beendigen, wird demontiert.

Large table of numbers, likely a lottery or statistical table, with columns of digits and some headers.

Credit-Haus L. Cohn. Colonnadenstr. 34, I. Herren-Anzüge, Damen-Garderobe, Möbel, Betten, Wäsche etc.

Uhren- und Goldwaren-Handlung. Million-Uhren, Nickel, Stahl, Silber, Damen-Remont.-Uhren. Gustav Kaniss.

Strassburger Hut-Bazar. Ostf. Lange Leipzig. Grünmaler Steinweg 15. Bindwühlstr. 24.

Echte Sardellen. Grosse Vollheringe. Fischhalle „Ostsee“. 26 (Seilerb.) Wurzenstr. 26.

Schönes Zimmer, möbliert oder leer. Strickmaschinen zu Fabrikpreisen, gebe darauf dauernde lohnende Arbeit.

Cacao Pfd. 1.20. Der Preis für 1 Tasse stellt sich auf 1/10 Pf. Familien-Cacao, Rosental-Cacao, Gandalt-Cacao.

Richard Schulze Lindenau Plagwitz. Merasturbar Strasse Zschochersche Strasse 12. Specialgeschäft für Herrenartikel.

Ross-Schlächterelei Leutzsch Grenzstr. 4, Herrn. Friedrich. Fleischerei u. Wurstfabrik Albin Krebs.

Butter-Handlung. Robert Junke. Lindenau, Gundorfer Strasse 15. Frische Butter, Feinste Margarine.

Saubere ältere Frau sucht Aufwartung. Sub. Str. 25, Hof II. Saub. Mädchen od. f. Frau zum Cigarrenmachen.

Otto Heine Specialgeschäft f. Cacao, Chocolate, Thee Leipzig, Kurprinzstr. 1.

Neuheiten in Herrenhüten Krawatten, Chemisets, Kragen, Manschetten, Glacé-Handschuhe.

Markthallenstand 13. Gutes Rindfleisch à Pfd. 65. ff. Rindfleisch à Pfd. 55 bis 60.

Leutzsch, Hauptstr. 66. Separate Stube sofort zu vermieten. Eine halbe 2. Etage, 300 Mk.

Familienanzeigen. Oskar Splinter soll leben! Wir gratulieren unserem Vetter August Berger zu seinem Geburtstag.

Billige Preise! Bratenfleisch Pfd. 75 Pf. Große Gänsekleine Stück 75 Pf.

Leere zweifelhafte Stube zu verm. Lindenau, Felsenkellerstr. 8, II. f. Kleines Logis sofort zu vermieten.

Frauz Julius Schulze. Donnerstag abend 7/8 Uhr nach einjährigem Stuhme an der Prostatakrankheit sanft verchieden.

Hasen 3.25Mk. Rehe! Lebende Karpfen Pfd. 80 Pf. Schleie, Zander, Weissfische.

Leere einf. Stube in Kochhof. f. o. sp. z. verm. Mittel-Mockau, Wilhelmstr. 16, I. r.

Nachruf. Am 11. November verschied nach langem schwerem Leiden unser Kollege, der Tischler August Böhme.

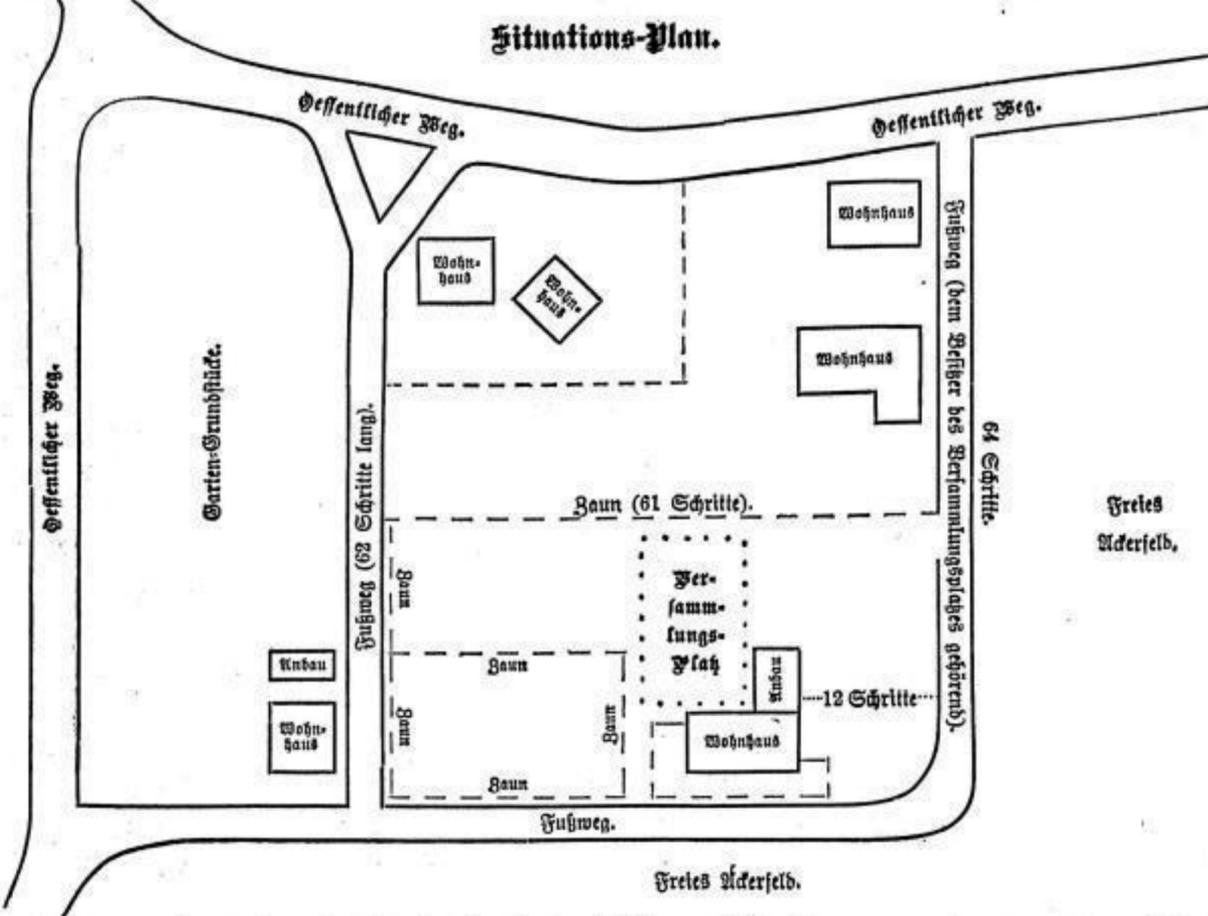
Gustav Hoffmann, L. Anger Zweinaundorfer Str. 6. ff. Petroleum, 19 Pf. empfiehlt B. Worbs, Emilienstr. 24.

3, 4, 5 u. 6 Pfg.-Cigarren in ganz hervorragenden Qualitäten liefert S. Weich Gerberstr. 17.

Fischhalle „Ostsee“ 26 (Meißelb.) Wurzenstr. 26 14 (Anger) Breite Str. 14.

Nachruf. Wir verlieren in demselben einen langjährigen Freund und treuen Kollegen, dem wir allezeit ein dankbares Gedenken bewahren werden.

Eine Illustration zur sächsischen Versammlungs-, „freiheit“.



Am Sonntag den 9. November sollte in Neuhof, zur politischen Gemeinde Müdigsdorf bei Rochen gehörig, auf einem Gartengrundstück eine Volksversammlung stattfinden.

Borna, den 5. November 1902. Die königliche Amtshauptmannschaft unterfragt hiermit, wie Ihnen auf die am 2. dieses Monats hier eingegangene Anmeldung eröffnet wird, die für Sonntag den 9. November dieses Jahres nachmittags 8 Uhr in Ihrem Gartengrundstück Nr. 10 zu Neuhof anberaumte Volksversammlung, da nach den angelegtesten Erdkarten gegen die Abhaltung dieser Versammlung in dem fraglichen Gartengrundstücke erhebliche polizeiliche Bedenken in dringlicher Beziehung sprechen.

Nach Lage des Grundstücks, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß sich an 3 Seiten des Grundstücks ein öffentlicher Fußweg hinzieht, ferner darauf, daß die Wohnhäuser der Nachbargrundstücke in ganz geringer Entfernung stehen, so daß von dort aus das in dem fraglichen Garten verbundene mit Leichtigkeit durchdrungen werden kann und schließlich darauf, daß an 2 Seiten des Grundstücks freies Feld steht, erscheint es ausgeschlossen, zu verhindern, daß außerhalb des Grundstücks sich aufhaltende Personen den Verhandlungen auf dem Versammlungsorte folgen können bezw. Zutritt zu dem Versammlungsorte erlangen.

Wenn sonach die polizeiliche Ueberwachung der angemeldeten Versammlung erschwert und unmöglich gemacht werden würde, insofern sich die letztere nicht auf einen in sich abgeschlossenen Raum beschränken würde, so ist auch bei den geschilderten dringlichen Verhältnissen eine Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten, weil auf den Nachbargrundstücken sich aufhaltende Personen durch längeres Verweilen in ihrer Nähe gestört und der Verkehr auf dem an dem Grundstück entlang gehenden öffentlichen Fußwege beeinträchtigt werden würde.

Die königliche Amtshauptmannschaft, J. B. Plagmann. Herr Obsthändler Ernst Müller Neuhof. Die Muldenhalzeitung, auf die wir uns bei unserer Schilderung stützen, hat es sich angelegen sein lassen, das amtshauptmannschaftliche Verbot durch eine bildliche Darstellung über die Lage des Versammlungsortes zu illustrieren.

Auch wir wollen unseren Lesern diese originelle Darstellung nicht vorenthalten, um ihnen selbst Gelegenheit zu geben, über die sächsische Polizeifindigkeit im allgemeinen und über die Weisheit der Amtshauptmannschaft Borna im besonderen augenscheinlich zu urteilen.

Die Muldenhalzeitung giebt zu der Zeichnung nachfolgende Erläuterung:

„Neuhof zählt ein reichliches Duzend Häuser und etwa hundert Einwohner. Die auf dem Plan nicht verzeichneten Häuser befinden sich jenseits des öffentlichen Weges, der ein etwas besserer Feldweg ist und Neuhof mit dem ca. 20 Min. entfernten Müdigsdorf verbindet. Außerdem führt noch ein sogen. Kommunikationsweg an Neuhof vorbei, vom Versammlungsorte aber in büchsenhakenweiter Entfernung. Das sind die Verkehrsstrassen in Neuhof; die Landstrasse ist eine halbe Stunde weit entfernt und die nächsten Dörfer mit Ausnahme von Linda, eine Stunde und mehr.“

Die Muldenhalzeitung macht sich weidlich lustig über den amtshauptmannschaftlichen Scherz. „Es ist“, meint unser Bruderblatt, „zum Quietschen mit der sächsischen Versammlungs-, „freiheit“. Und da stellt sich der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Fischer noch im Reichstage hin und beschwert sich darüber, wenn über die sächsischen Zustände von aller Welt gespottet und gelacht wird.“

„Zur Vervollständigung der Charakteristik dieses Verbots dient wohl die Mitteilung, daß im Jahre 1898 auf dem gleichen Grundstücke eine Volksversammlung stattfand, ohne daß die Amtshauptmannschaft Borna damals irgendwelche Bedenken geäußert hat, wie auch jene Versammlung ohne jeden störenden Zwischenfall verlaufen ist.“

„Wir werden aus diesem Verbot das nötige Kapital schlagen. Gleichzeitig teilen wir der Amtshauptmannschaft mit, daß wir im kommenden Frühjahr Versammlungen unter freiem Himmel in sehr großer Zahl einberufen werden. Auf jedes Verbot antworten wir mit einem Situationsplan nebst Erläuterung. Beides wird dann unter die Bewohner des jeweiligen Bezirks in Hunderten von Exemplaren verteilt. Das hilft dann haushalten für uns. Um der Amtshauptmannschaft gefällig sein zu können, werden wir am Tage nach der Wahl nicht veräumen, ihr das Wahlergebnis aus diesen Orten genau mitzuteilen. Inzwischen werden wir das besprochene Verbot der Kreisshauptmannschaft zur Verantwortung vorlegen.“

Ein Schmähbrief an den Abgeordneten Bebel vor Gericht.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Das Schöffengericht besteht heute aus Amtsrichter Körner (Vorsitzender), Lokalrichter Dinkel-Reipzig und Apotheker Jacob-Plagwitz (Beisitzende). Vertreter des Privatklägers ist diesmal Rechtsanwalt Mittelstädt, früherer Untersuchungsrichter am Landgericht zu Leipzig, ein Sohn des verstorbenen Reichsgerichtsrats Dr. Mittelstädt, Verteidiger des Privatangeklagten ist Rechtsanwalt Neu. Der Zuhörerraum ist dicht gefüllt. Wiederum sind die gerichtlichen Schreibsachverständigen, Lehrer Henze und Professor Dr. Kodel, als Gutachter und Lehrer Otto Müller (Pretin bei Torgau) als Zeuge erschienen. Nach Verlesung der in Betracht kommenden Karten z. bemerkt der Privatkläger Golla auf Verlangen des Vorsitzenden: Er erkläre nach wie vor, daß er den pseudonymen Postkarten vollständig fern stehe, er habe dieselben nicht geschrieben. — Vors.: Wollen Sie behaupten, daß der heute als Zeuge erschienene Lehrer Müller die Karten geschrieben hat? — Golla: Nein, ich habe aber die Karten nicht geschrieben. — Vors.: Stellten Sie denn nach dem scharfen Artikel in der Leipziger Volkszeitung nicht einen Vergleich für möglich? — Golla: Nein. — Vors.: Dann ist aber Ihr Schreiben an die Redaktion der Volkszeitung unerklärlich. — Golla: Herr Redakteur Volkender erschien am 23. Dezember in meinem Bureau und fragte

mich, ob ich die Karte an Bebel geschrieben habe. Als ich dies verneinte, sagte Volkender: ich sollte eine Verächtigung schreiben. Ich glaubte, daß damit die Sache erledigt sein würde. Nachdem ich diese Verächtigung abgehandelt hatte, erschien am 24. Dezember der scharfe Artikel in der Volkszeitung. — Vors.: Sie sandten aber am 26. Dezember ein zweites Schreiben an die Volkszeitung. Das selbe war jedoch eher ein Entschuldigungsschreiben, als ein Abwehrschreiben, das sich doch auf solche Angriffe von einem Beamten empfohlen hätte. — Golla: Ich hätte ja auch eine bloße Verächtigung senden können, ich hielt aber diese Form für zweckentsprechender. — Vors.: Einen Vergleich mußten Sie doch nach diesen Angriffen für ausgeschlossen halten. — Golla: In einen Vergleich glaube ich auch nicht. — Vors.: Haben Sie, ehe Sie an die Leipziger Volkszeitung schrieben, mit Ihrer vorgelegten Behörde gesprochen? — Golla: Zunächst nicht. — Vors.: Wann haben Sie das getan? — Golla: Am 27. Dezember kamen Exemplare von der Redaktion der Volkszeitung an mehrere Ratsmitglieder und an mich, da habe ich mit meinem Vorgesetzten gesprochen. — Vors.: Wie kamen Sie dazu, den Lehrer Müller als Zeugen zu laden? — Golla: Ich glaube bestimmt, ich werde auf Grund der Gutachten der Schreibsachverständigen den Prozeß gewinnen. Da jedoch die Gutachten gegen mich ausfielen, so mußte ich doch nach weiteren Weisemitteln suchen. — Vors.: Sie behaupten aber nicht, daß der Zeuge Müller die pseudonyme Postkarte geschrieben hat? — Golla: Nein. — Es wird danach Lehrer und Kantor Friedrich Otto Müller aus Pretin bei Torgau als Zeuge aufgerufen. Dieser bekundet auf Befragen des Vorsitzenden: Ich bin im

Herbst 1897 zu einem Kursus in Halle gewesen. Sonst habe ich niemals in Halle gelebt, bin auch niemals in Halle gewesen, sondern nur einige Male durchgefahren. Ganz bestimmt behaupte ich, daß ich im Dezember 1901 nicht in Halle gewesen bin und auch die Postkarten nicht geschrieben habe. Ich habe auch niemals den Titel „Oberlehrer“ geführt. — Verteidiger Rechtsanwalt Neu: Wie mag der Privatkläger Golla Ihre Adresse ausfindig gemacht haben? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Zur Zeit der Ernteferien ersuchte mich Herr Golla, ihm die Namen der Lehrer in Pretin mitzuteilen. — Verteidiger: Haben Sie den Brief von Golla noch? — Zeuge: Nein, den Brief benötigte ich, um darauf die Antwort zu schreiben. — Verteidiger: Weshalb thaten Sie das, Herr Golla? — Zeuge: Herr Golla ersuchte mich, die Antwort auf die Rückseite seines Briefes zu schreiben, und ihm somit seinen Brief zurückzuschicken. — Vors.: Weshalb thaten Sie das, Herr Golla? — Golla: Es lag mir lediglich daran, von dem Zeugen eine Schriftprobe zu erhalten. — Es werden danach die gerichtlichen Schreibsachverständigen vernommen. Redakteur Henze begutachtet unter eingehender Begründung: Er behaupte mit positiver Bestimmtheit, daß die pseudonymen Postkarten und die ihm übergebenen authentischen Schreiben des Privatklägers Golla von ein und derselben Hand geschrieben seien. Dafür sprechen nicht nur die einzelnen charakteristischen Schriftzüge, sondern auch die Schriftlage, die Federhaltung zc. Von einer Nachahmung der Handschrift könne keine Rede sein. Bei der zweiten in Halle aufgegebenen Postkarte scheint der Versuch einer Verstellung der Handschrift gemacht worden zu sein. Eine Nachahmung dieser Handschrift halte er aber, angesichts der charakteristischen Schriftzeichen, für ausgeschlossen. — Professor Dr. Kodel erklärt nach eingehender Begründung: Er schließe sich dem Gutachten des Herrn Henze vollständig an. Soweit dies überhaupt bei Gutachten von Schreibsachverständigen möglich, erkläre er: Die pseudonymen Postkarten und die authentischen Schriftstücke des Privatklägers seien mit hoher Wahrscheinlichkeit von ein und derselben Hand geschrieben. Auch er (Sachverständiger) halte es für ausgeschlossen, daß auf einer Karte die Handschrift nachgeahmt worden sei. Er habe auch die Tinten chemisch untersucht und festgestellt, daß die Postkarten und die verschiedenen Schreiben des Privatklägers, mit Ausnahme des Schreibens vom 21. Dezember und zwei Quittungen, mit ein und derselben Tinte geschrieben seien. — Es wird danach noch die kommissarische Vernehmung des Rechnungsrats Junge (Berlin) verlesen. Dessen Gutachten ist oben bereits mitgeteilt. — Golla: Herr Rechnungsrat Junge hat mir gegenüber sein Gutachten nicht aufrecht erhalten, sondern erklärt, wenn er von allen Vorgängen unterrichtet gewesen wäre, dann hätte er ein anderes Gutachten abgegeben. — Vors.: Im Protokoll steht aber nichts davon. — Golla: Das hat mir aber Herr Rechnungsrat Junge privatim erklärt. — Vors.: Dann hätten Sie beantragen sollen, daß diese Erklärung ins Protokoll aufgenommen wird. — Golla: Ich habe dies nicht beantragt, da ich nicht wußte, ob ich das Recht dazu habe. — Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt: Herr Henze, Sie haben gehört, daß Herr Prof. Dr. Kodel erklärt, er halte mit hoher Wahrscheinlichkeit die Schriftzüge auf den Postkarten und die authentischen Schriftzüge des Privatklägers für identisch. Halten Sie danach Ihr Gutachten aufrecht, indem Sie die Identität mit positiver Bestimmtheit erklären? — Sachb.: Jawohl. — Rechtsanw. Dr. Mittelstädt: Halten Sie es für möglich, daß auch ein anderer Mensch dieselbe Handschrift hat wie der Privatkläger? — Sachb.: Solange mir dieser Beweis nicht erbracht wird, halte ich es nicht für möglich. — Rechtsanw. Dr. Mittelstädt: Halten Sie es für ausgeschlossen, daß es in der ganzen Welt keinen Menschen giebt, der eine ebensolche Handschrift wie der Privatkläger hat? — Sachb.: Das ist allerdings etwas zu weit gegangen. — Vors.: Ich bin der Meinung, das ist kein Gutachten mehr, eine solche Frage kann der Herr Sachverständige nicht beantworten. — Rechtsanw. Dr. Mittelstädt: Dann beantrage ich, die Akten in dem Prozeß wider Stieb vor dem Landgericht zu Weimar einzufordern. In diesem Prozeß hat der Herr Sachverständige zugegeben, daß er sich geirrt habe. — Sachb. Henze: Stieb ist damals freigesprochen worden. Im übrigen ist ein Irrtum immerhin möglich, im vorliegenden Fall halte ich aber einen Irrtum für ausgeschlossen. — Der Gerichtshof beschließt nach längerer Beratung, den Antrag auf Einforderung der Akten aus Weimar wegen Unberücksichtigung abzulehnen. — Rechtsanw. Dr. Mittelstädt beantragt, Beweis zu erheben, daß Golla zur fraglichen Zeit amtlich so sehr beschäftigt war, daß er unmöglich nach Halle reisen konnte, sowie ferner, daß er zur fraglichen Zeit nicht in Halle gewesen ist. Der Gerichtshof lehnt auch diesen Antrag ab. — Danach ist die Beweisaufnahme beendet. — Rechtsanw. Dr. Mittelstädt: Die Rollen in diesem Prozeß sind ja gewissermaßen vertauscht. Während der Angeklagte den Beweis zu führen hatte, daß der Privatkläger der Schreiber der Postkarte an Bebel war, hat der Privatkläger sich bemüht, den Nachweis zu führen, daß er die Karte nicht geschrieben hat. Dieser Beweis ist auch vollständig geführt. Abgesehen davon, daß die Schreibsachverständigen sich widersprechen, so konnte doch der Herr Sachverständige Henze die Frage nicht verneinen, daß es in der ganzen Welt keinen Menschen gebe, der dieselbe Handschrift schreibe wie der Privatkläger. Gibt es aber in der Welt einen solchen Menschen, dann ist es auch möglich, daß in Leipzig oder Halle oder in der Umgegend ein solcher Mensch existiert. Gutachten von Schreibsachverständigen allein sind niemals beweiskräftig genug, um in einem Strafverfahren zu einer Verurteilung zu führen. Aber auch eine Reihe anderer Umstände spricht dagegen, daß der Privatkläger die pseudonyme Postkarte geschrieben hat. Einmal ist es nicht anzunehmen, daß ein Mann wie der Privatkläger sich die kindliche Marotte erlauben würde, einen Reichstagsabgeordneten auf einer pseudonymen Postkarte zu beleidigen. Wenn dies aber der Privatkläger getan hätte, dann würde er doch nicht so thöricht gehandelt haben, dies zu thun, ohne seine allgemein bekannte Handschrift irgendwo zu verstellen. Er mußte sich doch die Gefahr gegenwärtigen, in die er sofort geraten müßte, denn er wußte, daß seine Handschrift allgemein bekannt war. Wollte er wirklich diese kindliche Marotte begehen, dann hätte es doch nahe gelegen, seine Frau oder einen seiner Ver-

wandten oder Bekannten zu erjucken, die Karte zu schreiben. Der Beweis, daß der Privatkläger am fraglichen Tage nicht in Halle war, ist vom Gerichtshof abgelehnt worden. Ich nehme an, der Gerichtshof hat dies als wahr angenommen. Erwägt man aber alles dies, dann muß man zu der Ueberzeugung gelangen, der Privatkläger hat die Postkarten nicht geschrieben. Verdächtig hat den Privatkläger nur seine ungehörige Verteidigung. Allein ein Angeklagter, der sich ungeschickt verteidigt, kann trotzdem schuldlos sein. Ich halte danach den Wahrheitsbeweis nicht für geführt und beantrage, den Angeklagten wegen öffentlicher Verteidigung des Privatklägers zu verurteilen. Bei der Strafzumessung wird die Schwere der Verleumdung und der Umstand zu berücksichtigen sein, daß durch diese Verleumdung die amtliche Stellung des Privatklägers gefährdet worden ist.

Verteidiger Rechtsanw. Neu: Ich halte den Beweis, daß der Privatkläger die Karte an Bebel geschrieben hat, durch das übereinstimmende Gutachten dreier hervorragender Schreibfachverständigen für vollständig geführt. Wenn auch der vom Gericht hinzugezogene Herr Professor Dr. Kodel sich etwas vorsichtig ausdrückt, so läßt doch auch dieser Sachverständige keinen Zweifel, daß er die Ueberzeugung von der Identität der ihm vorgelegten Schriftstücke erlangt hat. Ich kann dem Herrn Kollegen nicht zugeben, daß man einen Mann wie dem Privatkläger, die kindliche Marotte, eine pseudonyme Postkarte an den Hrn. Bebel zu schreiben, nicht zutrauen könne. Der Privatkläger hat schon früher

bewiesen, welche feindliche Haltung er der Sozialdemokratie gegenüber an den Tag gelegt hat. Er hat daher dieser gegen ihn verhassten Partei wiederum einmal Ausdruck geben wollen. Der Umstand, daß er am fraglichen Tage nicht in Halle gewesen sein kann, spricht nicht gegen seine Schuld. Der Privatkläger war infolge der am 6. Dezember in Leipzig zur Post gegebenen Postkarte in starken Verdacht geraten. Um diesen von sich abzuwenden, erjudete er vielleicht seine Frau oder ein anderes Familienmitglied, nach Halle zu fahren und eine ähnliche Karte zur Post zu geben. Für die Schuld des Privatklägers spricht außerdem der Umstand, daß die erste Postkarte keine gewöhnliche, sondern eine solche war, wie sie die Behörden, im vorliegenden Falle höchstwahrscheinlich in den Büros des Rats der Stadt Leipzig verwendet werden. Für die Schuld des Privatklägers sprechen aber ganz besonders seine Schreiben an die Redaktion der Leipziger Volkszeitung, die, wie der Herr Vorsitzende schon hervorgehoben, einer Abbitte gleichkommen. So schreibt nur jemand, der sich schuldig fühlt. Herr Golla war auch noch bemüht, die Schuld auf einen Lehrer abzuwälzen. Das thut kein deutscher Mann, und Herr Golla ist doch ein deutscher Mann. Wenn Herr Golla nicht die Postkarten geschrieben hätte, dann wären die Schreiben an die Redaktion der Leipziger Volkszeitung zweifellos ganz anders ausgefallen. Ich halte also den Beweis, daß der Privatkläger die Postkarten geschrieben hat, für vollständig geführt und beantrage die Freisprechung meines Klienten.

(Der Privatkläger Golla ruft: Oho!) — Vorsitzender: Wie kennen Sie dazu, in dieser Weise die Gerichtsverhandlung zu stören? — Golla: Ich war über die Ausführungen des Herrn Rechtsanw. Neu zu sehr erregt. — Vorsitzender: Der Gerichtshof hat beschlossen: den Privatkläger Golla zu einer sofort zu bezahlenden Ungebührstrafe von 20 Mk. zu verurteilen. Nach noch kurzer Erwiderung des Rechtsanwalts Mittelstädt zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Nach sehr kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende, Amtsrichter Körner:

Im Namen des Königs hat der Gerichtshof für Recht erkannt, daß der Angeklagte, Redakteur Seger, von der Anklage der Verleumdung freizusprechen ist und dem Privatkläger Golla die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen sind. Die Anklage ist auf Grund des § 186 des Strafgesetzbuchs erhoben. Der Gerichtshof hat auf Grund der Gutachten von drei hervorragenden Schreibfachverständigen die volle Ueberzeugung gewonnen, daß der Privatkläger die pseudonymen Postkarten geschrieben hat. Danach ist der Beweis der Wahrheit seitens des Angeklagten für erbracht anzusehen. Der Gerichtshof hat außerdem in den Schreiben des Privatklägers an die Redaktion der Leipziger Volkszeitung ein Schuldbekenntnis erblickt. Es ist daher wie gesehen, erkannt worden.

Extra-Angebot

für folgende Zufalls-Käufe:

- 1 Posten Stangenleinen ¼ Meter 40 Pf. ½ Meter 60 Pf.
- 1 Posten Elsäßer Bettlamaste ¼ Meter 50 Pf. ½ Meter 75 Pf.
- 1 Posten Bettlamaste, Seidenimitation ¼ Meter 75 Pf. ½ Meter 115 Pf.

Diverse Posten Hemdentuche, Tischzeuge, Wischtücher etc. weit unter Preis.

Günstige Kaufgelegenheit für Brautausstattungen.

S. Hodes

Inb.: A. Strauss

[10178

Neumarkt 2, Erste Etage, Ecke Grimmaische Strasse.

Konfektionshaus D. WRONKER

Leipzig-Lindenau Leutzsch-Leipzig
Karl Heine- u. Josephstr.-Ecke Hauptstraße 37.

Erstgrösstes Special-Geschäftshaus für Leipzig-West. [9686

Beste und billigste Bezugsquelle feiner Herren- u. Knaben-Moden fertig und nach Maass.

Winterpaletots von Mt. 9/-—39	Jacketanzüge von Mt. 11/-—40	Rock- und Gesellschafts-Anzüge von Mt. 17/-—48
Winter-Joppen von Mt. 4/-—10	Knabenpaletots von Mt. 4/-—15	Knaben-Joppen und Anzüge von Mt. 2/-—16

Special-Abteilung:
Arbeits-Garderoben
in nur bewährten Qualitäten und bester Verarbeitung zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Meinem Geschäftsprinzip, nur beste Qualitäten zu billigsten, aber festen Preisen abzugeben, werde ich auch fernhin treu bleiben, da ich demselben einen treuen Kundenkreis verdanke, jedoch sind die Preise, den schlechten Zeitverhältnissen Rechnung tragend, aufs äusserste herabgesetzt.

Kunden, die ihr Konto beglichen, und Beamte erhalten Kredit ohne Anzahlung.

Möbel

Büffets, Schreibtische, Vertikows, Kleiderschränke, Küchenschränke, Tische, Stühle etc., Garnituren, Pianos, Sofas und Ottomane, Spiegel, Truhen aus von der einfachsten bis elegantesten Einrichtung.

Federbetten — Matratzen Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe Damenkleider, Costumes, Kinderkleider, Teppiche, Kleiderstoffe Kinderwagen, Uhren, Schirme, Hüte, Stiefel

auf Abzahlung

Hermann Liebau

Inb. Oskar Schmidt

Leipzig

Turnerstrasse 27, I. Etage.

Kunden, die ihr Konto beglichen haben, und Beamte erhalten Kredit ohne Anzahlung.

Monatsgarderobe

J. Lippmann, Kl. Fleischergasse 14, I Ecke Café Transvaal, empfiehlt Herbstpaletots, Anzüge, Fracks und Gesellschaftsanzüge, auch Leihwelle. Bitte genau auf Firma zu achten.

Gr. Ausw. prägn. Kanarienvogel, Pracht u. billige Käfige, hochf. Sommerribsen, 5 Pf. 1, 10 Pf., sowie a. Sorten pr. Vogelst. u. Insektener, Mehler, ital. Solbf. emp. Max Kraft, Poststr. 18.

Monatsgarderobe.

Neue u. wenig getragene Anzüge, Herbst- u. Winterpaletots, Fracks u. Gesellschaftsanzüge, Joppen u. Mäntel in verschied. Sorten und Preislagen, sowie auch Leihwelle bei reellster Bedienung. [8851

M. Kindermann 1. Geschäft: Kleine Fleischergasse 16, I. Neue u. gebrauchte Möbel, Betten verkauft Lind. Lägerstr. 22, v. u. 1. G. Hand- u. Leiterw. 6. Pl., Fischdörfelstr. 31b.



Grösstes Schuhlager der Südvorstadt

F. Ehlers

Haupt-geschäft: Zeitzer Str. 2.

Vo., Natalienstr. 14.

Hohe Str. 52

gänzlich aufgegeben.

Neu eröffnet!! Zeitzer Strasse 13 (Ecke Hohe Str.)

Wer gut und bequem gehen will, muss [0527

Echt amerikanische Stiefeln kaufen

für Herren 14.50 Mk., Damen 13.50 Mk., in Chevreaux und Boxkalf. Feinste Ware. System Handarbeit.

Damen-Knopfstiefeln 4.50, Kalbläder 0.50	Herrn-Langstiefeln 12.50
" Knopf- und Schnürstiefeln, Box und Chevreaux 9.50	" Schaftstiefeln 5.90
" Spangenschuhe 2.85, Lederw. 3.50	" Stiefelletten 4.90, Kalbläder 8.50
Kinder-Knopf- und Schnürstiefeln 22/24 2.50, 25/26 2.90, 27/30 3.40, 31/35 3.90 Mk.	Filzpantoffeln 1.35, Damen 0.95
Herrn-Sohlen und Flecke 2.50 Mk., geräht 3 Mk., Damen-Sohlen und Flecke 1.70 Mk., geräht 2.25 Mk.	

Reisemuster

und ausgemerkte Waren, gut erhalten, in Sweaters für Herren und Knaben, Unterzeuge, Schürzen etc. gleich sehr billig ab

Fabrik: Weststrasse 67, pt.

Kanonen- oder Quintöfen

Rohre, Kofte, Ofenplatten, Kohlenkasten

Bringmaschinen bester Qualität in großer Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt

Alwin Richter, Dresdener Str. 36

(reuerbauter Neubau am Stephansplatz). [9033

M. Kemski

6 Nürnberger Straße 6



- 1 neue Uhr-Heber, 1. Größe 75 Pf.
- 1 neue Uhr-Kapsel . . . 10 Pf.
- 1 neues Uhr-Glas . . . 10 Pf.
- 1 neuer Uhr-Ring . . . 10 Pf.
- 1 neuer Uhr-Beiger . . . 10 Pf.
- 1 neuer Uhr-Schlüssel . . . 5 Pf.

Neue Uhren

in größter Auswahl, genau reguliert.

Abonnenten erhalten noch 10% Rabatt.

Otto Hein's

selbstbäckiges

Wiener Backmehl

werden ohne Hefe Obst-, Waff-, Blechtuchen und Torten in ¼ Stunden, Pfannkuchen und Krapsen in 10 Minuten in jedem Brot- oder Backofen hergestellt. Besondere Vorzüge: Billige, bequeme Herstellung, besonderer Wohlgeschmack und leichte Verdaulichkeit des Weibäck, kein Nistungen bei Befolgung der dem Mehl beigesetzten Backvorschriften und Rezepte. Zu beziehen in Paketen = 1 Pfd. à 25 u. 50 Pf. (für Wiederverkäufer an grossen Preisen) in dem Special-Geschäft für Kakao und Schokolade

Otto Hein

Kurprinzstrasse Nr. 1 am Mohlpf. [4391

Reisemuster

Joppen, Schlafrode, Paletots, Herren-Anzüge, Knaben-Anzüge enorm billig zu verkaufen. [9490 Kleiderfabrik Reichsstrasse 1, I. Ecke Grimmaische Straße.

Gand u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchstr. 67

Achtung, Wähler von Leipzig-West!

Montag den 17. November abends 1/2 9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Schloss Lindenfels, Lindenau, Karl Heine-Straße.

Tagesordnung:

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Referent: Redakteur Otto Pollender.

Einen zahlreichen Besuch erwartet

[10196]

Der Einberufer.

Achtung, Gewerkschaften!

Die nächste Versammlung des Gewerkschaftskartells, in welcher Genosse Segitz über

Zweck und Nutzen der Arbeitersekretariate

referiert, findet am Freitag den 5. Dezember statt. [10180]

Wir ersuchen die Vorstände der Gewerkschaften, an diesem Tage keine Versammlungen zu arrangieren, damit die Delegierten an den Verhandlungen teilnehmen können. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Bund der Arbeiter-Vereine.

Arbeiterverein Leipzig.
Vereinslokal: Reichenstr. 8, Mittelgeb. II.
Sonntag den 15. Novbr. abends 1/2 9 Uhr
Redebeitung und Diskussion.
Sonntag vorm. von 11-1 Uhr
Aufstellung der Alljährlichen-Steuerrechnungen
aus dem Verlag von Teubert & Volkländer.
Um 1/2 3 Uhr Aufführung: Die Kreuzelschreiber
von Anzengruber im Alten Theater.
Nach Bechluss der Vorstellung erst Zutritt nach Schluss des ersten Aktes.
[10185] Der Vorstand.

Arb.-Verein Thonberg-Neureuditz.
Sonntag den 16. November abends 8 Uhr
Versammlung im Gasthof Neureuditz.
T.O.: 1. Vortrag des Genossen Schöpflin über: Arb. Seidel, ein Dichter des Proletariats. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
[10191] Der Vorstand.

Arbeiterverein Leipzig.

Sonntag den 23. November

Theater-Abend

im Saale des Felsenkeller, L.-Plagwitz

ausgeführt von der Dramatischen Abteilung des Vereins.

Zur Aufführung gelangt:

Die Arbeit.

[10190]

Schauspiel in 3 Akten von Korfly Polm.

Programme sind im Vereinslokal zu haben.

Arbeiterverein Stünz.

Sonntag den 15. November abends 1/2 9 Uhr

Oeffentliche Versammlung

[10193]

im Landhaus Stünz. Inh.: Pantzsch.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Jul. Kottler: Zweck und Ziele der internationalen Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Erscheinen sieht entgegen
Der Vorstand.

Holzarbeiter.

Sonntag den 15. November abends 1/2 9 Uhr

Lichtbilder-Vortrag

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Eintritt frei.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen.

Dienstag den 18. November abends 8 Uhr: Ausserordentliche Mitgliederversammlung im Pantheon. [10219]

Steinsetzer.

Sonntag den 16. November nachmittags 3 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in Stadt Gotha, Große Fleischergasse.

[10185]

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht vom Gesellen-Ausschuss. 3. Lehrlingsfrage. 4. Gewerkschaftliches.
D. V.

Centralverband der Maschinisten u. Feizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Sonntag den 16. November nachmittags 3 Uhr

Oeffentliche Mitglieder-Versammlung

in Stadt Hannover, Seeburgstraße.

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung einer streifen Organisation in der jetzigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Referent Genosse Kloth. 2. Wahl eines Gaukassiers. 3. Gewerkschaftliches.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, anwesend zu sein.
[10185] Das Agitationskomitee.

Restaurant Zur Post, Markranstädt

empfehle seine freundlichen Lokalitäten zur gefälligen Benutzung. ff. Speisen und Getränke, guten bürgerlichen Mittagstisch mit Bier 50 Pfg. Jeden Sonntag Schweinsknochen. Achtungsvoll Hermann Keller.

Volksverein f. Plagwitz-Lindenau
Vereinslokal: Zwei Linden, Lindenau
Karl Heine-Str. 70.
Sonntag den 15. Novbr.
abends 8 Uhr

Besprechung über den Unterrichtskursus f. Schön- u. Rechtschreiben.
Alle Beteiligten wollen sich pünktlich einfinden.

Abends 9 Uhr

Diskussions-Abend.

Tagesordnung:
1. Einleitender Vortrag über: Die Geschichte der Karikatur.
2. Freie Aussprache hierüber.
3. Vereinsangelegenheiten.
Die Theaterbillets für den 16. und 30. Novbr. werden ausgegeben.

4. Litterarischer Abend

I. Teil:
Muttatull. Sein Leben, Seine Werke.
II. Teil:
John Brinkmann und sein Hauptwerk: Kasper Dohn an it.
Zahlreichen Besuch an beiden Abenden erwartet [10199] Der Vorstand.

Arbeiter-Verein Leutzsch.

(Vereinslokal: Restaur. Adler.)
Sonntag den 15. Novbr. punkt 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag: Die Geschichte des Sozialisten-Gesetzes. Referent: Genosse Kallinowski.
2. Diskussion hierzu.
3. Verschiedenes und Fragekasten.
In Anbetracht des hochinteressanten Themas ersucht um zahlreichen Besuch
[10188] Der Vorstand.
Gäste sind willkommen!

Arbeiter-Verein Stötteritz.

Sonntag den 15. November abends 9 Uhr

Versammlung im Deutschen Haus.

Tagesordnung:
1. Gemeindeangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. [10191]
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Deutsch-Katholische Gemeinde.

(Freireligiöse.) [10197]
Sonntag den 16. Nov. nachm. 4 Uhr

in der vormaligen I. Bürgerschule; Erbauung. Prediger Kippenberger.

Tanz-Sonntags.

Herm. Bapst, Braustr. 25.

Buchbinderarbeiten

werden sauber und billig ausgeführt. Annahme von Drucksachen aller Art.
Friedr. Müller
Gerberstr. 26 Leipzig Gerberstr. 26
Buchbinderei u. Schreibwarenhandlung.

Achtung!
Neue und getragene Herren-, Frauen- und Kinder-Anzüge sowie alle Art Wäsche, Schuhe, Stiefel u. Uhren kauft man gut und billig bei Max Janghans, Ecke Thals u. Seeburgstr.
10 St. geb. Singer-Nähmaschinen sowie mehr, Schneider- u. Schuhm.-Masch. billig zu verk. Müngelgasse 20, S. I. L.

Alle im Brauereibetriebe beschäft. Personen.

Oeffentliche Versammlung

Sonntag den 16. November nachmittags 3 Uhr
im Restaurant Martin, Seeburgstraße 84.
Tagesordnung: Vortrag von Gen. Genuß über: Eine soziale Dichterin der Gegenwart. 2. Diskussion hierzu. 3. Vorschlag eines Arbeitervereins für das Gewerbegebiet Leipzig-Land.
Es werden die Kollegen ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. Beiträge sind zu entrichten. [10176] D. E.

Bauarbeiter von Möckern und Umgeg.

Versammlung

Sonntag den 16. November nachmittags 2 Uhr
im Lokale des Herrn Barth in Quassnitz.
Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht. 2. Gewerkschaftliches. Einem zahlreichen und pünktlichen Besuch sieht entgegen
[10177] Buch ist mitzubringen. D. E.

Markranstädt.

Oeffentl. Protest-Versammlung

gegen die Umsatzsteuer.
Referent: Herr Reichstagsabgeordneter H. Peus.
Tagesordnung: 1. Die Sonderbesteuerung des Konsumvereins. 2. Diskussion.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
[10174] D. E.

Brandis. Verband der Fabrik-, Land- u. Hilfsarbeiter (Einzelmitglieder).

Oeffentliche Versammlung

Sonntag den 16. November nachmittags 4 Uhr
im Eßbachischen Lokale, Windmühlengasse 101.
Tagesordnung: 1. Die Angelegenheiten der ungelerten Arbeiter betreffen. 2. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für ungelerte Arbeiter.
Um zahlreichen Besuch bittet [10195] Der Einberufer.

Volksverein für Schönefeld u. Umgeg.

Familien-Abend

Sonntag den 15. November
im Sächsischen Hof.
Anfang 1/2 8 Uhr. [10206]
Hierzu ladet die Mitglieder und deren Angehörigen herzlich ein
Der Vorstand.

Bandoneon-Verein Leipzig-West.

Drittes Stiftungs-Fest

Sonntag den 15. November 1902
bestehend in Konzert und Ball
unter gütiger Mitwirkung eines Posaunen-Quartetts.
Hierdurch ladet ergebenst ein
Programme im Vorverkauf siehe Plakate. [10184] Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Zahlstelle Leipzig.

Herbst-Vergnügen

Sonntag den 16. November
im Etablissement Pantheon, Dresdener Strasse
bestehend in Konzert, humorist. Vorträgen und Ball, ausgeführt von den beliebtesten Leipziger Gesangs- und Verwandlungs-Quettisten Herren G. Richter, D. Goth und E. Streng (Pianist). — Kasseneröffnung 4 Uhr.
Anfang präkols 5 Uhr. Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg.
Programme sind zu haben im Pantheon u. bei den Vertrauensmännern.

Volksverein für Plagwitz-Lindenau.

Theater-Abend

Sonntag den 23. November (Totenfest)
im Saale des Goldenen Adler, Lindenau.
Zur Aufführung gelangt: [10199]
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten von H. Ibsen.
Einlass 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Programme an der Kasse à 30 Pfg., im Vorverkauf à 25 Pfg. Letztere sind an den bekannten Stellen zu haben. Zu zahlreichem Besuche ladet ein
D. V.

Kamerun. Restaurant Leipzig-Plagwitz

Nonnenstraße 52.
Freundl. Lokalitäten. Speisen u. Getränke hochfein. Sonntagsschweinsknochen, Sonntagsspeckuchen. Hochachtungsvoll H. Richter.

Restaurant Franz Schmidt, L.-Kleinzschocher

Großes Gesellschaftszimmer. Jeden Freitag Thüringer Rische und Sauerbraten, Sonntagsspeckuchen, sowie ff. Getränke empfiehlt D. O.
Restaurant Körnerschlösschen Körnerstrasse 36.
Empfehle ff. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonntag Schweinsknochen. [1814] Achtungsvoll Alfred Dietze.

Reichstag.

215. Sitzung. Donnerstag den 13. November 1902.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Antrags Reichsrichter (Centr.) und Genossen.

Der heut geltende Modus der namentlichen Abstimmung durch den Modus mit Abstimmungsarten ersehen will.

Von den Sozialdemokraten liegen hierzu 19 Abänderungsanträge vor, die Kautelen für die Zuverlässigkeit des Ergebnisses der Abstimmung enthalten. Der letzte dieser Anträge will dem § 58 einen Absatz hinzufügen, wonach auf Antrag von 50 Mitgliedern das Haus beschließen kann, daß an Stelle der namentlichen Abstimmung durch Abstimmungsarten die Abstimmung durch den namentlichen Aufruf erfolgt.

Abg. Dr. Spahn (Cent.) beantragt den Antrag Reichsrichter. Die Frage, wie die namentliche Abstimmung vorgenommen werden soll, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß der jetzige Modus kein schlechter und sicherer ist. Ich erinnere nur daran, daß erst vor kurzem die Schriftführer irrtümlich ein Mitglied der Linken im Gegensatz zu seinen Parteigenossen hatten abstimmen lassen, daß gar nicht im Saal anwesend war. Wir wollen alles thun, um die Verhandlungen zu beschleunigen, angesichts der für unser ganzes Wirtschaftsleben so überaus wichtigen Zolltarifvorlage. (Unruhe links.) Sie zu den Sozialdemokraten verfolgen aus wahltaktischen Gründen den Zweck, die Vorlage nicht zu Stande kommen zu lassen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie behaupten, das Volk solle erst über den Tarif entscheiden, so mache ich darauf aufmerksam, daß man, als wir gewählt wurden, genau wußte, daß der Zolltarif uns vorgelegt werden würde. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Zurufe links: Aber nicht so ein Tarif!

Was den Antrag selbst anlangt, so denke ich mir die Sache so, daß die Abstimmung wie in Frankreich mit gefärbten Perlen, eine Farbe für Ja, eine für Nein, vorgenommen wird. Man hat darauf hingewiesen, daß es in Frankreich möglich sei, daß ein Abgeordneter für andere abstimmte. Das ist nach unserem Antrage unmöglich, da nur jeder Anwesende berechtigt ist, einen Zettel abzugeben. Wer nicht da ist, stimmt nicht ab. Während der Ermittlung des Wahrscheinens könnte der Präsident das Wort ruhig weiter erteilen. Die Sache kann nur dann Bedenken haben, wenn es sich um Eventualanträge handelt, deren Ergebnis bekannt sein muß, ehe über den Principalantrag abgestimmt werden kann. In diesem Falle müßte allerdings die Sitzung unterbrochen werden. Die Feststellung des Resultats wird in wenigen Minuten, der ganze Vorgang in etwa 10 Minuten beendet sein. Nun kann man ja, wenn dieser Antrag angenommen wird, die Anträge auf namentliche Abstimmung erst recht häufen. Wenn das geschieht, so muß man sich beugen und damit trösten, daß namentliche Abstimmungen auch bei den jetzigen Verfahren hätten beantragt werden können. Das jetzige Verfahren hatte doch große Schwächen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir haben nicht speziell für die Zolltarifberatung den Antrag eingebracht, sondern um ihn als dauernde Einrichtung in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Wenn das neue Verfahren unter Wahrung der Rechte der Minorität zu einem beschleunigten Abschluß unserer Verhandlungen führt, so werden wir damit dem ganzen deutschen Volk einen großen Dienst geleistet haben. (Lebhafter Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung beantragt Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Reichsrichter. Der uns vorliegende Antrag ist nach meiner Meinung nicht geeignet, vom Reichstag ernst genommen zu werden. (Ohl! rechts und im Centrum. Große Unruhe.) Der Antrag ist lächerlich, unvollständig und zwecklos. Die Antragsteller wollen das französische System kopieren, vergessen aber, daß in Frankreich jeder Abgeordnete das Recht hat, durch bestimmte Deputierte seine blauen oder weißen Abstimmungsarten für sich abgeben zu lassen. In der vorliegenden Fassung ist der Antrag Reichsrichter völlig unbrauchbar und unklar. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Zweck der Vereinfachung der Geschäftsordnung und Vereinfachung ist natürlich der, daß die bestehenden Klassen ihre Majorität hier im Parlament benützen wollen, um sich auf Kosten der Armen zu bereichern. (Leb. Ohl! links rechts.) Dazu wollen wir nicht die Hand bieten. (Große Unruhe rechts und im Centrum.) Rufe links: Ruhig! Vicepräsident Graf Stolberg-Wernigerode bittet unter dem Beifall der Linken um Ruhe. Einen Grund hat Herr Spahn wohlwiegend nicht erwähnt. Es ist den Herrn von der Mehrheit sehr unangenehm, ihre Namen immer in den Zeitungen zu lesen und ihre Abstimmungen kontrolliert zu sehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir dagegen wollen uns nicht das Recht nehmen lassen, durch namentliche Abstimmungen festzustellen, wo die Brot- und Fleischvertreter sitzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist nicht wahr, daß die Veröffentlichung der Abstimmungslisten im stenographischen Bericht eine ungenügende Kontrolle bedeutet. Das ist dem Centrum speziell sehr unangenehm ist, einige Dissidenten in seinen Reihen zu haben, die in der Zollfrage mit der Linken gehen, glaube ich wohl. — Es ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, die Entscheidung über den Tarif den Wählern zu überlassen. Bei den vorigen Wahlen wußte man, daß ein Tarif kam, aber nicht, daß ein derartiger wucherischer Tarif kam. (Sehr richtig! links.) Nicht nur die Umstände, unter denen der Antrag kam, sondern auch sein Inhalt veranlaßt uns zu seiner Bekämpfung. Herr Spahn hat die Hauptumstände ganz übersehen. Er will die Entscheidung darüber, ob das Resultat einer Abstimmung sofort ermittelt werden soll, in die Hand des Präsidenten legen. Wäre ich Präsident (Seiterkeit), so würde ich sagen: verschont mich mit dieser Vollmacht, ich weiß sie nicht zu handhaben!

Wenn über einen Antrag über Schluß der Diskussion abgestimmt wird, soll dann während der Ermittlung des Resultates weiter diskutiert werden? (Rufe rechts: Nein, nein!) Und wie soll es bei einem Verlagsantrag gestaltet werden? Wie bei der Bezeichnung der Beschlußfähigkeit? Nicht einmal, wenn das Abstimmungsergebnis festgestellt werden soll, steht in dem Antrag, der nicht sowohl ein Gelegenheits- als vielmehr ein Gelegenheitsantrag ist. (Sehr gut! links; Ohl! rechts.) Nicht eine Verkürzung, sondern eine Verlängerung der Verhandlungen würde der Modus der Kartenabgabe — wenn sie nämlich wirklich lokal gehandhabt werden soll — herbeiführen. Der jetzige Modus ist viel gewissenhafter. — Aber sachliche Gründe sind bei Ihnen ja gar nicht maßgebend; es handelt sich um einen Gewaltstreik der Majorität! (Sehr richtig! links; Ohl! rechts), welche die Minorität mundtot machen will. (Rufe rechts: 41-stündiger Stadttag. Lärm links.) Wir haben bisher nur die notwendigsten Abstimmungen namentlich vorgenommen; wir hätten Duzende von Malen an Tagen, wo Sie dem Jagdvergnügen oblagen (Sehr gut! links); die Beschlußfähigkeit des Hauses feststellen lassen können. Wir reden wahrlich nicht zu unserem Vergnügen zu Ihnen — von Ihrer Unverfrorenheit sind wir ja überzeugt (Große Seiterkeit) — sondern aus schuldigen Pflichtgefühl gegenüber unseren Wählern. Das Recht der Minorität werden wir uns durch keinen brutalen Gewaltakt rauben lassen. Im Namen meiner gesamten Fraktion stelle ich den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Reichsrichter, der in dem allergeringsten Zeitpunkt gestellt worden ist. Gleichzeitig beantrage ich namentliche Abstimmung über meinen Antrag. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. v. Normann (konf.), gegen Uebergang zur Tagesordnung: Im Namen sämtlicher Antragsteller bitte ich den Antrag Singer auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Reichsrichter abzulehnen. Namentliche Abstimmungen haben den Zweck, bei wichtigen Anlässen die Abstimmung der einzelnen Abgeordneten im

Interesse des Hauses selbst, wie der beglückten Wähler festzustellen. (Ruf links: „Begrüßt“ ist gut!) Die massenhafte Vermehrung der namentlichen Abstimmungen, in der letzten Zeit sogar bei den unwesentlichsten Veranlassungen, läuft dem eigentlichen Zweck dieser Institution zuwider. Ob der Antrag Reichsrichter genügen wird, kann nur die Zukunft lehren. Wir wollen uns durch nichts abhalten lassen, gegebenenfalls im Interesse der Würde des Hauses und der geregelten Geschäftsabwicklung auf dem eingeschlagenen Wege weiter fortzuschreiten. (Bravo! rechts; Unruhe links.)

Der Antrag Singer, auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Reichsrichter, wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 76 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Die Diskussion über den Antrag Reichsrichter geht also weiter.

Abg. Heine (Soz.) bestreift mit einem Niesenpaket unter dem Arme die Tribüne, was große Heiterkeit erregt. Im Saale herrscht große Unruhe, namentlich im Centrum und auf der Rechten. Neben spricht — wie sich bald herausstellt absichtlich — mit leiser Stimme. Rufe rechts und in der Mitte: Lauter, lauter! Der Redner fährt mit erhobener Stimme fort: Ich habe keine Veranlassung, lauter zu sprechen und auf Menschen Rücksicht zu nehmen, die so unhöflich sind, mich durch lautes Lärmen an der Ausübung meiner Pflicht zu stören. (Sehr gut! links.) Neben läßt seine Stimme wieder sinken und fährt fort: Ich habe keine Veranlassung, mich für Sie (nach rechts) in der ersten Viertelstunde heiser zu reden oder meine Gesundheit zu ruinieren. Wenn Sie mich nicht hören wollen, so sehen Sie doch Ihr ewiges Frühstück in der Wandelhalle fort oder halten Sie Ihr geliebtes Mittagsschläfchen. (Sehr gut! links.) — Ich komme nun zur Einleitung. — Einleitung sage ich. (Seiterkeit.) Neben läßt dann wieder seine Stimme sinken, so daß auf der Tribüne nur vereinzelte Worte zu verstehen sind. Er polemisiert gegen Spahn. Derselbe habe eingeführt, daß schon die vorigen Wahlen unter der Tarifparole stattgefunden haben. Aber hätten die städtischen Wähler und die ländlichen Proletarier gekußt, wie der Tarif ausfallen würde, so müßten die Wahlen anders ausgefallen sein. Das heißt fast 6 Jahre nach den Wahlen, über eine derartig einschneidende Vorlage beraten wird, das ist auch eine der unheilvollen Folgen der Verlängerung der Legislaturperiode. — Der Antrag Reichsrichter ist unvollständig, unklar und lächerhaft. Eine solche Lächerlichkeit möchte hingehen, wenn wir alte parlamentarische Ueberlieferungen und ein konsequentes Streben des Reichstags nach einer wirklich parlamentarischen Regierungsform hätten. Statt dessen tritt bei jeder Gelegenheit in gewissen Kreisen eine gefühlvolle Abneigung gegen den Parlamentarismus und den Reichstag hervor, sowie das unverhüllte Bestreben, den letzteren durch gefügigere Institutionen zu ersetzen. Unter solchen Umständen können wir ja nicht eiferfüchtig genug darauf achten, die Geschäftsordnung vor Lächerlichkeiten und unvollständigen und unklaren Bestimmungen zu bewahren. Zu einer Mehrheit, die sich offen über die Geschäftsordnung hinwegsetzt, können wir nicht das Vertrauen haben, daß sie geschäftsmäßige Maßnahmen loyal handhaben wird. (Rufe rechts: Lauter, lauter!) Es ist wieder nichts zu verstehen! Vicepräsident Graf Stolberg ersucht unter Zustimmung der Mehrheit den Redner, etwas lauter zu sprechen. Dem Herrn Präsidenten zu Gefallen werde ich lauter sprechen, wegen der Herren dort auf der Rechten zu erschauern, habe ich aber keine Veranlassung. (Sehr gut! links.) In der lex Reichsrichter heißt es: Der Präsident fordert die Mitglieder auf, ihre Plätze einzunehmen. Welche Plätze? Auf jeder Abgeordnete den Platz einnehmen, der mit seinem Namen bezeichnet ist; oder kann er jeden beliebigen Platz einnehmen? Die Frage ist sehr wichtig für die Kontrolle. Wenn man ein Gesetz schafft, soll man sich auch über alle seine wichtigsten Folgen klar werden, aber Sie haben sich die Sache gar zu leicht gemacht. Sie haben in aller Eile ein unklares Gesetz fabriziert und überlassen uns die saure Mühe, demselben durch unsere Amendements erst Hand und Fuß zu geben. (Seiterkeit und Sehr gut! links.) Eine Eventualität, wie die, daß Abgeordnete, um die Abstimmung zu verhindern, sich auf die Aufforderung des Präsidenten hin nicht sehen, haben Sie gar nicht bedacht. Es heißt weiter: Die Schriftführer teilen die Karten aus. Aber wie dieselben aussehen, davon steht wieder nichts da. Sollen die Abgeordneten vielleicht ihre Wählertafeln benützen dürfen? (Seiterkeit.) Wie die Juristen von einem antihyrischen Testament sprechen, so kann man hier von einem mythischen Gesetzswort reden. (Große Heiterkeit und Sehr gut! links.) — Nach dem Wortlaut des Antrags brauchen die Abgeordneten ihre Karten nicht selbst abzugeben, sondern können sie auch durch andere abgeben lassen. Wenn das ius wird, so ist das das Ende des Parlamentarismus. (Sehr richtig! links.) Wohlige Abgeordnete können ruhig auf ihren Schließern bleiben und ihre Abstimmungsarten etwa durch den Abg. Krenndt abgeben lassen. (Stürmische Heiterkeit.) — Die Antragsteller sollten sich wirklich ihr parlamentarisches Lehrgeld zurückzahlen lassen. (Große Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Wird gesprochen: der Antrag ist sehr salopp gearbeitet. (Präsident Graf Stolberg erklärt unter der Heiterkeit der Linken den Ausdruck „salopp“ für unparlamentarisch.) Nun, mir stehen noch genug andere Ausdrücke zur Verfügung. (Seiterkeit.) — Es soll auf den Zetteln Ja oder Nein oder Enthalte nicht stehen. Wie nun, wenn etwas anderes darauf steht? Denken Sie an die Wähe bei den Präsidentenwahlen! Da schreibt dieser oder jener Abgeordnete den Namen Ahswardt auf den Zettel. (Seiterkeit links.) Zuruf bei den Antihyrischen: Das war kein Wähl! So, das soll kein Wähl sein? (Erneute Heiterkeit.) Derartige Ullt wird es auch bei Abstimmungen geben. Denken Sie nur an den neulichen Zuruf eines Mitglieds der Rechten — ich glaube es war Herr v. Maffow — „Singerleben“. (Seiterkeit.) Sollen Wähe ähnlicher Kallibers auch bei Abstimmungen auftauchen? (Seiterkeit links.)

Wie ist es möglich, vor Feststellung des Abstimmungsergebnisses mit der Beratung fortzufahren? (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei Eventualanträgen z. B. ist die Haltung von der Annahme abhängig. (Sehr richtig! links.) — Die Angriffe auf die öffentliche Abstimmung durch Namensaufruf sind alt; es hat immer Leute gegeben, die Veranlassung hatten, sich vor der Öffentlichkeit zu scheuen. Schon im Frankfurter Parlament sind derartige Versuche auf Einschränkung der namentlichen Abstimmung gemacht worden. Neben der Tendenz, den Zolltarif durchzubringen (Seiterkeit), ist die Furcht vor der öffentlichen Verantwortung Ihr Hauptmotiv. (Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) Das „Ja“ oder „Nein“ ist für viele Abgeordnete eine viel höhere Verlegenheit, als wenn auf den Namensaufruf des Schriftführers mit Schweigen geantwortet wird. (Sehr gut! bei den Soz.) Daher man denn auch immer gerade die Abgeordneten der Rechten als fehlend bezeichnet findet. Während die Mitglieder der Linken, namentlich aber meine Genossen, es sind, die stets durch ihren Namen, durch ihre Anwesenheit auffallen. (Unruhe rechts.) — Unseren Vorschlag, über den Antrag Reichsrichter zur Tagesordnung überzugehen, haben Sie abgelehnt. Wir wollen Ihnen nun durch unsere Amendements zeigen, wie Sie aus dem Antrag etwas Brauchbares schaffen können. Wir beantragen zunächst, nach den Worten: „Der Präsident fordert die Mitglieder auf, ihre Plätze einzunehmen“ den Satz einzufügen: „Sobald das geschieht, sind die Thüren zu schließen.“ — Wie sollen, wenn unser Antrag abgelehnt wird, die unglücklichen Schriftführer, die jetzt schon so viel zu thun haben, sich merken, bei welchem Abgeordneten sie schon gewesen sind oder nicht? Sie sind doch keine Mnemotechniker! (Seiterkeit.) Wir haben — Neben weiß langsam abgehändelt auf die einzelnen Saalthüren — 1, 2, 3, 4, 5, 6 Thüren und 1, 2, 3,

4, 5, 6 radiale Gänge, die die armen Schriftführer durchlaufen müßten. (Seiterkeit links.)

Wenn nun immer noch Abgeordnete mit dem Nase herein stürzen: Ich will auch abstimmen! (Seiterkeit.) Die Herren sollten wirklich einsehen, daß sie ihren Antrag überreicht haben, und wenigstens unser Amendement annehmen, das Klarheit schafft und gute moralische Wirkung auf die Herren haben muß, die gewohnheitsmäßig im Restaurant oder im Schlafzimmer ihre parlamentarischen Obliegenheiten erfüllen. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn der Präsident so lange klingeln soll, bis alle die Herren ihre Schläfchen unterbrechen, dann dauert die Sache wieder sehr lange. (Seiterkeit.) Sie sehen, erst unser Amendement macht Ihren Antrag brauchbar. (Erneute Heiterkeit.) — Für den Fall, daß Ihnen unser Antrag 1 zu sehr an die Schule erinnert, haben wir den Eventualantrag eingebracht, daß die, die bei Beginn der Einammlung der Abstimmungsarten ihre Sitze eingenommen haben, von der Teilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen sind. Am besten aber ist, Sie nehmen unseren Antrag 1 an, dann brauchen Sie auch nicht über Antrag 2 abzustimmen. (Stürmische Heiterkeit.) — Unser Antrag 3 bestimmt, daß die Abstimmungsarten zu Beginn jeder Sitzung verteilt werden. Bestimmt man, wie in Frankreich, einen Hausen Karten bei Beginn jeder Session, dann werden viele Abgeordnete — namentlich die Studierten, die ja meist vergeblich zu sein pflegen (Seiterkeit) — ihre Karten verlieren oder zu anderen Zwecken benutzen. (Stürmische Heiterkeit.) Da die Karten verschiedene Farben haben sollen, so wird es sich oft ereignen, daß den Abgeordneten gerade die Farbe fehlt, die eben Trumpf ist. (Erneute Heiterkeit.) — Unser Antrag schafft nicht nur sachlich Klarheit; er befriedigt auch das Sprachgefühl; es scheint allerdings nicht allen Leuten ein Bedürfnis zu sein, sich in gutem, klarem Deutsch auszudrücken. (Sehr gut! links.) — Wir wollen weiter, daß die Abgeordneten selbst ihre Zettel in die Urnen legen sollen, damit nicht die Schriftführer mit den Abstimmungsurnen herumlaufen müssen, wie Kellner mit den Maßkrügen. (Große Heiterkeit.) Ich erlaube nunmehr (Seiterkeit) zu unserem Antrag, in Absatz 2 den Satz wie folgt zu fassen: „Der Präsident fordert die Schriftführer auf, das Ergebnis der Abstimmung festzustellen.“ Dadurch wird das schlechte Deutsch im Antrag Reichsrichter: „Die Zählung der Abstimmung geschieht durch die Schriftführer“, vermindert. (Seiterkeit.) Der Reichstag muß im guten Deutsch mit gutem Beispiel vorangehen. (Seiterkeit.)

Nach dieser kurzen Begründung (Erneute Heiterkeit) komme ich zu unserem folgenden Antrag: Wenn eine Karte die Aufschrift Ja oder Nein enthält, ohne Durchstreichung eines dieser Worte, fordert der Präsident das Mitglied auf, seine Karte zu verächtigen. Ich verweise auf die Meinungsverschiedenheiten in der Wahlprüfungskommission, wenn gedruckte Stimmzettel durchgelesen sind oder ein anderer Name darüber geschrieben ist. Für den Fall, daß Sie die Verachtigungen der Abstimmung durchaus nicht wollen, dann haben wir den Eventualantrag gestellt: „Karten, die die Aufschrift Ja und Nein ohne Durchstreichung eines dieser Worte, oder die einen Zusatz enthalten, sind unglültig.“ Wir wollen vermeiden, daß unpassende Wähe auf die Karten geschrieben werden. Da der Name des betreffenden Abgeordneten bekannt werden würde, wird sich so leicht keiner mit so einem Ding vor den Bauch stoßen lassen. (Große Heiterkeit.)

Der jetzt folgende Antrag ist wohl der wichtigste: „Der Präsident teilt das Ergebnis der Abstimmung dem Reichstag vor Fortsetzung der Beratung mit.“ Dr. Spahn meinte, die Beratung könne während der Auszählung weitergehen. Das ist ganz unmöglich. Das würde dazu führen, daß ein beschlußunfähiges Haus, dessen Beschlußfähigkeit aber noch nicht verlindeht ist, weitere Beschlüsse faßt. Nach unserem Antrag sollen auch die Namen der Se h l e n e n in den stenographischen Bericht aufgenommen werden. Wir halten auch diesen unseren Antrag für außerordentlich wichtig; wir wollen öffentlich feststellen, wer hier im Hause arbeitet oder nicht. (Große Unruhe rechts.)

Ein weiterer Antrag von uns will, daß auf Verlangen von 50 Abgeordneten stets auf das bisherige Verfahren zurückgegriffen werden darf. Wenn Sie für diesen unseren Antrag votieren, dann werden wir für den Antrag Reichsrichter stimmen, so daß in diesem Falle derselbe einstimmig angenommen werden würde. (Große Heiterkeit links.) Ich hoffe, ich habe nicht zu lange gesprochen. (Lachen rechts.) Ich war gezwungen, ausführlich auf unsere Anträge einzugehen, da wir nicht die Gewißheit haben, ob noch einer von unserer Partei zu Worte kommen würde. — Sie wollen den Zolltarif vor den Wahlen einheimen — einheimen sage ich, da es sich hier um eine kleine Gruppe von Leuten handelt, die ernten wollen, wo sie nicht gesät haben. (Lebhafter Zustimmung links.) Jeder der für die lex Reichsrichter ist, macht sich verantwortlich für die Unterdrückung des Volkswillens. (Sehr richtig! links.) Ich sage das besonders zu den Nationalliberalen. Wir werden den Kampf gegen diese Gewaltpolitik weiterführen, bis zu dem Ende dieses Reichstags. (Lebhafter Beifall links; Rufen rechts und in der Mitte.)

Redner schließt seine ca. 3 1/2 stündige Rede um 5 Uhr 25 Min.

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf.): Ich möchte es nicht gewagt haben, so wie der Herr Vorredner einem alten, erfahrenen Parlamentarier, wie dem Dr. Spahn, mit Ausdrücken wie unglücklich, Verlegenheitsantrag etc. entgegenzutreten. Ich habe die fünfstündige — (Rufe: nur 3 1/2 Stunden. Heiterkeit) — Rede des Herrn Vorredners ganz anhören und mich verleben lassen. Seine Ausführungen waren, soweit sie den Antrag Reichsrichter betrafen, unrichtig, soweit sie neue Vorschläge enthielten, unpraktisch. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Kein Gesetz der Welt berücksichtigt alle möglichen Einzelfälle; immer muß der logischen Interpretation ein gewisser Spielraum gelassen werden. (Lebhafter Unruhe links.) Zweck der öffentlichen Abstimmung ist, die Möglichkeit zu gewähren, die Stellungnahme eines Abgeordneten in wichtigen Fragen seinen Wählern gegenüber festzumachen. Das wird durch den Antrag Reichsrichter in keiner Weise verhindert. Noch am selben Tage können die Abstimmungslisten ausgelegt werden. — Das Land nimmt nur an wenigen namentlichen Abstimmungen wirkliches Interesse. Ich gebe zu, daß bei den Abstimmungen über Getreide- und Viehpreise Namensaufruf am Plage war. Aber ob einer für oder gegen einen Schluß- oder Verlagsantrag ist, kommt für die Öffentlichkeit wirklich nicht in Betracht. (Zustimmung rechts. Widerspruch b. d. Soz.) Ueber solche Dinge namentlich abstimmen zu lassen, ist Obstruktion. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Obstruktion heißt für mich die Verwundung der Geschäftsordnung zur Aufrechterhaltung der Verhandlungen (Große Heiterkeit b. d. Soz.) — Ich habe mich versprochen, ich wollte sagen zum Anhalten der Verhandlungen. Die Verhandlungen sollen unnötig verlängert werden. (Lärmende Zustimmung rechts.) Das zu verhindern und Zeit zu ersparen, ist allein der Zweck unseres Antrags, der kein Recht der Minorität fränkt. Herr Bebel hat gestern gemeint, es sei die reine Güte der Herren, daß sie uns hier nicht allein ließen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das parlamentarische Geschäft beruht doch darauf, daß alle Abgeordnete, die da sind, an den Verhandlungen teilnehmen. (Ruf bei den Soz.: Ihre Freunde sind ja gewohnheitsmäßig im Restaurant. Lärm rechts.) Sie handeln auch gegen die Verfassung, wenn Sie versuchen, den Zolltarif vor die Wähler zu bringen. Sie nehmen da ein Recht für sich in Anspruch, das nur der Regierung zusteht, das Recht, vor Ablauf der Wahlperiode des Reichstags an das Volk zu appellieren. Sie nehmen weiter für die Minorität das Recht zu einem absoluten Veto gegen diejenigen Vorlagen in Anspruch, die Ihnen nicht gefallen. (Sehr richtig! rechts.) Sie führen einen Kampf gegen die Verfassung, das entspricht Ihrem Programm, das fördert Sie auf dem Wege zum Umsturz! (Große Unruhe bei den Soz. Ruf: Kanalvorlage!) Aber die Stärke der Regierung ist

zum Glück noch so groß, daß sie, wenn sie den Kampf gegen ein solches Gebaren aufnimmt, auch damit durchbringt. Wir wünschen keine Aenderung der Verfassung, aber politische Rechte, die mißbraucht werden, werden geschwächt in ihrer Kraft. (Auf: Thal bei den Sozialdemokraten und im Centrum.)

Abg. Richter (freis. Vp.): Wir sind gegen den Antrag, weil wir es grundsätzlich für falsch halten, die Geschäftsordnung zu ändern im Interesse einer einzelnen, noch schwebenden Vorlage. Man kommt damit auf einen abschüssigen Weg. Es ist uns technisch überaus zweifelhaft, ob der Antrag seinen Zweck der Abklärung erreichen wird. Ich hätte darüber vielleicht noch längere Ausführungen gemacht, wenn nicht Abg. Heine das Gehör des Hauses mit einer Rede von 3/4 Stunden Dauer in Anspruch genommen und dadurch für weitere Verhandlungen darüber unempfindlich gemacht hätte. (Stürmische Zustimmung rechts und im Centrum, andauernde erregte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Gegen alles, was Ihnen (zu den Sozialdemokraten) nicht gefällt, erheben Sie Ihr Geschrei! (Wiesche rechts: Sehr richtig! Sehr gut! Erneute stürmische Unruhe bei den Sozialdemokraten. Anhaltender Beifall rechts und im Centrum. Der Präsident ersucht erneut um Ruhe.) Durch diese dreieinhalbstündige Rede ist das Haus für Ausführungen, wie ich sie teilweise in derselben Richtung machen wollte, unempfindlich geworden. (Erneuter stürmischer Beifall rechts und im Centrum. Anhaltende Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wassermann (nat.-lib.): Der Antrag Michbichler hat keine principielle Bedeutung, überhaupt keine sehr große Bedeutung, trotz aller löblichen Worte. Man hat gesagt, es sei ein offener Bruch der Geschäftsordnung, ein Umsturz der Reichsverfassung, ein parlamentarischer Staatsstreich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind alles unwahre Phrasen! (Zuruf links: Phrasen?) Kein Recht der Minorität wird beeinträchtigt. Allerdings hat die Minorität kein Recht darauf, zu verlangen, daß eine namentliche Abstimmung 30-40 Minuten dauert. Wird die Geschäftsordnung mißbräuchlich gehandhabt, so ist die notwendige Folge, daß man versucht, Remedy zu schaffen, wie hier durch den Antrag Michbichler.

Der Mißbrauch besteht darin, daß namentliche Abstimmungen bei ganz unwichtigen Fragen beantragt werden. Der Antrag ist mit Veranlassung worden durch die Rede des Kollegen Bebel in Hamburg, in der er 700 namentliche Abstimmungen ankündigte. Der Zweck der namentlichen Abstimmungen ist der, festzustellen, wie der einzelne Abgeordnete bei wichtigen Fragen gestimmt hat. Wird also ein Antrag auf namentliche Abstimmung bei einem Verlogungsantrag gestellt, so ist es ein Mißbrauch (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen), eine Schikane. Die Geschäftsordnung kennt zwar kein Schikaneverbot, wohl aber das Bürgerliche Gesetzbuch. (Auf links: Wir sind aber hier immum! Große Heiterkeit.)

Ob der Antrag Michbichler brauchbar ist, wird die Zukunft lehren. Kommen wir nicht weiter mit ihm, so müssen wir es mit der elektrischen Abstimmung versuchen. (Große Heiterkeit links.) Durch die Obstruktion verfällt der Reichstag der Lächerlichkeit. Besonders die Feinde des bestehenden Wahlrechts begrüßen jede namentliche Abstimmung mit Freuden; denn dann blüht ihr Weizen. (Sehr richtig! links.) Mit der Erklärung des Kollegen Bebel, daß er auch beim Etat Obstruktion treiben würde, erleichtert er uns die Zustimmung zum Antrag Michbichler sehr. Denn es handelt sich dann wirklich nicht mehr um den Posttarif, sondern um weit über seinen Rahmen hinausgehende nationale Fragen. Die Väter der Aenderung der Geschäftsordnung sind die Herren Bebel und Singer, Sie (nach links) graben mit Ihrem Verfahren dem Parlamentarismus das Grab. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schröder (freis. Vp.) erklärt sich namens seiner Freunde gegen den Antrag Michbichler, der ein Versuch mit untauglichen Mitteln sei. (Sehr richtig! links.) Ueberlegen Sie (nach rechts) es sich, ob sich nicht durch eine gewisse Verständigung die Verhandlungen wieder in ruhigeren Bahnen lenken lassen. (Beifall links.)

Abg. Heise (Vp.): Wir halten es für gefährlich, aus Anlaß eines bestimmten Gesetzes an einer Bestimmung der Geschäftsordnung zu rütteln und werden deshalb gegen die lex Michbichler stimmen.

Präsident Graf Ballestrem: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte von den Abgg. Spahn, v. Normann und v. Tiedemann eingegangen. (Großer Värm links.)

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich beantrage namentliche Abstimmung über diesen Schlußantrag. (Großer Värm rechts und im Centrum.)

Der Antrag Singer wird von den Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung unterstützt.

Der Schlußantrag wird mit 195 gegen 86 Stimmen angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Bebel (Soz.): Herr Wassermann behauptete, ich hätte gesagt, wir würden beim Etat ebenso Obstruktion treiben, wie bei der Posttarifvorlage. In der That habe ich folgendes gesagt: Wenn die Mehrheit den Antrag Michbichler annimmt, so müßte sie sich darauf gefaßt machen, daß wir auch andere geschäftsordnungsmäßige Mittel benutzen, um das Haus wenigstens beschlußfähig zu machen. Ich verweise darauf, daß wir bei der dritten Staatsberatung häufig in der Lage gewesen wären, den Etat zu bringen, weil wir die Majorität mit etwa 50 Stimmen bildeten.

Abg. Wassermann (nat.-lib.): Herr Bebel hat dem Sinne nach nur das Bestätigt, was ich gesagt habe. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Präsident Graf Ballestrem ickelt mit, daß der Herr Singer 22 Anträge auf namentliche Abstimmung über den Antrag Michbichler und die dazu vorkliegenden Amendements eingebracht hat. (Große Unruhe rechts und im Centrum.) Ferner haben die Abgg. v. Normann (kons.), Dr. Spahn (Centr.) und v. Tiedemann (Reichsp.) beantragt, über sämtliche zum Antrag Michbichler gestellten Abänderungsanträge zur einfachen Tagesordnung überzugehen. (Großer Värm links.)

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Dieser Antrag ist nach der Geschäftsordnung unzulässig. (Hohnschlachter rechts.) Erstens ist es ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, nach Schluß der Diskussion noch Anträge einzubringen. Weiter bestimmt § 53 der Geschäftsordnung, daß im Laufe der Diskussion der einmal ver-

worfene Antrag auf Tagesordnung nicht wiederholt werden kann. (Erneutes Hohnschlachter rechts und im Centrum.) Und dann dürfen nach meiner Meinung über Abänderungsanträge überhaupt keine Anträge auf Tagesordnung gestellt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Fahren Sie (nach rechts) nur so fort, ich glaube nicht, daß wir es sind, die den Schaden davon haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn in diesem Hause der Grundsatz gelten soll: Gewalt geht vor Recht, dann können Sie allerdings machen, was Sie wollen! Wenn Sie aber die Geschäftsordnung wahren wollen, dann dürfen Sie den Antrag nicht annehmen. (Unruhe rechts.) Die Herren dort brühen stellen sich entrüstet darüber, daß wir eine Reihe von namentlichen Abstimmungen gestellt haben. Will die Mehrheit etwa entscheiden, welche Anträge auf namentliche Abstimmung die Minorität stellen darf und welche nicht? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich halte geglaubt, der Präsident würde es überhaupt nicht für zulässig erachten, diesen Antrag zu stellen. (Lebhafte andauernde Zustimmungsausrufungen links.) Ich erinnere an Vorgänge, wo der Präsident Anträge zurückgewiesen hat, weil sie nach seiner Meinung unzulässig waren. Meine Herren! (nach rechts) Bedenken Sie doch, was Sie thun! Sie vernichten ja geradezu die Geschäftsordnung. (Värm rechts.) Was Sie wollen, ist gleichbedeutend mit der Verhinderung der Minorität an der Teilnahme an den Verhandlungen. (Sehr richtig! links.) Glauben Sie (nach rechts) ja nicht, daß wir Ihnen diese Niedertrümpfung nicht verfallen werden. (Värm rechts.) Was wir bisher getan haben, war unser gutes Recht. Wir sind hier nicht auf dem Kasernenhofe, daß Sie uns hier befehlen könnten. (Großer stürmischer Värm rechts. Lebhaftige Zustimmung links.) Lassen Sie diesen Hunsentritt. (Hohnschlachter rechts.) Stehen Sie den Antrag zurück. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Tiedemann (Reichsp.): Ein Antrag auf Tagesordnung kann jederzeit über alle Anträge, mit Ausnahme der des Bundesrats angenommen werden. Wir ziehen den Antrag nicht zurück. (Bravol rechts und im Centrum.)

Abg. Stadthagen (Soz.) stellt nunmehr seinerseits den Antrag, über den Antrag Normann zur Tagesordnung überzugehen, um der Mehrheit ihr unlogisches Vorgehen klar zu machen.

Abg. Dr. Wirth (freis. Vp.): Nach § 53 darf der einmal verworfene Antrag auf einfache Tagesordnung im Laufe derselben Diskussion nicht wiederholt werden. Daraus folgt doch logisch, daß ein solcher Antrag auch nur innerhalb einer Diskussion gestellt werden kann.

Es sprechen noch die Abgg. Dr. Spahn (Centr.) und Bebel (Soz.), der bei Schluß des Berichtes, 8 Uhr, das Wort ergriff und ankündigt, daß die Sozialdemokraten im Falle der Annahme des Antrages Normann über jede Position des Posttarifs Uebergang zur Tagesordnung beantragen werden.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags beschloß heute zunächst einstimmig, ein Gesuch um Genehmigung der Strafverfolgung gegen den Abgeordneten Schmidt-Frankfurt (Soz.) wegen Beleidigung, der Leitung des Hauses entsprechend, abzulehnen.

Sobann trat sie in die Frage ein, ob die Wiederholung eines Beschlusses des Reichstags über die geschäftliche Behandlung eines Gegenstandes zulässig sei.

Abg. Sattler (nat.-lib.) stellte zunächst fest, daß die Verfügung des Präsidenten, die die Kommission mit der Behandlung des Sachverhalts beauftragt, insofern dem Beschluß des Hauses nicht entspräche, als sie die Frage auf die zweite Lesung beschränke, während der Beschluß des Reichstags, der den Auftrag der Kommission bilde, die Frage allgemein auftrage.

Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte, welche ergibt, daß die Mehrheit der Kommission den Beschluß des Reichstags, wie er im amtlichen Bericht festgelegt ist und nicht den Wortlaut der Verfügung des Präsidenten als maßgebend erachtet. Es wird mit 12 gegen die zwei Stimmen der Abgg. Kirch und Roeren (Centr.) beschlossen, auf Grund des Antrages des Reichstags über die Frage zu verhandeln, ob überhaupt die Wiederholung eines Beschlusses des Reichstags über die geschäftliche Behandlung eines Gegenstandes zulässig sei.

Der Referent Abg. Träger (freis. Vp.) befaßt diese Frage, indem er darauf hinweist, daß der Wortlaut des § 19 der Geschäftsordnung die Auslegung zulasse, daß über die Verbindung oder Gliederung der Debatte im Verlaufe der Verhandlung verschoben beschloffen werden könne. Eine solche Zulassung sei geboten, da nachträglich sich erst Umstände ergeben können, die bei der Entscheidung noch nicht hervorgetreten seien. Das habe besonders der Fall Broemel gesagt, insofern inzwischen weitere Anträge eingebracht seien, die eine weitere Gliederung der Debatte angezeit erkennen ließen. Der Referent nimmt sodann Bezug auf Bestimmungen der Geschäftsordnung betreffs der Anträge auf Ueberweisung an eine Kommission bzw. Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.) meint, der natürliche Menschenverstand verbiete, daß einmal abgelehnte Anträge in Bezug auf die geschäftliche Behandlung im Laufe derselben Debatte wiederholt würden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) vertritt den entgegengesetzten Standpunkt. Sobald sich inzwischen irgendwelche Umstände ergeben hätten, die die Situation verändere, müsse der Reichstag im Stande sein, seine auf anderer Grundlage gefassten Beschlüsse über die geschäftliche Behandlung umzustossen. Das sei bei Beratung des Etats wiederholt geschehen, insofern eine Auskultung einzelner Titel vom Titel Staatssekretär nachträglich rückgängig gemacht worden sei.

Abg. Groeber (Centr.) giebt dies zu, bestreitet aber, daß es von Bedeutung sei für die vorliegende Frage, denn es sei da eben kein Widerspruch erhoben worden gegen die Aenderung früherer Beschlüsse. Bei den Anträgen auf Verbindung bzw. Abtrennung handle es sich um etwas ganz anderes, als bei Anträgen auf Verlegung, die selbstverständlich wiederholt werden könnten. Wenn einmal Verbindung oder Sonderung beschloffen wäre, so sei dies nicht maßgebend für die ganze Verhandlung. Weber der Wortlaut der Geschäftsordnung noch die Praxis des Plenums lassen eine Umfokung gefasster Beschlüsse über die geschäftliche Behandlung eines Gegenstandes als zulässig erscheinen. Nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung erscheine es sogar unzulässig, die Beratung

über einen einzelnen Artikel zu zerlegen. Nur Verbesserungs- vor schläge zu einem Artikel dürfen gesondert behandelt werden.

Abg. Singer (Soz.) betont, daß die bisherige Praxis des Reichstags entschieden dafür spreche, jederzeit die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung eines Gegenstandes zu wiederholen. Bei einem anderen Verfahren würde sich ja der Reichstag die Hände binden für den Fall, daß er im Verlaufe der Verhandlung zu einer besseren Einsicht komme. Er schlägt deshalb vor, zu erklären, daß die Kommission die Festhaltung des bisherigen Verfahrens empfehle, nach welchem die Wiederholung von Beschlüssen über die Geschäftsordnung als zulässig erscheine.

Abg. Roeren (Centr.) ist der Meinung, daß der Wortlaut der Geschäftsordnung den Reichstag weder dauernd binde, frühere Beschlüsse über die geschäftliche Behandlung als feststehend zu erachten, noch dauernd hindere, sie umzustossen. In dieser Beziehung sei zweifellos eine Lücke vorhanden und die Kommission müsse sich damit begnügen, auf diese Lücke hinzuweisen.

In ähnlichem Sinne spricht sich Abg. Gamp (Reichsp.) aus.

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.) wendet sich gegen die Anregung des Abg. Singer, welche ein Desavoué des Verhaltens des Präsidenten Wising in sich schließe. Bei einer Aufhebung früherer Beschlüsse über Verbindung bzw. Sonderung der Debatte werde in Zukunft wie bisher eine allseitige Verständigung notwendig sein, eventuell müsse in die Geschäftsordnung eine neue Bestimmung aufgenommen werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) weist an dem Beispiel der Verhandlungen über die letzte Branntweinsteuernovelle nach, wie durch spätere Anträge die ursprünglichen Dispositionen des Reichstages umgestoßen werden könnten. Ein einziger Artikel, der ursprünglich nicht einheitlich formuliert, doch einheitlich zur Verhandlung gebracht worden sei, habe nachträglich eine Ausgestaltung erfahren, die gleichbedeutend sei mit einer Branntweinsteuergesetznovelle. Dementsprechend sei hinterher auch über die einzelnen Abschnitte des Artikels gesondert verhandelt worden.

Abg. Träger (freis. Vp.) bekämpft die Auffassung, daß über die einzelnen Abschnitte eines Artikels nicht gesondert verhandelt werden dürfe. Diese Auffassung habe bisher noch niemand im Reichstage vertreten. Die Kommission würde ihre Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie nur feststelle, daß eine Vorschrift über die strittige Frage nicht vorhanden sei. Sie müsse die Geschäftsordnung sinngemäß auslegen.

Abg. Sattler (nat.-lib.) weist darauf hin, daß Präsident Graf Ballestrem bereits früher einmal ausdrücklich festgestellt habe, daß eigentlich die Geschäftsordnung die Sonderung der Debatte über einen einzelnen Artikel nicht zulasse.

Abg. Singer (Soz.) konstatiert, daß zwar in der Geschäftsordnung keine Bestimmung vorhanden sei, die die Zulassung von Anträgen, wie des Broemel'schen vorschreibe, aber auch keine, die es verbiete, Beschlüsse über die geschäftliche Behandlung eines Paragraphen nachträglich umzuändern.

Die Abgg. Groeber und Roeren (Centr.) beantragen, die Kommission wolle erklären: Die Geschäftsordnung enthält keine Vorschrift, welche den Antrag zulassen würde, einen nach Maßgabe des § 19, 2 der Geschäftsordnung gefassten Beschluß über Trennung oder Verbindung der Beratung innerhalb derselben Diskussion aufzuheben.

Dieser Antrag wird mit 10 gegen die 4 Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten Singer und Meister und der freisinnigen Abgg. Dr. Müller-Sagan und Träger angenommen.

Die Kinderbeschäftigungskommission des Reichstags setzte am Donnerstag ihre Beratungen bei § 14 fort, der unverändert angenommen wird. Er enthält Bestimmungen über die Beschäftigung eigener Kinder bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen, die sich mit den Bestimmungen über die Beschäftigung von fremden Kindern vollständig decken.

§ 15 bestimmt: „Die Beschäftigung eigener Kinder im Betriebe von Gast- und von Schankwirtschaften ist gestattet. Durch Polizeiverordnungen der zum Erlaß solcher berechtigten Behörden kann die Beschäftigung beschränkt, für Knaben unter 12 und Mädchen unter 13 Jahren verboten werden.“

Nach längerer Debatte wird ein Antrag Wurm (Soz.) angenommen, nach welchem in Gast- und Schankwirtschaften Knaben unter 12 und Mädchen unter 13 Jahren bei der Bedienung der Gäste überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen.

§ 16 regelt die Beschäftigung eigener Kinder beim Austragen von Waren und bei sonstigen Votengängen. Die Beschäftigung soll dann, wenn die Kinder für Dritte beschäftigt werden, höchstens drei, während der Schulferien höchstens vier Stunden dauern.

Ein Antrag Wurm (Soz.), der die Einschränkung, „wenn die Kinder für Dritte beschäftigt werden“ streichen will, wird angenommen.

§ 17, der die Definition des Begriffes „Werkstätte“ im Sinne dieses Gesetzes enthält und § 18, der die Abweichungen zwischen gesetzlicher Zeit und Ortszeit regelt, werden unverändert angenommen.

§ 19 bestimmt, daß die zuständigen Polizeibehörden befugt sind, zur Befolgung erheblicher, die Stillschließung gefährdender Umstände im Wege der Verfügung für einzelne Gast- oder Schankwirtschaften und für einzelne Unternehmer öffentlicher Schaustellungen die Beschäftigung von Kindern einzuschränken oder zu unterlagen.

Die Debatte über diesen Paragraphen wird vertagt, da Abg. Dr. Wirth (freis. Vp.) in einem neuen Paragraphen 19a noch weitere Einschränkungen und Verbote der Kinderbeschäftigung beantragen will.

In § 20, der die Aufsicht über die Ausführung dieses Gesetzes regelt, beantragt Abg. Münch-Ferber (nat.-lib.), daß in Privatwohnungen, in denen ausschließlich eigene Kinder beschäftigt werden, Revisionen auch während der Nachtzeit stattfinden dürfen, wenn Thatsachen vorliegen, die den Verdacht der Nachtbeschäftigung dieser Kinder begründen. (§ 189 der Generallandesordnung.)

Die Abstimmung hierüber wird auf Freitag vertagt.

Gratis-Inserate für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.

Globus-PUTZ-EXTRAKT

Bestes Putzmittel für alle Metalle. Neueste Erfindung. Nur löst mit Firma u. Globus in reiner Qualität. Gold-Medaille Wellausst. Paris 1900.

Globus-PUTZ-EXTRAKT putzt besser als jedes andere Putzmittel.

Für Hausierer u. Handlungen liefere ich gute solide gestrichelte Strümpfe und Hosen zum Selbstkosten- Fabrikationspreis. — Strümpf-Fabrik-Lager Arndtstraße 37. [1900]

Spiegel, Spiegel. Herrlich schön. Trumeau-Spiegel u. 30 A an, große Wellerspiegel u. 6 A sind spottbillig z. verk. Nürnberg Str. 16, 1.

Nur noch kurze Zeit!

Konkursmassen-Ausverkauf.

Ein Posten eleganter Winter- und Sommer-Paletots von 8 Mk. an, sowie Winter-Joppen von 3 Mk. an. Kinder-Paletots 3 Mk. — Kinder-Joppen von 50 Pfg. an. Ein Posten hochleganter Winter-Joppen-Auszüge früher 16 Mk., jetzt 8.50 Mk. und andere Waren.

Nr. 5 Kleine Fleischergasse Nr. 5 am Stufen.

Cigarren, Cigaretten und Tabake

in enormer Auswahl zu billigsten Preisen offeriert in nur besten Qualitäten Friedr. Fuchs Nachfolger 10144 Klostergasse 16/18. Preis-Listen zu en gros-Preisen.

Brud. Sorge Kleinzschocher

Große Auswahl. Pelz- und Filzwaren, Mützen, Schirme, Stöcke, Hosenträger, Herrenwäsche. Reparaturen von Pelzwaren.

Specialität. Nur Kurprinzstr. 4.

Jeder Hut 2 Mk. 80 Pfg. **H. Heinze** Hutfabrik. Gebr. 1887.

Dauerhafte Bettstellen mit guten Matrassen (beste Arbeit) 25 Mk. [1902] Dresden Straße 23, Seitengeb. 1. G. Böhm, Tapezierer, vis-à-vis Panttheon.